

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

3/2017

Spendenempfehlung: 3,00 €

Ausgabe Mai-Juni 2017

Redaktionsnotiz.....	4
Heinz Keßler ist tot.....	5
<i>Dieter Itzerott: Gedenken an Heinz Keßler</i>	5
Berichte und Beiträge von der Einheitskonferenz der Kommunisten in Berlin am 22. April 2017.....	7
<i>Redaktion offen-siv: Vorbemerkung</i>	7
<i>Alla Gigowa: Kommunisten in der gegenwärtigen Welt</i>	8
<i>Frank Flegel: Redebeitrag der Zeitschrift offen-siv</i>	16
<i>Gregor Leußen: Redebeitrag der KPD-Gruppe Nordrhein-Westfalen</i>	18

Aufruf zu Ehren des 100. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution.....	22
<i>Frank Flegel</i> : Einige Gedanken zur Einheitskonferenz der Kommunisten in Berlin am 22. April 2017 und zu der sich im Umfeld der Konferenz abzeichnenden Konstellation.....	23
Zur Geschichte des Sozialismus.....	27
<i>Gerhard Feldbauer</i> : Am 27. April gedachten wir dem 80. Todestag Antonio Gramscis.....	27
<i>Gerhard Schnehen</i> : War Stalin ein Diktator?.....	35
<i>Heinz Keßler</i> : Die letzten Tage der SED und der Deutschen Demokratischen Republik.....	50
Nordkorea.....	62
Brigitte Queck: Nordkorea und dessen Atomwaffenprogramm, Ursachen und Wirkungen.....	62
Cafe Palestine.....	66
<i>Gabi Weber</i> : Liebe Leserinnen und Leser.....	66
Buchbesprechung.....	69
<i>Frank Flegel</i> : Gerhard Feldbauer: Geschichte Italiens. Vom Risorgimento zur Gegenwart.....	69
Aus der Leser/innen-Post.....	70
<i>Fritz Dittmar</i> : Kritik der „kurzen Anmerkungen zur Strategiedebatte um die antimonopolistische Demokratie“.....	70
<i>Emko</i> : Danke und Glückwunsch.....	71
<i>Gerhard Feldbauer</i> : Das war schon lange mal nötig.....	72
<i>Zbigniew Wiktor</i> : Es geht um das Wesen der Widersprüche im Sozialismus.....	72
<i>Wilfried Böhm</i> : Eine Schande.....	71
<i>Karl-Peter Füßlein</i> : Gorbatschow zugejubelt.....	73
<i>Joachim von Kauffmanns</i> : Nicht mehr mit den theoretischen Erkenntnissen des 19. Jahrhunderts.....	73



Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Reichenau.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Adresse: Red. offen-siv, F. Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck,
Tel.u.Fax: 05572-999 22 42, Mail: redaktion@offen-siv.com, Homepage: www.offen-siv.net

Spendenkonto:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover, IBAN: DE10 2505 0180 0021 8272 49,

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

Redaktionsnotiz

Die dreisteste Lüge der letzten Zeit, die die bürgerlichen Medien und die Führungskreise der imperialistischen Hauptmächte unisono von sich gaben, war sicherlich die Berichterstattung über den so genannte „Giftgasangriff“ in Syrien, für den „zweifellos“ und „in vollem Umfang“ der so genannte „syrische Machthaber“ Assad verantwortlich sei. Dass Syrien und Russland gleichlautend erklärten, dass bei einem Angriff ein Munitionslager des IS getroffen worden sei, in dem sich auch chemische Kampfstoffe befanden, war natürlich kaum eine Meldung wert. Interessant an der Sache war allerdings, dass nach ein paar Tagen trommelfeuerähnlicher Lügenkampagne ein großes Schweigen eintrat, das Thema verschwand einfach ohne weiteren Kommentar. Über das Warum kann man nur spekulieren, vielleicht war klar, dass keine Beweise konstruierbar waren und die Kampagne deshalb als Lügenkampagne auffliegen würde, oder es gab zu viel Kritik, denn bis in die Leserbriefe unserer Provinzzeitung hier im Weserbergland hinein äußerten nicht wenige Zweifel an den offiziellen Darstellungen. Wie dem auch sei, die nächste Lüge kommt bestimmt.

Über Korea, dem es ja, was die Lügenmärchen der bürgerlichen Presse und der imperialistischen Politiker betrifft, nicht anders geht als Syrien, bringen wir aus aktuellem Anlass eine Betrachtung der jüngeren Geschichte der konfliktreichen Beziehungen vor allem zu den USA.

In Berlin fand am 22. April eine interessante Konferenz statt: „II. bundesweites Treffen von Kommunisten zu ihrer Zusammenführung in einer Kommunistischen Partei“.

Wir bringen einige Redebeiträge, die Schlusserklärung und eine Einschätzung über die sich darstellende Lage der kommunistischen Kräfte.

Selbstverständlich ist die Geschichte des Sozialismus wieder Thema, in diesem Heft anhand dreier Personen: Stalin, Gramsci und Heinz Keßler. Bei dem Text von Heinz Keßler handelt es sich um das Interview, das wir mit ihm im September 2009 in Berlin geführt haben und das in „Unter Feuer“ erschienen ist. Aus gegebenem Anlass bringen wir es hier noch einmal.

Die traurige Nachricht vom Tod Heinz Keßlers hat Euch sicherlich schon erreicht. Dieter Itzerott hat einen Nachruf geschrieben, den wir gern veröffentlichen.

Wie immer müssen wir daran erinnern, dass Zeitungsmachen Geld kostet. Bitte macht von unserem Spendenkonto Gebrauch!

Spendenkonto Offensiv:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,

IBAN: DE 10 2505 0180 0021 8272 49,

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Offensiv.

<h2>Heinz Keßler ist tot</h2>

Dieter Itzerott: Gedenken an Heinz Keßler

Das Leben eines Kommunisten hat sich vollendet. Am 02. Mai verstarb unser Genosse Heinz Kessler, der ehemalige Minister für Nationale Verteidigung der DDR und Armeegeneral a.D. im Alter von 97 Jahren.

Als Sohn ein kommunistischen Familie vollbrachte er als 21jähriger eine Tat, die bestimmend für sein ganzes weiteres Leben werden sollte. Er wurde 1940 als Soldat in die faschistische Wehrmacht eingezogen, um in dem verbrecherischen Krieg gegen die Sowjetunion eingesetzt zu werden. Er desertierte und trat zur Roten Armee der Sowjetunion über. Er kämpfte fortan in deren Reihen.

Sein ganzes Leben danach war angefüllt von Kämpfertum, von unerschütterlicher kommunistischer Überzeugung und klassenbewusstem Handeln bei allen Anforderungen und in allen Prüfungen, die seine Lebensgeschichte in ihrem wechselhaften Verlauf für ihn bereit hielt.

Nach seiner Rückkehr im Mai 1945 in das befreite Berlin reihte er sich sofort in die Reihen derer ein, die die antifaschistisch-demokratische Entwicklung in der sowjetisch besetzten Zone bis zur Gründung der DDR führte. Er übernahm verschiedene Aufgaben die an ihn gestellt worden sind. Wie kein anderes hat sein Vorbild prägend auf mein Leben gewirkt.

Heinz Keßler war Mitglied des Zentralen Antifaschistischen Jugendausschusses und gehörte 1946 mit zu den Gründungsmitgliedern der Freien Deutschen Jugend. 1946 trat er der KPD bei und nahm am Vereinigungsparteitag der KPD und SPD zur SED teil. Im gleichen Jahr wurde er Mitglied des Zentralkomitees (ZK) der SED und war von 1948 bis 1950 Sekretär des Zentralrates der FDJ.

Seit 1950 war Genosse Keßler in verschiedenen leitenden Dienststellungen der bewaffneten Organe der DDR tätig und besuchte 1955 bis 1956 die Generalstabsakademie der UdSSR „Kliment Woroschilow“ in Moskau. Mit der Gründung der NVA am 01. März 1956 wurde Genosse Keßler zum Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung berufen. Von März 1967 an bis 1978 war er Stellvertreter des Ministers und Chef des Hauptstabes im Ministerium für Nationale Verteidigung der DDR. Als Generaloberst war Genosse Keßler Mitglied des Militärrates des Vereinten Oberkommandos des Warschauer Vertrages und Chef der politischen Hauptverwaltung. Am 03. Dezember 1985, nach dem Tod des Verteidigungsministers Heinz Hoffmann, wurde Genosse Keßler Verteidigungsminister.

Er war stolz darauf, dass er in dieser Funktion im Rahmen der Militärstrategie des Warschauer Vertrages und im Geiste der Verfassung der DDR sichern half, dass von deutschem Boden kein Krieg, sondern nur Frieden ausging. Ihn darum als „Pazifisten“ zu bezeichnen würde er empört zurückweisen, denn er wusste, dass nur die Stärke des Sozialismus den Frieden sichert.

Die DDR war für ihn das Beste, was die deutsche Arbeiterklasse hervorbrachte. Er hat ihr bis zum Schluss die Treue gehalten. Als der Revisionismus und in Folge die Konterrevolution ihr Haupt erhoben, hat er alle Funktionen und Ämter niedergelegt.

Er wurde aus der SED ausgeschlossen wegen „antisowjetischer Haltung“ und zweimal in Haft genommen. Einmal für rund drei Monate noch in der DDR von der Modrow-Regierung wegen „Verschwendung von Volksvermögen“, und das zweite Mal von der Siegerjustiz, hier wurde er zu 7 ½ Jahren Gefängnis verurteilt.

Sein Kampfgeist wurde weder durch die Repressionen noch durch den jämmerlichen Verrat ehemaliger Genossen gebrochen. Treu zu seinem eigenem Motto „Die Sache aufgeben heißt sich selbst aufgeben“ handelte er bis zum Schluss.

Er unterlag nicht dem Einfluss der Revisionisten in der KPdSU wie einige Mitglieder des Politbüros, dem er angehörte. Er erkannte den Charakter und die Gefahr, die sich aus der Politik Chruschtschows und dem von ihm inszenierten 20. Parteitag der KPdSU als auch aus dem offenen Verrat Gorbatschows ergeben würden und ja auch ergaben und führte konsequent den ideologischen Kampf gegen deren Einflüsse.

Er verkörperte als Politiker eine neue Qualität. Bescheidenheit und Verständnis für die Probleme der ihm unterstellten Menschen zeichnete ihn aus. Er war frei von Machtgier und egoistischem Streben nach Einfluss. Seine menschlichen Qualitäten fanden auch Ausdruck in seinem Verhältnis zu seiner Ehefrau Ruth. Sie war ihm Vertraute und Mitkämpferin für die gemeinsame Sache.

Als unbeugsamer Kommunist, Antifaschist und Internationalist bleibt Heinz Keßler für uns Vorbild und unvergessen.

Berichte und Beiträge von der Einheitskonferenz¹ der Kommunisten in Berlin am 22. April 2017

Redaktion offen-siv: Vorbemerkung

Wir bringen zu diesem Schwerpunkt drei bei der Konferenz gehaltene Redebeiträge, zunächst den der bulgarischen Genossin Alla Gigowa, dann den von uns, also der offen-siv und danach den der KPD Nordrhein-Westfalen, dann die bei der Konferenz verabschiedete Erklärung und zum Schluss eine Einschätzung der Lage, wie sie durch die Konferenz deutlich wurde von Frank Flegel.

Sämtliche Redebeiträge werden von der KPD in ihrer Schriftenreihe veröffentlicht werden.

Redaktion offen-siv

¹ Der offizieller Titel war: „II. bundesweites Treffen von Kommunisten zu ihrer Zusammenführung in einer Kommunistischen Partei“.

Alla Gigowa: Kommunisten in der gegenwärtigen Welt

Liebe Freunde, Kampfgefährten!

Ich übermittle Ihnen Kampfesgrüße der bulgarischen Kommunisten, aller, die heute gegen die Macht des Kapitalismus und Faschismus kämpfen!

„Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, dass ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewalt-samen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung.

Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.

Proletarier aller Länder, vereint euch!“ (Manifest der kommunistischen Partei)

Wir alle leben und kämpfen in einer schweren Zeit, in der der Kapitalismus Krieg gegen alle Völker der Welt begann. Es ist eine Tragödie für die ganze Welt, dass die sozialistische Staatengemeinschaft vernichtet wurde, ihre Völker heute durch Raub und Vernichtung des mächtigen wissenschaftlichen, industriellen und landwirtschaftlichen Potentials, geschaffen durch Jahrzehnte lange harte Arbeit unserer Völker, in das Grauen des Überlebens gestürzt wurden. Die sozialistische Staatengemeinschaft war ein zuverlässiger Garant für Frieden und Stabilität in der Welt. Jetzt ist der globale Imperialismus, auf keinen Widerstand stoßend, unverfroren und offen zu aggressiven Tätigkeiten übergegangen, ein System von globalem Faschismus zu schaffen. In diesen Tagen überzeugten wir uns erneut mit Schrecken von dem aggressiven Überfall der USA in Syrien.

Liebe Genossen!

Ausgehend von der Weltlage, gekennzeichnet durch eine Serie lokaler Kriege, die in eine atomare Katastrophe für die ganze Welt münden können, haben wir – Kommunisten aus Deutschland, Bulgarien, Russland, Belorussland und der Donezker Volksrepublik – am 26. und 27. November 2016 vereinbart, eine Einheitliche Internationale Antiimperialistische und Antifaschistische Front zu schaffen.

Am Vorabend hatte das Parlament Bulgariens in erster Lesung ein „Gesetz über verbrecherischen Charakter des kommunistischen Systems und über ein Verbot kommunistischer Symbolik“ beraten und angenommen. Wir Kommunisten können dem Wiederentstehen faschistischer Ordnungen in Europa und in der Welt nicht ruhig zusehen. Wir müssen eine Kraft schaffen, die Krieg und Faschismus aufhalten kann, wie es Generationen von Kommunisten vor uns gemacht haben. Wir wenden uns an Sie, unsere Kampfgefährten in Deutschland, sich an die Kampftraditionen kühner und

standhafter Kommunisten wie Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Ernst Thälmann und tausender weiterer Genossen zu erinnern. Wir rufen euch auf, sich unserer Vereinigung der Kämpfer gegen Faschismus und Militarismus anzuschließen. Wir dürfen keinen Krieg in Europa und der Welt zulassen. Wir sind uns der Schwere der Sache, der wir uns verschreiben, bewusst, aber wir wären keine Kommunisten, wenn wir nur in den Parlamenten schwatzen würden.

Die Niederlage des Sozialismus, schwer durch unsere Völker erlebt, ist eine Tragödie von unermesslichem Ausmaß. Das globale Kapital beraubt nicht nur diese Völker, es schafft Bedingungen für die totale Vernichtung der Menschen in ihren Ländern. Der globale Raub schafft ökologische, demographische, ernährungs-, medizinische, kommunale Probleme.

Dieser ganze Prozess ist schwer erklärbar, passt nicht in die gewöhnliche Logik – wie und warum haben die Menschen ihre Länder ohne jeglichen Widerstand zur Vernichtung preisgegeben. Am schwierigsten ist das unseren Kommunisten zu erklären. Die kommunistischen Parteien, geschwächt durch den Sturm von Antikommunismus, durch verräterischen Opportunismus, vergiftet durch Verleumdungen, Lügen und Anschuldigungen, können sich noch immer nicht als Kraft organisieren, die in der Lage ist, ihre historische Rolle – Organisator des Kampfes der werktätigen Massen gegen den verbrecherischen Kapitalismus zu sein – zu erfüllen.

Wie befinden uns auf Territorien, zeitweilig okkupiert vom transnationalen Kapital und verspüren Schmerz und Unverständnis, wie und warum unsere sozialistische Zivilisation verschwunden ist, warum sich die Völker mit dieser Tragödie abgefunden haben, wie, auf welche Art und Weise die werktätigen Massen für den Kampf gegen das Okkupationsregime, welches immer weiter auf Positionen offener faschistischer Diktatur abgeleitet, zu organisieren sind. Es sind fast drei Jahrzehnte vergangen, das Leben der Menschen in unseren Ländern verschlechtert sich, die Infrastruktur wird zerstört, die örtliche Macht dient den Herren aus EU und USA, dient dem Kapital.

Der Wille der Völker ist blockiert, den Völkern wurden Verfassungen und Gesetze zum Nutzen des Privateigentums und des globalen Kapitals aufgezwungen. Unsere Länder werden seit fast 30 Jahren von Marionettenregimes regiert, die ihre Direktiven aus den USA erhalten.

Das alles heißt: wir haben einen nationalen Befreiungskampf, der in eine Weltrevolution übergeht, vor uns. Genauso wie sich die Kräfte des globalen Kapitals vereinigen, müssen sich alle die Kräfte vereinen, die durch den globalen Kapitalismus unterdrückt sind. Uns Kommunisten steht ein Kampf analog einer Technologie des Unmöglichen bevor. So wie die Stalinsche UdSSR der ganzen Welt gezeigt hat, dass die Kommunisten mit beliebigen Schwierigkeiten fertig werden.

So haben wir unseren Sieg über die ersten Welle des Faschismus in der Welt geschmiedet.

Das alles bedeutet, dass wir vor einer Epoche des Aufschwungs einer neuen Etappe des revolutionären Prozesses leben. Wir müssen die Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus unter den Bedingungen globaler Prozesse überdenken und weiterentwickeln. Wir berücksichtigen dabei, dass die im Ergebnis des Verrates von Chruschtschow und seiner Nachfolger erfolgten Zerstörungen und Deformierungen in der weltweiten Arbeiter- und kommunistischen Bewegung unter Bedingungen allseitiger Attacken gegen den Bolschewismus möglich wurden. Das führte zur Schwächung der weltweiten antikapitalistischen und antiimperialistischen Bewegung, gab dabei gleichzeitig dem Weltkapital die Chance, Praktiken des Faschismus aktiv zu nutzen.

Der Weltkapitalismus konnte seine Kräfte umgruppieren und einige Widersprüche zwischen Kapitalgruppen überwinden. Der gesetzmäßige Prozess der Zusammenführung von Kapital führte zur Verstärkung des Prozesses der Globalisierung der Weltwirtschaft, geführt von mächtigen transnationalen Bankkorporationen, welche mit einzelnen nationalen, staatlichen Vertretern der Staatsmonopolistischen Bourgeoisie kämpfen.

D. h. Transnationales vereinigt Kapital schluckt nationales staatskapitalistisches Kapital, das globale Kapital ist überall in der Welt, schonungslos gegen jeden. Das, was wir in den USA beobachten, wo die Deindustrialisierung mit der Produktionsauslagerung hin zu billigen Arbeitskräften in Ressourcennähe (Detroit – Vernichtung der Automobilindustrie) begonnen hat, zeigt neue Erscheinungen in ganzen Regionen – Deindustrialisierung, Derationalisierung, Degradierung und Depopulation.

Es wird immer ersichtlicher, dass die nationalen Regierungen die Prozesse in ihren Ländern, deren Territorium sie dem Weltkapital und seiner militärischen Macht, der NATO, ohne das Volk zu fragen zur Verfügung stellten, nicht kontrollieren. Gleichzeitig damit führen die durch räuberische Tätigkeit des korporativen Kapitals, Erpressung und Raub an den Völkern entstandenen Prozesse zur Massenarbeitslosigkeit, Massenmigration der Bevölkerung, Massenverelendung, Kultur- und Moralverfall. Das alles zeigt die ausweglose Krise des Kapitalismus, eine Krise, die so tief und systemisch ist, dass nicht mal kurze Perioden einer teilweisen Stabilisierung, wie noch im vorigen Jahrhundert zu beobachten war, auftreten. Das Ende des Kapitalismus als gesellschaftlich-ökonomische Formation rückt näher, wie von den Klassikern des Marxismus-Leninismus vorausgesehen. Alle Versuche des Kapitalismus sich zu erhalten sind dem Untergang geweiht und führen zur Degradierung des gesamten Zivilisationssystems der Menschheit, materielle, kulturelle und moralische Grundlagen zerstörend.

Um zu bestehen, muss der Kapitalismus ständig seine Gewinnnorm (Rendite) erhöhen, aber im endlichen Planetenraum führt das zur Erschöpfung der natürlichen Ressourcen und zur Intensivierung der Ausbeutung. Es stellt sich heraus, dass sogar die Normen der bürgerlichen Demokratie überflüssiger Luxus für die Kapitalisten werden. Was wir beobachten zeigt, dass der Kapitalismus echte Sklavenhaltung und mittelalterliche Normen in den zwischenmenschlichen Beziehungen mit allen daraus entstehenden Folgen einführt. Das bedeutet auch die Zerstörung und Vernichtung aller Weltregeln und Gesetze gegenseitiger Beziehungen zwischen Ländern und Völkern, die Abschaffung der Weltordnung, die im Ergebnis des Sieges über den Faschismus im Zweiten Weltkrieg festgelegt wurde. Internationale Organisation, berufen den Frieden auf Erden zu erhalten, gegenseitige Beziehungen zwischen Ländern und Völkern zu regulieren, vor Aggressionen zu schützen, wurden Strukturen, unterstellt dem Weltaggressor USA und ihrer Militärmaschine, der NATO. In der Welt formieren sich neue militärische Blöcke, Interessen von Kapitalistengruppen spiegelnd, das Aufrüsten verstärkt sich, militärische Konfliktzonen erweitern sich, die Sphäre terroristischer Tätigkeit vergrößert sich, genährt durch den globalen Imperialismus. Praktisch realisiert sich eine Politik der Erpressung, des Banditismus, der Verneinung jeglicher Normen in den Beziehungen ganzer Länder und Regionen. Beispiel: die unmenschliche Verwüstung des Nahen Ostens, weil dieses Territorium reich an energetischen Ressourcen – Erdöl und Gasfelder – Iran, Irak, Syrien, Türkei, Israel, Zypern, den Imperialisten keine Ruhe gibt. Die Kontrolle über diese Region und verbunden damit die Region Aserbaidschans, reich an Erdöl, ist das ersehnte Ziel der USA. Dieser Appetit zwingt sie untereinander zu kämpfen, die Bevölkerung dieser Ländern zu vernichten, unendliche Intrigen spinnend und damit Erweiterung militärischer Konflikt.

Der Imperialismus heute, die Grundlagen des Lebens ganzer Länder und Regionen zerstörend, vervielfacht nicht nur die Armee der Arbeitslosen und Proletarier, im Ergebnis der allgemeinen Degradierung erhöht er die Menge der Lumpenproletarier, Drogenabhängigen, Alkoholiker und anderer sozialen Parias (Ausgestoßener, Entrechteter), Verbrecher und Perverser. Sie werden des öfteren neue Eroberer – bezahlte Mörder, Kanonenfutter, mit deren Hilfe erpresst und überfällt der Imperialismus sich wehende Völker.

Diese Frage führt uns zur Theorie Friedrich Engels über „Abteilungen bewaffneter Leute“. Engels betrachtet das Problem gegenseitiger Beziehungen zwischen zwei Abteilungen bewaffneter Leute, einerseits die Armee für den Schutz der Interessen der Kapitalisten – Polizei, Gendarmerie und staatliche Armee, andererseits selbständige bewaffnete Organisationen der Bevölkerung. Er schlussfolgert, gegen Gewalt seitens des Kapitals hat das werktätige Volk das Recht, seine Rechte mit Gewalt zu verteidigen. Diese Theorie der Gewalt - Teil des marxistischen Erbes - ist heute von

alle denjenigen linken Kräften, die dem Revisionismus und Reformismus zugeneigt sind, über Bord geworfen worden. Von der Lossagung von der Diktatur des Proletariats durch die UdSSR unter Chruschtschow ist die gesamte Arbeiter- und kommunistische Bewegung der Welt angesteckt. Heute verschweigen alle eurokommunistischen, sozialdemokratischen, sozialistischen und sonstige opportunistischen Parteien diese Seite der Theorie der Revolution von Karl Marx, obwohl sie ihn den „Denker des Jahrtausends“ nennen.

Aber unter den Bedingungen der von Engels so genannten „Eroberungskonkurrenz“, die imperialistische Expansion unter den passenden Titeln wie „Verteidigung westeuropäischer Werte“, „Menschenrechte“, „Schutz der Republik“, „allgemeine menschliche Werte“ usw. in Reinkultur darstellt, erhält die Theorie der Gewalt neue Bedeutung. Ohne Klassengewalt des Proletariats ist eine Revolution unmöglich, „die Notwendigkeit, die Massen in diesem Sinne zur gewaltsamen Revolution zu erziehen ist die Grundlage der ganzen Lehre von Marx und Engels“ (W. I. Lenin „Staat und Revolution“).

Unter den Bedingungen des sich in der ganzen Welt ausweitenden Kampfes des Proletariats verschiedener Nationen mit dem globalen Kapitalismus werden folgende Aussagen des „Manifestes der Kommunistischen Partei“ darüber immer wichtiger, dass sich „Die Kommunisten unterscheiden von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, dass sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, andererseits dadurch, dass sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten. Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weitertreibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus. Der nächste Zweck der Kommunisten ist derselbe wie der aller übrigen proletarischen Parteien: Bildung des Proletariats zur Klasse, Sturz der Bourgeoisie, Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat“ (MEW 4).

Ein solches Verständnis der Ziele und Aufgaben der Kommunisten bestimmt den Inhalt des Statuts der IAA, de I. Internationale, am 24. Oktober 1871 in London angenommen. Darin befinden sich wichtige Worte, heute aktueller denn je. „In Erwägung, dass die Emanzipation der Arbeiterklasse durch die Arbeiterklasse selbst erobert werden muss; dass der Kampf für die Emanzipation der Arbeiterklasse kein Kampf für Klassenvorrechte und Monopole ist, sondern für gleiche Rechte und Pflichten und für die Vernichtung aller Klassenherrschaft; ...dass die Emanzipation der Arbeiterklasse

weder eine lokale, noch eine nationale, sondern eine soziale Aufgabe ist, welche alle Länder umfasst, in denen die moderne Gesellschaft besteht, und deren Lösung vom praktischen und theoretischen Zusammenwirken der fortgeschrittensten Länder abhängt; ...Sie erklären, dass diese Internationale Assoziation und alle Gesellschaften und Individuen, die sich ihr anschließen, Wahrheit, Gerechtigkeit und Sittlichkeit anerkennen als die Regel ihres Verhaltens zueinander und zu allen Menschen, ohne Rücksicht auf Farbe, Glauben oder Nationalität. (MEW 16)

In seinen Lektionen „Über die Grundlagen des Leninismus“ stellt J. W. Stalin fest, dass zwischen „Marx und Engels einerseits, und Lenin andererseits eine ganze Periode der ungeteilten Herrschaft des Opportunismus der II. Internationale liegt, dessen rücksichtslose Bekämpfung eine der wichtigsten Aufgaben des Leninismus sein musste“. (Stalin, Band 6, Seite 46). „Das war die Periode, als der Wahlkampf und die Parlamentsfraktionen `schwindelerregende` Erfolge brachten, als die legalen Formen des Kampfes in den Himmel gehoben wurden und man glaubte, mit Legalität den Kapitalismus `erledigen` zu können - mit einem Wort, als die Parteien der II. Internationale Fett ansetzten und nicht gewillt waren, an die Revolution, an die Diktatur des Proletariats und an die revolutionäre Erziehung der Massen ernsthaft zu denken. Statt einer revolutionären Theorie aus einem Guss - einander widersprechende theoretische Sätze und Bruchstücke einer Theorie, die vom lebendigen revolutionären Kampf der Massen losgelöst waren und sich in morsche Dogmen verwandelt hatten. Zur Wahrung des Scheins gedachte man natürlich zuweilen der Theorie von Marx, aber nur, um aus ihr den lebendigen revolutionären Geist auszutreiben.“ (Stalin, Band 6, Seite 46).

Wie ähnelt es doch unseren Tagen!

Der Leninismus, „der Marxismus der Epoche des Imperialismus und der Proletarischen Revolution“, wie J. W. Stalin ihn nannte, wurde die Grundlage des revolutionären Kampfes der russischen Arbeiterklasse, die Verkörperung der Träume von Generationen von Kommunisten – in diesem Jahr begehen wir den 100. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Die Partei der russischen Kommunisten konnte in historisch kurzer Zeit einen starken sozialistischen Staat schaffen, der ein hohes Entwicklungstempo hatte, trotz der schwierigsten Prüfung – des Großen Vaterländischen Krieges gegen die Hauptmacht des Imperialismus dieser Epoche – den deutschen Faschismus.

J. W. Stalin hat nicht umsonst gesagt, dass die Schaffung und der Aufbau der UdSSR die internationale Pflicht der Proletarier aller Länder ist. Die UdSSR war das Vorbild für die proletarische Welt. Ihr Beispiel begeisterte und führte den Kampf für eine helle Zukunft der Völker. Von Anbeginn des Sowjetstaates an hat W. I. Lenin, das Vermächtnis der Klassiker des Marxismus erfüllend, mit all seinen Kräften die Entstehung und Entwicklung der neuen kommunistischen Internationale unterstützt, die

1919 im März gegründet wurde. Als Fortsetzer der Ideen der ersten Internationale wurde die Komintern eine mächtige internationale Organisation der Kommunisten. 1928 wurde ein neues Statut angenommen, darin heißt es: „Die Kommunistische Internationale - die internationale Arbeiterassoziation - ist die Vereinigung der kommunistischen Parteien der verschiedenen Länder zu einer einheitlichen kommunistischen Weltpartei. Als Führer und Organisator der revolutionären Bewegung des Weltproletariats, als Träger der Prinzipien und der Ziele des Kommunismus kämpft die Kommunistische Internationale um die Mehrheit der Arbeiterklasse und der breiten Schichten der armen Bauern, für die Grundsätze und Ziele des Kommunismus, für die Aufrichtung der Weltdiktatur des Proletariats, für die Errichtung einer Weltunion sozialistischer Sowjetrepubliken, für die völlige Beseitigung der Klassen und für die Verwirklichung des Sozialismus, dieser ersten Stufe der kommunistischen Gesellschaft.“

Die Komintern rühmt sich seiner reichen kämpferischen Geschichte. In den Jahren des Reifens und der Errichtung des faschistischen Regimes in Deutschland waren in den Ländern Europas einige antifaschistische Fronten tätig, die durch die Komintern geführt wurden. Dank der Tätigkeit der Volksfront Frankreichs kam es dort nicht zum faschistischen Umsturz, die Kommunisten Frankreich nahmen aktiv an der Widerstandsbewegung teil. $\frac{3}{4}$ der französischen kommunistischen Partei, 75.000 Kommunisten sind im Kampf umgekommen. Widerstand gegen die Nazis gab es in England. Die deutsche Kommunistische Partei brachte gewaltige Opfer im harten Kampf mit den Hitleristen. 3,5 Mill. sowjetischer Kommunisten, 5 Mill. Komsomolzen kehrten von den Schlachtfeldern des Großen Vaterländischen Krieges nicht zurück. Tausende griechischer, jugoslawischer, polnischer Kommunisten führten einen außerordentlich schweren Kampf gegen die Feinde des arbeitenden Volkes. Gerade im Krieg zeigte sich die Haupteigenschaft der Komintern – ihr unbedingter Glaube an den proletarischen Internationalismus und die Waffenbrüderschaft.

Dabei spielte eine wesentliche Rolle, dass 1935 die Komintern von dem Helden des Leipziger Prozesses Georgi Dimitroff geleitet wurde. Seine blendende Verteidigung der Sache der Kommunisten aller Länder und die Entlarvung des Wesens des damaligen Faschismus bleiben eine echte Heldentat im Gedächtnis der Generationen. Auf dem VII. Kongress der Komintern hat er die grundsätzlichen Eigenschaften des Faschismus an der Macht „als die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ bezeichnet. „Der Faschismus ist keine über den Klassen stehende Macht und keine Macht des Kleinbürgertums oder des Lumpenproletariats über das Finanzkapital. Der Faschismus ist die Macht des Finanzkapitals selbst. Das ist die Organisierung der terroristischen Abrechnung mit der Arbeiterklasse und dem revolutionären Teil der Bauernschaft und der Intelligenz. Der Faschismus in der Außenpolitik ist der Chauvi-

nismus in seiner brutalsten Form, der einen tierischen Hass gegen die anderen Völker kultiviert. Das ist mittelalterliche Barbarei und Grausamkeit, zügellose Aggressivität gegenüber den anderen Völkern und Ländern.“ (aus Dimitroffs Rede auf dem VII. Kongress der Komintern am 2. August 1935: Die Offensive des Faschismus und die Aufgabe der Kommunistischen Internationale im Kampfe für die Einheit der Arbeiterklasse gegen Faschismus). Heute klingen diese Worte wieder aktuell. Wir müssen wieder die Aufgaben der Arbeiterklasse und ihrer Avantgarde, der Kommunisten, unter den neuen Bedingungen des Kampfes gegen den globalen Kapitalismus, der sich als Herr der Lage auf dem Planeten fühlt und wütet, und zur Zeit wenig Widerstand findet, bestimmen.

In unseren Tagen beobachten wir, dass nicht nur einzelne Länder, sondern ganze Regionen militärischen Angriffen, Beschuss und Bombardierungen ausgesetzt sind, Waffen unkontrolliert an beliebige Punkte des Planeten geliefert werden, ständig neue Konflikte und Terrorüberfälle entstehen. Auf dem Planeten gibt es keinen ruhigen Ort mehr. Alle Völker leben in Anspannung. Auf der Welt gibt es keine organisierte Kraft, die All diesen Aggressionen der USA, die alle möglichen Vorwände für das Entfachen neuer Spannungsherde und Kriege nutzen, Grenzen aufzeiugen kann. In den letzten Jahrzehnten werden religiöse und nationale Konflikte aktiv genutzt. Die Menschen haben den Proletarischen Internationalismus absolut vergessen. Die Härte der militärischen Auseinandersetzungen im Donbass, wo offen auf die Zivilbevölkerung geschossen wird, unabhängig von den Minsker Vereinbarungen, die brutale Verheerung des Nahen Ostens – alles durch die Politik der USA und ihrer Handlanger der EU.

Und heute ist die Warnung von G. Dimitroff, die er gegenüber Boris Polewoi vor der Eröffnung des Nürnberger Prozesses geäußert hat, wieder aktuell: „Nürnberg ist kein Leipzig. Dieses Gericht wird nicht sehr einfach sein. ... Es ist nicht so einfach. Geben Sie mir Recht, es wäre für mich keine große Ehre gewesen, wenn ich damals in Leipzig das dumme Tier einfach mit dem Stock angeschreckt hätte. Wenn Sie in Nürnberg die Angeklagten nur als fanatische Schizophrenen darstellen würden, so könnten Sie die Größe der Siege Ihres Volkes und die der Roten Armee kaum klarstellen. Nazismus ist die schlimmste Ausgeburt des Imperialismus. Aber vielleicht ist er auch für den gegenwärtigen Imperialismus das Rationalste? Und Hitlers Traum vom so genannten nazistischen Imperium in der ganzen Welt für nicht weniger als 1000 Jahre ist kein Fieberwahn eines Verrückten, sondern vielmehr heiß ersehnter Wunsch des sozialen Systems des Imperialismus! Denn seine vielen brennenden Probleme, soziale, nationale und moralische sind viel leichter zu lösen, wenn man die Möglichkeit bekommt, die Völker wie Spielkarten zu mischen und Andersdenkende in den Gaskammern zu vernichten...“

Heute stellt uns das Leben eine neue Aufgabe: die Bildung einer Kommunistischen Internationale als Nachfolger der Dritten Leninschen Internationale, der Komintern. Wir haben eine weitere tragische Lehre aus der Geschichte bekommen, wir wissen: man darf auf die Diktatur des Proletariats nicht verzichten, man darf keine Opportunisten in die kommunistischen Organisationen lassen. Es ist notwendig, proletarische Disziplin und Wachsamkeit zu festigen, die Kommunisten im Geist der Unversöhnlichkeit gegenüber dem Imperialismus zu erziehen und die Menschen im Kampf für Frieden und Demokratie zu vereinen. Das muss unsere globale antiimperialistische Armee werden, die die Menschheit vorm Konzentrationslager im Weltmaßstab rettet...

Das ist aber nur bei der Vereinigung aller antiimperialistischen, proletarischen und kommunistischen Kräfte auf der Grundlage bolschewistischer Prinzipien in der ganzen Welt möglich.

Das Schicksal unseres Planeten wird vom Grad unserer Einigkeit und Solidarität bestimmt.

Frank Flegel: Redebeitrag der Zeitschrift offen-siv

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich möchte Euch die Grußbotschaft der Zeitschrift offen-siv überbringen.

Die aktuelle politische Lage wurde von meinen Vorrednern bereits konkret analysiert, so dass ich auf dies Thema nicht weiter eingehen möchte. Nur eine Bemerkung sei mir vorab gestattet: der ideologische Schutt, den der Revisionismus bereits vor der Konterrevolution aufgehäuft hat und dessen Berg nach der Konterrevolution noch weiter anwuchs, die damit einher gehende ideologische Verwirrung und Desorientierung der kommunistischen Bewegung sind Dinge, die noch lange nicht abgetragen sind und die uns noch viel Energie kosten werden.

Umso mehr freue ich mich über die heutige Veranstaltung und darüber, dass Ihr so zahlreich an Ihr teilnehmt.

Ich möchte gern kurz die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Zeitschrift offen-siv und der KPD skizzieren.

Persönliche Kontakte gibt es schon sehr lange, aber seit 2015 wuchs zusätzlich die Kooperation.

Da ist zunächst zu nennen unsere Teilnahme an der Veranstaltung zum 25. Jahrestag der Wiedergründung der KPD am 31. Januar 2015. Durch unsere Teilnahme ergaben sich interessante Gespräche und Kontakte.

Das ZK der KPD hat mich dann zu einer Fortbildungsveranstaltung des ZK am 16. Mai 2015 eingeladen, das Thema war: „Von der Ware bis zum Imperialismus“. Es ging konkret um den inneren Zusammenhang von Ware, Geld, Kapital, Mehrwertproduktion, Akkumulation des Kapitals, Jagd nach dem Extraprofit, Konzentration und Zentralisation des Kapitals, um den tendenziellen Fall der Profitrate, die Ausbildung des Monopolkapitalismus und das imperialistische Stadium desselben. Natürlich war nur ein stringenter Überblick möglich, trotzdem war das eine gute Veranstaltung, die den gegenseitigen Respekt und das Vertrauen stärkte.

Ab dem 8. August 2015 habe ich dann als regelmäßiger Referent an der offenen Fortbildung der KPD in Leipzig teilgenommen, auch hier vorwiegend zu ökonomischen Themen.

Während des Jahres 2015 reifte der Plan, das marxistisch-leninistische Fernstudium der offen-siv, nun als gemeinsames Fernstudium von KPD und offen-siv, wieder aufzunehmen. Wir entwarfen eine neue Konzeption, die wir gemeinsam diskutierten und dann beim KPD-Parteitag am 21. November 2015 verabschiedeten. Zur Bekanntmachung des Fernstudiums führten wir bei der Rosa-Luxemburg-Konferenz der „jungen Welt“ einen gemeinsamen Stand durch und finanzierten gemeinsam einige Anzeigen. So konnte schließlich ein neuer Durchgang des Fernstudiums am 12./13. März 2016 beginnen – mit etwas mehr als 30 Teilnehmern/innen. Ende August dieses Jahres wird dieser Durchgang beendet sein – und es gibt jetzt schon Anmeldungen für einen weiteren.

Die Berichte von den Fernstudiums-Seminaren haben wir gemeinsam in der Roten Fahne und in der offen-siv veröffentlicht und seit dem dritten Seminar des Fernstudiums nimmt Jürgen Geppert als Referent an den Seminaren teil. Beim Seminar im März dieses Jahres war zusätzlich auch Torsten Schöwitz zum Thema Parteitheorie anwesend.

Außerdem konnten wir im Dezember 2016 gemeinsam das Buch: „Heinz Keßler: Briefe aus dem Gefängnis“ herausgeben.

Wir haben eine gute, verlässliche und fruchtbare Kooperation aufgebaut.

Liebe Genossinnen und Genossen,

hier zeichnet sich eine gute Entwicklung ab: Die KPD ist inzwischen zu einem Gravitationszentrum für die marxistisch-leninistischen Kräfte, die sich vom Revisionismus abgrenzen, geworden und kann es in noch größerem Umfang werden. Genossinnen und Genossen der KI sind bereits Mitglieder der KPD, es kommen Genossinnen und Genossen vom linken Rand der DKP zur KPD und es ist zu beobachten, dass junge Menschen den Weg zur KPD finden.

Das ist sehr erfreulich, denn die KPD vertritt, was den Opportunismus und den Revisionismus betrifft, klare Positionen, ganz im Gegensatz zur neuen Führung der DKP die noch immer einen revisionistischen Flügel in der Partei toleriert statt ihn konsequent zu bekämpfen.

Die KPD dagegen formulierte in der Einladung zum heutigen Treffen u.a.: „Hauptursache für die Zerstörung und Beseitigung des Sozialismus auf deutschem Boden war der Revisionismus und Opportunismus. Deshalb führen wir einen konsequenten Kampf gegen Revisionismus, Opportunismus und seine Hauptform, den Antistalinismus.“

Diese Klarheit sowie die Tatsache, dass immer mehr Marxisten-Leninisten sich um die KPD gruppieren, erhöht die Strahlkraft des Marxismus-Leninismus – und die seiner Organisation.

Ich wünsche der heutigen Versammlung einen konstruktiven Verlauf und produktive Beschlüsse.

Vielen Dank!

Gregor Leußen: Redebeitrag der KPD-Gruppe Nordrhein-Westfalen

Liebe Genossinnen und Genossen,

seit fast einem Jahr gibt es jetzt die KPD-NRW. Wir wollen diesen Jahrestag nutzen, um auf die Wurzeln unserer jungen Organisation zurückzuschauen, aber auch in Richtung Zukunft.

Das Projekt Kommunistische Initiative begann für viele von uns vor etwa 10 Jahren beim marxistisch-leninistischen Fernstudium der Zeitschrift *offen-siv*. Viele junge Menschen studierten hier mit großer Aufmerksamkeit die wissenschaftlichen Grundlagen des Marxismus-Leninismus. Ein wichtiger Baustein dieses Studiums war für uns die zerstörerische Kraft des Opportunismus. Im Zeitalter des Imperialismus ist der Opportunismus eine leider unvermeidlich hervortretende Entstellung unserer Wissenschaft und der kommunistischen Parteien. Wir haben gelernt, dass dieser Opportunismus in Gestalt des modernen Revisionismus in der Lage war, die Sowjetunion Stein um Stein abzureißen und das in ihrer 70-jährigen Geschichte geschaffene Volkseigentum einer kleinen Clique von Kriminellen zu übergeben. In Deutschland haben wir es dem Opportunismus zu verdanken, dass die DDR von der BRD annektiert werden konnte. In Frankreich und Italien wurden mächtige kommunistische

Parteien in die sozialdemokratische Bedeutungslosigkeit befördert. Der Opportunismus lähmt die revolutionäre Kraft der kommunistischen Partei, soweit die Theorie.

In der Praxis standen wir nun vor einem Dilemma: Wir hatten den Marxismus-Leninismus studiert, fanden aber keine Partei, in der wir uns organisieren konnten.

Aus dieser Ausgangslage entstand dann der Aufruf zur Schaffung der Kommunistischen Initiative. Da es sich bei der KI nie um eine Partei handelte, gab es auch zu anfangs keine festen Strukturen. Das hatte den Nachteil, dass sich auch hier wieder opportunistische Positionen ausbreiten konnten. Um diese Absichten im Keim zu ersticken wurden folgende Anforderungen für eine Mitgliedschaft in der KI festgelegt:

„Erstens: das Anerkennen ALLER wissenschaftlichen Grundlagen des Marxismus-Leninismus, so besonders der Gültigkeit der Leninschen Imperialismus-, Staats-, Revolutions- und Parteitheorie, des proletarischen Internationalismus sowie auch der heroischen Geschichte der kommunistischen Bewegung als notwendige Antwort auf die reformistische Versumpfung und den Klassenverrat der Sozialdemokratie;

Zweitens: das Anerkennen der Rolle der sozialistischen Länder, insbesondere der Sowjetunion und der DDR als größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung. Der Sozialismus, für den wir im imperialistischen Deutschland kämpfen, wird vom revolutionären Erbe der DDR, des ersten Arbeiter- und Bauernstaates auf deutschem Boden, geprägt sein. Damit wird das klare und eindeutige Bekenntnis zur DDR zum Prüfstein für jeden deutschen Kommunisten, gerade und insbesondere auch heute!

Drittens: das Anerkennen der Notwendigkeit des Kampfes der Kommunistischen Partei gegen jede Form des Revisionismus und Reformismus, denn der Revisionismus war und ist die Hauptbasis für den zeitweiligen Sieg der Konterrevolution in Europa, die Spaltung, Zersplitterung und Schwächung der kommunistischen Bewegung!“

Mit diesen Grundsätzen wollte die KI die Kommunisten aus anderen Parteien wie der DKP oder Linkspartei unabhängig von ihrer Mitgliedschaft vereinen, da eine Einigung über die Parteispitzen nicht möglich war. Leider verlief dieser Versuch nicht so, wie wir es erwartet haben. Der damalige Parteivorstand der DKP entschied sich für einen Unvereinbarkeitsbeschluss. Das erschwerte letztlich die Zusammenarbeit zwischen den Kommunisten noch weiter. Unser Konzept, die Kommunisten zusammenzuführen, war damit de facto gescheitert.

Wir machten dann unsererseits den Fehler, dass wir uns stark auf die Fehler der anderen kommunistischen Parteien und Organisationen konzentrierten. Als wir diesen Irrweg erkannt hatten, besonnen wir uns auf die alte Stärke: Die Bildung. Wir setzten

uns das Ziel, den Marxismus-Leninismus leicht verständlich der Masse zugänglich zu machen. Wir wollten dies mit aufwendigen Filmdokumentationen umsetzen. Unser erstes Projekt war eine Videodokumentation über den historischen Materialismus, der die Geschichte der Menschheit von der Urgesellschaft bis zum modernen Kommunismus verfolgt. Wir reisten etwa ein Jahr durch Deutschland und filmten an den Originalschauplätzen die Meilensteine des Klassenkampfes der verschiedenen Gesellschaftsformationen. Am Ende kam dabei eine 80 Minuten lange Dokumentation heraus, die besonders unter jungen Menschen beliebt ist und kostenlos auf der Videoplattform Youtube vertrieben wird. Es folgten Kurzfilme, mit denen wir revisionistische Entstellungen richtig stellten. So zum Beispiel eine Dokumentation über die wahren Hintergründe des Molotow-Ribbentrop-Vertrages. Wie wir wissen, wird dieser gerne von Antikommunisten benutzt, um den Genossen Stalin als vermeintlichen Freund Hitlers zu dämonisieren.

Besonderen Anklang fand eine Dokumentation über die Konterrevolution in der DDR. Jeder von uns kennt die bürgerliche Sicht der Dinge, die uns von den Fernsehsendern im Wochentakt um die Ohren gehauen wird, dass die DDR an sich selbst gescheitert sei, die sogenannte Mauer von freiheitsliebenden Menschen eingerissen worden sei usw. Wir haben diese Lügen entlarvt und sind dabei beispielsweise auf Filmmaterial der Tagesschau aus dem Jahr 1987 gestoßen. Kanzler Kohl war hier zu Besuch in der Sowjetunion bei Herrn Gorbatschow und war sehr begeistert von den sogenannten Wirtschaftsreformen in der Sowjetunion. Diese kamen ihm sehr vertraut vor. Kohl meinte, dass er das alles schon bei Ludwig Erhard gehört habe.

Nach einer kurzen Zusammenarbeit mit der heute ebenfalls anwesenden Genossen der VKP sind wir über ein ausführliches und überzeugendes Gespräch mit dem Genossen Torsten Schöwitz zur KPD gelangt. Die bekannten 6 Punkte der KPD konnten wir auf der Stelle so unterschreiben. Was für uns die KPD auch aus dem revisionistischen Sumpf herausstechen ließ, war auch die internationale Solidarität mit der Demokratischen Volksrepublik Korea. Andere sich kommunistisch nennende Parteien wiederholen hier bekanntermaßen lieber die antikommunistischen Verleumdungen der Konzernpresse.

Durch unseren Beitritt zur KPD haben sich unsere Aktionsmöglichkeiten enorm verbreitert. Waren wir zuvor eine sehr kleine, überschaubare Organisation mit einer Quartalszeitung, so hatten wir nun die Möglichkeit, die Rote Fahne zu verbreiten und unsere eigenen Artikel in ihr zu veröffentlichen. Mit dem offen-siv-Fernstudium in Hannover und den Bildungsveranstaltungen in Leipzig bietet die KPD zwei ausgezeichnete Möglichkeiten zur Weiterbildung an. Auch die Zusammenarbeit mit unseren neuen Genossinnen und Genossen am Stand der Roten Fahne funktionierte hervorragend und war für uns alle eine bereichernde Erfahrung. Die KPD zeigte sich von

Anfang an offen für Neues. Genosse Torsten Schöwitz stand auf der Stelle für unser experimentelles Youtube-Format "Eure Fragen" zur Verfügung. Dieses Format kam bereits so gut an, dass wir noch in diesem Frühjahr eine verbesserte Fortsetzung mit Torsten drehen werden.

Wenn man sich als junger Mensch die Verwüstungen ansieht, die der Kapitalismus in der Ökonomie und daraus folgend auch im körperlichen und geistigen Leben der Menschen anrichtet, mit der Mehrwertausbeutung, Hartz IV, Altersarmut, Kriegen, Genoziden usw., dann fragt man sich des öfteren: Wo sind da wir Kommunisten? Schnell denkt man an die Worte von Berthold Brecht, der einst sagte: "Der Kommunismus ist das Allernächstliegende, Mittlere, Vernünftige." Aber ganz so einfach funktioniert es momentan noch nicht. Vergessen sein darf nicht, wir befinden uns immer noch in der Epoche nach der Konterrevolution. Nach 70 Jahren Aufbau des Sozialismus befinden wir uns jetzt im 28. Jahr der kapitalistischen Restauration. Die Bourgeoisie hat unsere Klasse mit allerhand Illusionen vollgestopft vom Ende der Geschichte, vom Ende des Proletariats, ja sogar vom Ende der Arbeit! Die Bourgeoisie verkauft uns diese in der Menschheitsgeschichte sehr kurze Zeitperiode als ihren größten Triumph. Wir sollten uns bewusst sein, dass zwischen der Pariser Commune und der Oktoberrevolution immerhin 46 Jahre vergingen und auch die bürgerliche französische Revolution von 1789 sich erst gegen die feudale Restauration durchsetzen musste.

Vergessen wir auch nicht: Ihren großen Triumph konnte die kapitalistische Restauration überhaupt nur feiern, weil sie sich zuvor über Jahrzehnte als vermeintliche Verbesserer des Sozialismus tarnen mussten. Der Imperialismus steht nach wie vor in jeder Hinsicht vor dem Bankrott, ökonomisch und moralisch sowieso. Trotzdem haben wir im Moment in Deutschland noch keine revolutionäre Situation.

Neben revolutionärem Elan und der revolutionären Wachsamkeit ist derzeit vor allem eine Tugend gefragt: Die revolutionäre Geduld! Das bedeutet nicht, dass wir uns lethargisch verhalten sollen angesichts der brodelnden sozialen Lage, den Erfolgen neuer faschistischer Parteien und der Weltkriegsgefahr. Was wir gerade am meisten benötigen ist eine realistische Einschätzung der derzeitigen Kräfteverhältnisse und daraus folgend kontinuierliche Arbeit. Das muss unser Ausgangspunkt sein, um wieder eine mächtige Stimme des Proletariats zu werden.

Die Bourgeoisie ist sich der Gefahr, die von einer starken kommunistischen Partei ausgeht, voll bewusst. Sie tut deswegen alles um Gräben auszuheben, wo keine sind und lässt nichts unversucht um eine Einheit zu verhindern.

Was wir brauchen ist klar. Wir brauchen Klarheit UND Einheit.

Zum Abschluss ein Blick in die Zukunft: Durch den Eintritt von Genossen in Wiesbaden, Marburg und Hamburg planen wir uns im Westen der BRD besser zu vernetzen, um die Distanzen besser zu überbrücken.

Aufruf zu Ehren des 100. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution

durch die Teilnehmer des II. bundesweiten Treffens von Kommunisten zur Einheit von Kommunisten und Sozialisten, die sich zum Marxismus-Leninismus bekennen, in einer einheitlichen Kommunistischen Partei.

1. Die Große Sozialistische Oktoberrevolution läutete sichtbar die Zeitenwende des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus ein. Sie nahm in historisch kurzer Zeit mit der erfolgreichen Bildung des Sowjetstaates auf das Weltgeschehen mit berechtigten Hoffnungen der arbeitenden Menschen für eine sozial gerechte und friedfertige Ordnung Einfluss. Trotz zeitweiliger Niederlage des Sozialismus in Europa nach 73 Jahren kann keine Macht der Welt die unsterbliche Bedeutung der Oktoberrevolution für die Menschheit und für den Zusammenbruch des Kolonialsystems aus der Geschichte tilgen.

2. Die erfolgreiche Oktoberrevolution war nur möglich durch den jahrzehntelangen Kampf der Arbeiterklasse mit ihren natürlichen Verbündeten unter Führung der politisch-ideologisch gefestigten einheitlichen marxistisch-leninistischen Partei der Bolschewiki und ihren organisatorischen Erfahrungen unter legalen und illegalen Kampfbedingungen. Kommunisten sehen sich entsprechend ihrer Weltanschauung im besonderen verpflichtet, den 100. Jahrestag dieses weltbedeutenden Ereignisses in Wort und Tat zukunfts zugewandt zu würdigen. Es gilt im besonderen die Zersplitterung der revolutionären Kräfte, der Marxisten-Leninisten zu überwinden und ihre Einheit in einer einheitlichen Kommunistischen Partei auf der Basis des Marxismus-Leninismus, einschließlich der in 6 Punkten zusammengefassten geschichtlichen Grundorientierungen herzustellen. Dies wäre ein Meilenstein anlässlich des 100. Jahrestages der Novemberrevolution und der Gründung der KPD. Sie ist die Grundlage für den Aufbau einer antifaschistisch-antiimperialistisch-demokratischen Volksfront gegen die Front der Kriegstreiber und Faschisten, für die Überwindung des auf Krieg ausgerichteten menschenfeindlichen Systems des Imperialismus.

3. Diese Aufgabe duldet keinen Aufschub! Sie ist kriegsverhindernd! Die Systemkrise des Imperialismus vertieft sich. In seiner Folge nimmt die imperialistische Aggressionspolitik mit immer weiteren Kriegsschauplätzen beängstigend zu. Führende US - Militärs bereiten einen möglichen Weltkrieg vor, wie sie ganz offen verkünden.

4. Die antagonistischen Klassenwidersprüche verschärfen sich unter diesen Bedingungen im besonderen Maße. Sie bewirken auf dieser Grundlage eine zunehmende Sammlung rechter Kräfte und Faschisten in einer Front, der wir die antifaschistisch - /antiimperialistisch-demokratische Volksfront wirkungsvoll entgegenstellen und ihren Einfluss zurückdrängen müssen.

5. Die vorgenannten Aufgaben sind unserem Bekenntnis zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution gewidmet. Sie sind die beste Würdigung dieses weltgeschichtlichen Ereignisses.

Berlin, 22. April 2017

Frank Flegel: Einige Gedanken zur Einheitskonferenz der Kommunisten in Berlin am 22. April 2017 und zu der sich im Umfeld der Konferenz abzeichnenden Konstellation

An dem sehr guten Besuch mit über 100 Teilnehmern/innen lässt sich ein großes Interesse ablesen.

Dies vor allem, weil einige durchaus einflussreiche Organisationen, die sich der kommunistischen Bewegung zugehörig fühlen (DKP) bzw. sie im Namen tragen (KPF) oder die sich auf die Fahnen geschrieben haben, Sozialisten und Kommunisten auf marxistischer Grundlage zusammenführen zu wollen (RotFuchs), aktiv die Teilnahme ihrer Mitglieder zu verhindern suchten.

Alfred Fritz, der stellvertretende Vorsitzende der KPD, beleuchtete die Umstände und Aktivitäten der Genannten in seiner Eröffnungsrede etwas genauer:

„Es war immer üblich, dass, wenn die DKP zu einer Wahl antritt, die KPD nicht kandidiert, oder umgekehrt: die KPD tritt an und die DKP nicht. Das heißt, dass wir uns niemals ins Gehege gekommen sind und uns gegenseitige Unterstützung gewährt haben. Das wird erstmalig, ich betone erstmalig, in Thüringen durchbrochen, das ist sehr bedauerlich. ... Initiativen auf zentraler Ebene mit dem Ziel der Vereinigung gingen von Anfang an von der KPD aus. ... 2008 kam es auf Einladung der KPD zu einem Treffen mit einer DKP-Delegation unter Leitung von Heinz Stehr, dem damaligen Vorsitzenden mit dem Vorschlag der Bildung eines gemeinsamen Ausschusses zur Beratung über beide Parteiprogramme und die Herausarbeitung von Gemeinsamkeiten. Von der DKP-Delegation und Heinz Stehr persönlich wurde das abgelehnt mit der Begründung, sie hätten andere Auffassungen erstens zu Stalin, zweitens zur Diktatur des Proletariats und drittens zum Demokratischen Zentralismus und zur DDR. Die

Gespräche wurden seitens der DKP abgebrochen mittels eines Nichtvereinbarkeitsbeschlusses der Zusammenarbeit auf zentraler Ebene, der trotz veränderter Parteiführung der DKP nie aufgehoben wurde. ... In persönlichen Gesprächen mit Patrick Köbele kommt der Standpunkt zum Ausdruck, gemeinsame Aktionen: ja, Vereinigung: nein. ... Die Orientierung der DKP an ihre Mitglieder, heute hier nicht als Mitglied der DKP teilzunehmen, sondern höchstens als Privatperson, stößt auf Empörung bei Gruppen der Landesorganisation der DKP. Da beschweren wir uns über bürgerliche Politiker, die auch in der Geschichte mehrfach Maulkorbverordnungen erlassen und müssen heute ungehalten darüber sein, dass einzelne Funktionäre der DKP eine solche Maulkorbverordnung geben. Deshalb begrüßen wir hier heute zahlreiche DKP-Mitglieder, die im Sinne des Kommunistischen Manifestes als Kommunisten handeln. Wir begrüßen auch Mitglieder des RotFuchs, die auch einer solchen Zentralorientierung unterliegen, sich aber nicht bevormunden lassen wollen. ...

Viele Genossen werden erstaunt sein, dass heute auch die Kommunistische Plattform tagt. Wir haben die Kommunistische Plattform vorher eingeladen zu unserer Veranstaltung. Die KPF war auch beim ersten Treffen nicht dabei mit der Begründung, dass sie Angst hätten, dann ausgeschlossen zu werden aus der Partei „Die Linke“ und sie haben jetzt - vier Wochen, nachdem sie die Einladung von uns bekommen haben - ihre Bundeskonferenz angesetzt, heute, zum gleichen Zeitpunkt.

Und gestern wurde ich von einem Funktionär des RotFuchs angerufen, dass man nicht käme, weil wir unser Treffen ja ohne die Kommunistische Plattform machen.

Ihr müsst Euch mal vorstellen, wie die Dinge verdreht werden, das ist ja schon ähnlich wie mit Syrien. Wir haben sie eingeladen, sie machen eine Parallelveranstaltung, aber wir sind schuld. Liebe Genossen, so werden die Dinge verdreht, und manche glauben das auch noch.“

Nochmal zusammengefasst: Die DKP fällt schon vor ein paar Jahren einen Nichtvereinbarkeitsbeschlusses der Zusammenarbeit auf zentraler Ebene und verbietet heute ihren Mitgliedern, als DKP-Mitglieder an der Einheitskonferenz teilzunehmen. Die KPF setzt einen Monat nach Einladung zur Einheitskonferenz ihre Bundeskonferenz am gleichen Tag zur gleichen Uhrzeit an. Und der RotFuchs sagt ab, weil die KPD die Konferenz ja ohne die KPF mache. Kaum verwunderlich, sondern folgerichtig ist, dass die Konferenz in den Medien von DKP (UZ), KPF (Mitteilungen) sowie im RotFuchs und der jungen Welt nicht vorkam.

Ähnlich scheußlich ging bzw. geht es zu im Zusammenhang mit der Vorbereitung einer Veranstaltung zur Würdigung des 100. Jahrestages der Oktoberrevolution in diesem Jahr. Da gab es großes Interesse, eine gemeinsame Veranstaltung auf die Beine zu stellen, das wollten (evtl. ist meine Aufzählung unvollständig) die DKP, die

SDAJ, der RotFuchs, die GRH, die KPD, der Freidenkerverband, der RFB, die KAZ, die KI Gera 2010, die Rote Hilfe, Arbeit-Zukunft, die Chile-Freundschaftsgesellschaft. Bei einer Unterredung am 22. Januar wurde dann deutlich, dass die DKP mit dem RotFuchs und der SDAJ die Veranstalter sein und das Programm („Konzeption, Planung und Durchführung“) bestimmen werden, alle anderen können die Veranstaltung unterstützen. Das führte natürlich nicht bei allen der genannten Interessenten zu großem Beifall.

Dieses Herangehen von DKP, RotFuchs und SDAJ bedeutet, dass Antistalinsten, Zentrismen und Revisionisten die Deutungshoheit über die Oktoberrevolution für sich beanspruchen. Eine Einflussnahme anderer, evtl. konsequenterer Kräfte ist nicht nur nicht erwünscht, sondern von vornherein ausgeschlossen.

Die KPD beschloss darauf hin, zu einem anderen Termin als dem der geplanten Veranstaltung von DKP, RotFuchs und SDAJ eine eigene, wenn möglich von mehreren oder vielen getragene Veranstaltung zum Thema zu organisieren. Die Planungen laufen inzwischen.

Nach Bekanntwerden des Termins (4. November 2017 in Dresden) gab vor kurzem die DKP Leipzig in Zusammenarbeit mit „Trägern und Unterstützern“, nämlich dem Marxistischen Forum Sachsen und Leipzig, dem Liebknecht-Kreis Sachsen, der Kommunistischen Plattform Sachsen, dem Geraer Sozialistischen Dialog, dem Regionalverband Leipzig, dem RotFuchs-Förderverein, der Sozialistischen Alternative Vorwärts Leipzig und dem Traditionsverband NVA/DDR bekannt, eine „Konferenz zum 100. Jahrestag der Oktoberrevolution“ durchzuführen – wann wohl? Am 4. November 2017! Wo? In Leipzig.

Da organisiert die DKP² also eine Konkurrenzveranstaltung zum gleichen Termin und in räumlicher Nähe. Bei so etwas glaube ich nicht an Zufälle. Und mit wem organisiert das die DKP? Mit Organisationen aus dem Umfeld der Partei Die Linke und mit Trotzisten. Also lieber mit denen als mit den Marxisten-Leninisten. Wir können es nicht ändern, aber es wäre auch Anderes möglich gewesen.

² Viele haben große Hoffnungen in die neue Parteiführung der DKP gesetzt und hegen sie heute noch. Ich würde lügen, wenn ich abstreiten würde, dass auch ich zu denen gehörte, die sich Verbesserungen im Sinne größerer Klarheit und eventuell sogar einer Rückkehr der DKP zu marxistisch-leninistischen Positionen erhofft haben. Aber nun? Was soll man von solchen Bündnispartnern wie Partei die Linke und Sozialistische Alternative Vorwärts halten – wohl-gemerkt nicht bei einer antifaschistischen Aktion oder innerhalb der Friedensbewegung, sondern bei einer Veranstaltung über ein extrem wichtiges Ereignis der kommunistischen Bewegung, dessen Bewertung eng mit unseren Grundlagen verbunden ist.

Im Resultat zeigt sich eine gewisse Lagerbildung:

Die DKP³, der RotFuchs und die Kommunistische Plattform der Partei Die Linke bilden inzwischen so etwas wie ein revisionistisch/zentristisches Kartell, leider mit nicht unwesentlichem Einfluss auf die „junge Welt“.

Aber um die KPD gruppieren sich immer mehr konsequente Kräfte, so dass dies Spektrum für antikapitalistische Kräfte immer attraktiver wird.

Einerseits vertieft sich also die Spaltung. Diese Spaltung ist uralte, sie hat schon die Erste Internationale zerstört, hat dann 1914 die ehemals revolutionäre SPD des 19. Jahrhunderts zur Kriegsbefürworterin des deutschen Imperialismus gemacht und zur Abspaltung des Spartakusbundes/der jungen KPD geführt, danach eine Einheitsfront gegen den deutschen Faschismus verhindert, hat dann, nach dem Sieg im II. Weltkrieg und dem XX. Parteitag der KPdSU in den sich an der Macht befindenden kommunistischen Parteien zu innerer Zersetzung geführt, zur Revision der Planwirtschaft und zu Opportunismus in der Außen- und Innenpolitik, bis der Sozialismus sturmreif war für die Konterrevolution. Es handelt sich um die für die imperialistische Phase des Kapitalismus typische Spaltung der Arbeiterbewegung zwischen Marxismus-Leninismus und Opportunismus/Revisionismus mit der elendigen Erscheinung des Zentrismus, der den Revisionismus nicht konsequent bekämpft, sondern ihm einen Platz in revolutionären Organisationen einräumt. Die Geschichte hat hinlänglich gezeigt, wohin das führt.

Dem steht sehr positiv gegenüber, dass sich die Zersplitterung verringert. Statt wie noch vor wenigen Jahren entstehen nicht mehr immer neue und damit immer zahlreichere Ansätze, marxistisch-leninistische Organisationen, Gruppen, Zirkel zu bilden, sondern die vorhandenen gruppieren sich um die KPD, einige treten ein, einige ko-

³ Im neuesten Flyer der Marxistischen Blätter, dem Theorieorgan der DKP mit dem Titel „Kampagne 100 Plus“, beigelegt der UZ Anfang Mai, schreibt der verantwortliche Redakteur, Lothar Geissler: „Wer mit nur halbwegs offenen Augen durch die Welt geht, sieht an allen Ecken: sie ist nicht die beste aller Welten! Das Bestehende nur zu verteidigen und ein Reförmchen hier oder da, das reicht vorne und hinten nicht! Wir brauchen eine radikale Wende zu demokratischem, sozialem und ökologischem Fortschritt und zu einer globalen Friedenspolitik.“

Ich war immer der Auffassung, dass das Ziel der kommunistischen Bewegung die Vergesellschaftung der Produktionsmittel sei, der Aufbau einer Gesellschaft frei von Ausbeutung und Krieg. Das Theorieorgan der DKP bevorzugt offensichtlich eine linkssozialdemokratische, sich für den Frieden einsetzende grüne Politik als Ziel.

operieren. Das tut allen Beteiligten gut, sowohl der KPD als auch den kleinen Organisationen, Gruppen und Zirkeln.

Ich bin guter Hoffnung, dass sich hier eine fruchtbare Entwicklung anbahnt.

Zur Geschichte des Sozialismus

Gerhard Feldbauer: Am 27. April gedachten wir dem 80. Todestag Antonio Gramscis

Die Biographie von Giuseppe Fiori gibt einen Einblick über auch bisher weniger bekannte Eindrücke aus dem Leben dieses standhaften kommunistischen Führers

Am 27. April gedachten wir des vor 80 Jahren an den Folgen der unmenschlichen Haft in Mussolinis Kerker verstorbenen Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Italiens⁴, Antonio Gramsci. Ich habe mich dazu nochmals mit der 2013 vom Rotbuchverlag Berlin in Deutsch neue aufgelegten Biographie „Das Leben des Antonio Gramsci“⁵ befasst. Während einige Aspekte eher unterbelichtet bleiben, gibt sie gibt Auskunft über bisher wenig bekannte Gesichtspunkte. Der Verfasser, der 2003 verstorbene Giuseppe Fiori, war selbst ein aktiv am Leben der IKP teilnehmender Politiker. Als unabhängiger Linker auf deren Liste in den Senat gewählt, sympathisierte er mit dem Versuch von Generalsekretär Enrico Berlinguer, das Konzept Gramscis vom Historischen Block in einem Regierungsbündnis mit der großbürgerlichen Democrazia Cristiana (DC) umzusetzen. Dem Vorhaben fehlte ein realer Bezug zu seinem Theoretiker. Denn während Gramsci – wie noch zu sehen ist – das Festhalten an einer sozialistischen Gesellschaft als Bedingung eines Historischen Blocks konzipiert hatte, verzichtete Berlinguer auf die Benennung einer solchen Alternative, anerkannte die kapitalistische Marktwirtschaft und wollte auf dieser Grundlage mit der Großbour-

⁴ Sie nannte sich Kommunistische Partei Italiens, Sektion der Kommunistischen Internationale (KPI), nach der Auflösung der KI 1943 Italienische Kommunistische Partei (IKP). Der allgemein übliche Name wird vom Rezensenten durchgängig benutzt.

⁵ Giuseppe Fiori: Das Leben des Antonio Gramsci. Eine Biographie. Rotbuch Verlag, Berlin 2013. ISBN 9783867891899. Gebunden, 416 Seiten. Die Originalausgabe „Vita di Antonio Gramsci“ erschien 1966 bei Laterza Rom. 1970 in Paris „La vie de Antonio Gramsci“.

geoisie zusammenarbeiten und „die Überwindung der Klassenschranken anstreben“ („Unita“, 12. November 1971). Als der linksliberale DC-Vorsitzende Aldo Moro, Berlinguers Partner, im Mai 1978 einem von der CIA und der von ihr geführten faschistischen Putschloge Propaganda due (P2) inszenierten Mord zum Opfer fiel, scheiterte das Projekt. Fiori bemühte sich als Chefredakteur des der IKP nahestehenden linken „Paese Sera“ (1979 -1981) um Schadensbegrenzung.

Der Verfasser gibt einen fundierten Einblick in die Umstände, unter denen Gramsci einen gewaltigen Beitrag zur Verbreitung des Marxismus-Leninismus und zur Schaffung einer revolutionären Partei des italienischen Proletariats geleistet hat. Ebenso, dass er ein Mann der revolutionären Praxis war. Er zitiert lange Passagen Gramscis, leider meist ohne Quellenangabe. 104 Anmerkungen verweisen auf Zusammenhänge und Personen, zu denen auch ein Register mit zirka 500 Namen gehört. Ein ausführliches Literaturverzeichnis erfasst auch zahlreiche in Deutsch vorliegende Titel. Einige in der DDR erschienene Ausgaben, wie „Die süditalienische Frage“ und „Briefe aus dem Kerker“, Berlin (Ost) 1955 bzw. 1956; sind nicht aufgenommen worden. Auch Togliattis Schrift „Ein Leben für die italienische Arbeiterklasse“, die 1954 in der DDR erschien, fehlt. Angesichts der Sorgfalt, die die Herausgeber sonst walten ließen, verwundert das.

Im August 1917 trat Gramsci als einer der Organisatoren an die Spitze des unter dem Einfluss der russischen Februarrevolution 1917 ausgebrochenen Aufstandes der Turiner Arbeiter gegen Hungersnot und für Frieden. Im PSI-Organ „Avanti“ stellte er unter der Schlagzeile „La Rivoluzione contro il Capitale (Die Revolution gegen das Kapital) klar die von Lenin bezogene Position heraus. Die Arbeiter setzten den reformistischen Turiner ISP-Vorstand ab und wählten eine neue Leitung mit Gramsci an der Spitze. Erst nach viertägigen Barrikadenkämpfen, bei denen Hunderte Arbeiter getötet, noch viel mehr verwundet und Tausende verhaftet wurden, gelang es der Armee, die Erhebung niederzuschlagen.

Die linke Fraktion dominierte die revolutionären Nachkriegskämpfe der Sozialistischen Partei. In Italien hatte sich noch kein die Arbeiterbewegung beherrschender Reformismus durchgesetzt. Davon ausgehend versuchte Gramsci zusammen mit Palmiro Togliatti⁶, Umberto Terracini⁷ und Angelo Tasca⁸ in der Partei mit der kommu-

⁶ Nach Gramscis Verhaftung 1926 amtierender Generalsekretär, nach dessen Tod 1937 im Amt bestätigt. An der Seite Georgi Dimitroffs seit 1934 zweiter Mann an der Spitze der KI. Erarbeitete auf der Grundlage der von Gramsci ausgearbeiteten nationalen Strategie die Konzeption des Eintritts der IKP zusammen mit den antifaschistischen Oppositionsparteien in die Regierung von Marschall Badoglio („Wende von Salerno“ im April 1944) und setzte sie zusammen mit Luigi Longo durch.

nistischen Gruppe Ordine Nuovo (Neue Ordnung) den Bruch mit dem Opportunismus durchzusetzen und sie in eine revolutionäre, was hieß kommunistische Partei umzuwandeln. „Wer kein revolutionärer Kommunist ist, muss aus der Partei entfernt werden“, forderte Gramsci.

Die Gründer der Ordine Nuovo gaben die gleichnamige Zeitschrift heraus, deren erste Ausgabe am 1. Mai 1919 erschien. Fiori gibt einen detaillierten Einblick in die komplizierten Auseinandersetzungen, die in diesem Prozess auch unter den führenden Kommunisten stattfanden.

Es gelang, neben proletarischen Autoren hervorragende Intellektuelle zur Mitarbeit in der Ordine Nuovo zu gewinnen, was vor allem ein Verdienst des talentierten Kunstkritikers Gramsci und Tascas war. In der Zeitung wurde ein Grundsatz des ideologischen Wirkens Gramscis sichtbar, „dem Proletariat die Kultur zu vermitteln, ohne die es sich seiner historischen Funktion nicht bewusst werden konnte“, hält Fiori fest. Dem entsprach, dass in der Zeitung neben Arbeiterkorrespondenten und Arbeiterdichtern pazifistische Intellektuelle der Weltliteratur wie Romain Rolland, Henri Barbusse, Walt Whitman und Maxim Gorki schrieben. Dass es sich nicht nur um kommunistische Intellektuelle handelte, verdeutlichte beispielsweise die Mitarbeit des brillanten liberalen Kulturkritikers Piero Gobetti.

1920 wuchsen die revolutionären Arbeiteraktionen sprunghaft an. Millionen streikten nicht mehr nur, um ihre materielle Lage zu verbessern, sondern für den Sturz der Ausbeuterordnung. Die Arbeiter aller großen Unternehmen in Norditalien besetzten die Betriebe, wählten Fabrikräte, übernahmen die Leitung der Produktion (die sie trotz Sabotage des größten Teils des technischen Personals durchweg zu 70 Prozent aufrechterhielten). „Im Fiat-Hauptwerk saß Giovanni Parodi, ein sozialistischer Arbeiter, an Agnellis Schreibtisch“⁹. Die Arbeiter bildeten bewaffnete Rote Garden zur Verteidigung der Betriebe. Im Süden nahm die Inbesitznahme von Ländereien der

⁷ Terracini war Delegierter zum III. KI-Kongress. 1926 zu 20 Jahren Kerker verurteilt, wirkte er nach der Befreiung 1943 aktiv in der Resistenza.

⁸ Tasca nahm 1922 am IV. Kongress der Komintern teil, wurde danach Mitglied des Sekretariats des ZK der IKP, auf dem VI. KI-Kongress in deren Sekretariat berufen. 1929 mit Begründung der Fraktionsbildung (Tasca-Gruppe) und Anhänger Bucharins aus der IKP ausgeschlossen. Schrieb danach das bedeutende Werk „Aufstieg des Faschismus in Italien“. Er blieb, wie Ignazio Silone im Vorwort dazu schrieb, „ein Sozialist der alten Garde“ und hat sich nie zu Denunziationen gegenüber der IKP oder der kommunistischen Bewegung hergegeben.

⁹ Giovanni Agnelli, 1889 Begründer und Besitzer des stärksten italienischen Auto- und Industriekonzerns, einer der größten Gewinner im Ersten Weltkrieg.

Latifundistas teilweise Massencharakter an. Die Regierung musste durch Dekret das Vorgehen der Bauern legalisieren.

Am 8. Mai 1920 gab Gramsci in der Ordine Nuovo die Orientierung für die zu schaffende Partei. Sie müsse, zitiert Fiori, „ihre ganze Energie daran setzen, die kampfbereiten Arbeiter zu organisieren“, sie müsse „ein Manifest erlassen, das die revolutionäre Eroberung der politischen Macht als ausdrückliches Ziel feststellt und das Industrie- und Landarbeiterproletariat aufruft, sich auf den Kampf vorzubereiten und sich zu bewaffnen, und das auch die sozialistischen Lösungsvorschläge für die aktuellen Probleme benennt: die Aufsicht des Proletariats über Produktion und Distribution, die Entwaffnung der Söldnerkorps, die Kontrolle der Gemeindeverwaltungen durch die Arbeiterorganisationen.“

Es ging Gramsci also zunächst nicht darum, eine neue, kommunistische Partei zu gründen. Lenin bezog sich ausdrücklich auf die von Gramsci vorgeschlagene „Partei des revolutionären Proletariats in Italien“, die „zur wirklichen Vorhut des revolutionären Proletariats“ werden müsse (Bd. 30, DDR-Ausgabe S. 373-385). Gramsci suchte eine Übereinkunft mit den Zentristen unter Führung Giacinto Menotti Serratis¹⁰. Auf dem PSI-Kongress, der am 15. Januar 1921 in Livorno begann, vertraten die Zentristen 98.028 Mitglieder, Ordine Nuovo 58.783 und die Reformisten 14.695. Serrati beugte sich jedoch dem Argument, die Einheit der Partei zu wahren, mit dem die Zentristen den Ausschluss der Reformisten ablehnten. Daraufhin verließen die Linken am 21. Januar 1921 den Kongress und gründeten die IKP. Serrati brach 1924 mit den Reformisten und trat der IKP bei, die ihn in ihr Zentralkomitee aufnahm. Das entsprach der Empfehlung Lenins, solchen Genossen die Rückkehr zur Partei, wenn sie mit dem Opportunismus brechen, nicht zu verwehren (Bd. 30, S. 381).

Auf die Gründung der IKP reagierte der Faschismus mit einer Verschärfung seines Terrors gegen die Arbeiterbewegung, den er auf ganz Norditalien und die Toskana ausdehnte. Ordine Nuovo berichtete am 23. Juli 1921, dass 1920 2.500 Italiener (Männer, Frauen, Kinder und Greise) unter den Kugeln der Faschisten und der öffentlichen Sicherheitskräfte auf Straßen und Plätzen den Tod fanden, im ersten Halbjahr 1921 ungefähr 1.500 Menschen durch Kugeln Messer und Schlagstock der Faschisten getötet, 20.000 Bewohner der Städte ausgewiesen oder durch Drohungen gezwungen wurden zu fliehen, in der Emilia, der Romagna, der Toskana, in Umbrien, dem Vene-

¹⁰ Seit 1914 Chefredakteur der sozialistischen Tageszeitung „Avanti“ vertrat er konsequent die Antikriegsposition, die die ISP als einzige westeuropäische Sektion der II. Internationale bezog, was Lenin „eine Ausnahme für die Epoche der II. Internationale“ bezeichnete und die Partei „einen gewaltigen Schritt vorwärts d. h. nach links“ brachte (Lenin, Bd. 21, S. 100; Bd. 28, S. 106). Auf den Konferenzen in Zimmerwald 1915 und Kienthal 1916 näherte er sich Lenin an.

to die Sturmabteilungen 15 Millionen Menschen terrorisierten und die Behörden dem blutigen Treiben tatenlos zusahen.

KP-Gründung war unumgänglich

Gramsci ist oft nachgesagt worden, er habe die Trennung von den Opportunisten als einen großen Fehler gesehen. Das entstellt seine Haltung. Tatsächlich sah er, wie Fiori zitiert, im Mislingen der Umwandlung der ISP in eine revolutionäre Kampfpartei des Proletariats „den größten Triumph der Reaktion“.

Gramsci begann als Erster in der kommunistischen Weltbewegung eine Analyse des im Oktober 1922 in Italien an die Macht gekommenen Faschismus. „Er kam dem wahren Charakter des Faschismus auf die Spur, analysierte die reaktionäre Einstellung seiner führenden Vertreter, die Borniertheit der Kleinbürger, die ihm wie Schafe nachliefen, und vor allem die Gefahr, die von ihm drohte und die von den meisten Kommunisten damals noch unterschätzt wurde“, schreibt Fiori. Gramsci schätzte ein, dass das nicht lediglich ein Führungswechsel innerhalb der Bourgeoisie war, sondern der „Faschismus als Instrument einer Industrie-Agraroligarchie (handelt), um in den Händen des Kapitals die Kontrolle des gesamten Reichtums des Landes zu konzentrieren.“

In seiner Faschismus-Analyse hielt Gramsci fest, dass die herrschende Klasse in den kapitalistisch hochentwickelten Ländern politische und organisatorische Reserven besitzt, die sie z. B. in Russland nicht hatte, und so auch schwerste Wirtschaftskrisen keine unmittelbare Rückwirkung auf das politische Leben haben, sondern die Politik immer eine Verspätung gegenüber der ökonomischen Entwicklung aufweist. Das Verlangsamten der Massenaktionen erforderte von der revolutionären Partei eine sehr viel komplexere Strategie und Taktik, die weit von der entfernt ist, die für die Bolschewiki zwischen März und November 1917 notwendig war. Er schlussfolgerte nun, dass die Frage der proletarischen Revolution zunächst nicht mehr auf der Tagesordnung stand, die Arbeiterklasse ihre politische Hegemonie auf der Grundlage der Freiwilligkeit und Überzeugung erringen müsse, das ihren Masseneinfluss voraussetze, deshalb das Sektierertum zu überwinden sei.

Die Konzeption des „Historischen Blocks“

In seiner These vom „Historischen Block“ entwickelte Gramsci ein System von Bündnissen der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft, den Mittelschichten und der Intelligenz, in dem er den katholischen Volksmassen großen Stellenwert beimaß. Er ging, was Fiori nicht erwähnt, von Lenins Hinweisen für die italienischen Kommunisten auf dem III. KI-Kongress aus, dass die Partei im revolutionären Kampf „die Massen“, die „Mehrheit der Arbeiterklasse“ gewinnt (Bd. 32, S. 491 ff.). Gramsci hielt Zugeständnisse für notwendig, betonte gleichzeitig, was von Berlinguer (siehe oben)

nicht beachtet wurde und auch heute oft übersehen wird, es müsse es sich um einen „ausgeglichenen Kompromiss“ handeln, bei dem die Zugeständnisse der KP „nicht das Wesentliche“, nämlich „die entscheidende Rolle (...), die ökonomischen Aktivitäten der führenden Kraft“ betreffen dürften, worunter die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaft und die Herstellung einer sozialistischen Ordnung zu verstehen war. Auch bei Fiori bleibt das unterbelichtet. Hervorgehoben wird, dass Gramsci den Kampf für den Sozialismus mit der Verteidigung bzw. der Eroberung der Demokratie verband. Seine Konzeption wurde auf dem Parteitag in Lyon 1926 als Parteiprogramm („Thesen von Lyon“) angenommen und er als Nachfolger Amadeo Bordigas¹¹ zum Generalsekretär gewählt.

Gramsci lehnte die auf dem VI. KI-Kongress aufgestellte Sozialfaschismusthese ab. Die IKP stimmte ihr zunächst zu, wandte sie aber in der Praxis nicht an. Schließlich anerkannte sie die Sozialdemokratie als Teil der Arbeiterbewegung. Das war die Voraussetzung, 1934 mit der ISP ein Aktionseinheitsabkommen zu schließen, das im Juli 1937 in Spanien mit einem klaren antiimperialistischen Bekenntnis vertieft wurde.

Ausführlich geht Fiori darauf ein, wie Gramsci auf die Strategie und die aktuelle Politik der Partei aus dem Kerker heraus großen Einfluss nahm und unerschütterlich die Politik seiner Partei verteidigte. Vom Vorsitzenden des Sondertribunal, das ihn im Juni 1928 zu 20 Jahren Kerker verurteilte, nach der Bedeutung der in seinen beschlagnahmten Schriften gebrauchten Begriffe Krieg und Machtübernahme gefragt, gab der IKP-Generalsekretär die berühmte Antwort, dass alle Militärdiktaturen früher oder später zu einem Krieg führen und dass es in einem solchen Fall dem Proletariat zukomme, die herrschende Klasse zu ersetzen und die Zügel des Landes zu ergreifen, um das Schicksal der Nation zu wenden. Als der Staatsanwalt ihn unterbrechen wollte, fügte er hinzu: Ihr werdet Italien ins Verderben führen, uns Kommunisten wird die Aufgaben zufallen, es zu retten.“ Mussolinis Propagandaminister Michele Isegre erklärte, „dieser Kopf muss für 20 Jahre gehindert werden zu arbeiten“.

Durch „langames Sterben“ ermordet

Das gelang nur teilweise. Zweifelsohne hätte dieser geniale Kopf aber in Freiheit einen noch größeren Beitrag für die IKP, für den antifaschistischen Widerstand und auch die kommunistische Weltbewegung leisten können. Denn schon das, was er im

¹¹ Bordiga verteidigte den Marxismus gegen die Reformisten, bezog 1914 Antikriegspositionen. Seit 1919 führender Vertreter der Kommunisten in der ISP, 1921 Mitbegründer der IKP, bis 1926 ihr Generalsekretär. Wegen sektiererischer Positionen – er war gegen die Teilnahme an Wahlen und des parlamentarischen Kampfes - wurde er 1931 auf dem illegalen Parteitag in Köln aus der IKP ausgeschlossen.

Kerker erarbeitete, war ein ungeheures Pensum an theoretischen Erkenntnissen für den revolutionären Kampf.

Gramsci, der einen Buckel hatte und von zwerghafter Gestalt war, litt von früher Kindheit an unter einer schwachen Gesundheit. Während bisherige Publikationen zu Gramsci das meist verbal abhandeln, geht Fiori detailliert darauf ein, mit welcher geradezu übermenschlicher Willenskraft Gramsci arbeitete. „Die Wahrheit war, dass Antonio Gramsci schon zu dieser Zeit (1933) sich in einem Prozess des langsamen Sterbens befand“, schreibt Fiori. „Seine Zähne waren ausgefallen und er hatte ein schmerzhaftes Magenleiden, fortschreitende Lungentuberkulose, Arteriosklerose und Pott'sche Krankheit (eine tuberkulöse Wirbelsäulenzündung) verursachten unerträgliche Schmerzen.“ Mit der jahrelang abgelehnten medizinischen Betreuung und der Weigerung, den Gefangenen in ein Gefängnis Krankenhaus zu verlegen, betrieb das Mussolini-Regime systematisch die Ermordung Gramscis. „Ohne ärztliche Hilfe seinen Krankheiten ausgeliefert, starb er unter schrecklichen Qualen einen langsamen Tod“. Versuche, ihn zu einem Gnadengesuch zu bewegen, die nicht nur von seiner Familie und Freunden, sondern auch von Mussolini ausgingen, lehnte Gramsci ganz entschieden ab, da er darin eine Distanzierung vom antifaschistischen Widerstand und eine Auswirkung auf dessen Kampfkraft sah. Trotz dieses Krankheitszustandes arbeitete Gramsci weiter. Aus dem Jahr 1933 stammen die Gefängnishefte 1 (Notizen zu verschiedenen Themen), 2 (Grundlagen der Politik), 4 und 22 (Verschiedenes).

Für die diffamierende Anschuldigung, die Christoph Nix im Vorwort gegen Togliatti erhebt, dieser „wollte Gramsci lieber im Kerker als in Freiheit sehen“, finden sich in der Biographie Fioris keine Belege. Dem steht auch entgegen, dass Togliatti, unterstützt von Luigi Longo¹² nach dem Sturz Mussolinis im Juli 1943 in einer Palastrevolte im April 1944 mit der „Wende von Salerno“ (Eintritt der Kommunisten und Sozialisten zusammen mit den bürgerlichen Parteien in die nach dem Sturz des „Duce“ von Marschall Pietro Badoglio gebildete Regierung) Gramscis These vom „Historischen Block“ schöpferisch auf die damalige konkrete Situation anwandte. Er bestätigte sich damit, wie Georg Lukas einschätzte, als „eine der bedeutendsten taktischen Begabung“.

¹² Mitbegründer der IKP. Teilnahme am IV. und VI. KI-Kongress, seit 1933 Mitglied des EKKI. Seit 1927 Mitglied des Politbüros, bereitete er das Aktionseinheitsabkommen mit ISP vor und unterzeichnete es 1934 mit dem ISP-Vorsitzenden Pietro Nenni. In Spanien Generalinspekteur aller Inter-Brigaden. Aktiv an der Ausarbeitung und Durchsetzung der „Wende von Salerno“ beteiligt. In der Partisanenarmee zusammen mit Sandro Pertini (ISP) einer der beiden Befehlshaber.

gen, welche der Arbeiterbewegung hervorgebracht hat“¹³ und verdeutlichte so die überragende Bedeutung der theoretischen Leistung Gramscis.¹⁴

Fiori führt auch an, dass von der UdSSR durch den Volkskommissar Auswärtige Angelegenheiten, Maxim Maximowitsch Litwinow, über den italienischen Botschafter in Moskau ein Austausch Gramscis versucht wurde, was Mussolini „schroff abgelehnt“ habe.

Im März 1933 bildete eine breite antifaschistische Protestbewegung in Paris ein internationales Komitee, dem u. a. Romain Rolland und Henri Barbusse angehörten. Es machte die unmenschlichen Haftbedingungen Gramscis publik und forderte seine Freilassung. Danach wurde Gramsci im November 1933 in ein Gefängnis Krankenhaus in Citavecchia nordöstlich von Rom und später nach Formia in der römischen Region Latium in eine kleine Klinik unter strenger polizeilicher Bewachung verbracht. 1934/35 verfasste er hier elf seiner Gefängnishefte und überarbeitete frühere Aufzeichnungen.

Fiori geht auch auf die problematische Ehe Gramscis mit seiner Frau Giulia Schucht ein, die er während seines Aufenthaltes als Delegierter der IKP bei der Komintern 1922/23 kennenlernte und heiratete und mit der er zwei Söhne hatte. „Er war 31 Jahre alt und zum ersten Mal verliebt“, schreibt Fiori, der kein Urteil fällt. Aber was er darlegt, vermittelt den Eindruck dass Giulia nicht dazu fand, Antonio in den letzten und schwersten Jahren seines Lebens im Kerker auch nur annähernd beizustehen und ihm ein Trost zu sein. Vergeblich wartete Gramsci, dass sie nach Italien komme und ihn im Gefängnis besuche. Oft erhielt er monatelang nicht einmal Post von ihr. Das erschwerte sein Schicksal zusätzlich. „Er hatte“, so Fiori, „seine Vergangenheit schonungslos analysiert und war zu der Überzeugung gekommen, dass er Giulia gegenüber ‚schuldig‘ sei, was er mit seiner politischen Aktivität“ in Zusammenhang brachte. Sie an sich gebunden zu haben, sah er als einen „Irrtum“. Er habe „nicht den Mut gefunden, allein zu leben, niemanden an sich zu binden, keine Zuneigung und kein enges Verhältnis usw. entstehen zu lassen“, gibt Fiori ihn wieder. Gramsci befasste sich mit der Lösung, das wiedergutzumachen, „in die Einsamkeit zurückkehren und Giulia freizugeben“. Menschlich tief ergreifend sind auch die einfühlsamen Briefe Gramscis an seine beiden Söhne Delio und Giuliano (Delio hat er nie gesehen), die er ihnen bis kurz vor seinem Tod schrieb¹⁵.

¹³ In: Theo Pinkus: Gespräche mit Georg Lukas. Hamburg 1967, S. 71

¹⁴ Siehe dazu auch Togliatti: Antonio Gramsci. Ein Leben für die italienische Arbeiterklasse. Berlin/DDR 1954.

¹⁵ Nachzulesen in: „Gedanken zur Kultur“, Leipzig 1987, S. 115ff.

Der Haltung Giulias steht die entgegengesetzte ihrer Schwester Tanja gegenüber, die in Italien verblieb und Gramsci aufopferungsvoll zur Seite stand, ihn im Gefängnis besuchte, Literatur besorgte und alles tat, um sein schweres Los, etwas zu erleichtern. Mit ihr besprach er auch die Probleme mit seiner Frau.

Anfang April 1937 wurde der todkranke Gramsci aus der Haft entlassen. Er verstarb am 27. April um 4.10 Uhr. Er wurde nur 46 Jahre alt. Fiori schließt die Biographie mit dem Brief, den Gramsci vor der Verkündung des Urteils 1928 an seine Mutter geschrieben hatte: „Damit ich ganz ruhig sein kann, möchte ich, dass Du nicht erschrickst oder Dich aufregst, wie immer auch das Urteil ausfallen mag. Ich möchte, dass Du verstehst und fühlst, dass ich ein politischer Gefangener bin und dass ich mich dessen nicht schäme und nie schämen werde. Ich möchte dir sagen, dass ich es im Grunde genommen nicht anders gewollt habe, weil ich nie meine Meinung aufgeben wollte, und ich bin bereit, dafür nicht nur ins Gefängnis zu gehen, sondern sogar mein Leben zu opfern. Deshalb kann ich ruhig und mit mir selbst zufrieden sein. Liebe Mamma, ich möchte Dich gern ganz fest umarmen, damit du spürst, wie lieb ich dich habe und wie ich Dich für diesen Kummer trösten möchte, den ich Dir bereitet habe – aber ich konnte nicht anders handeln. Das Leben ist sehr hart, und manchmal müssen die Kinder ihren Müttern großes Leid zufügen, wenn sie ihre Ehre und Menschenwürde bewahren wollen.“

Gerhard Schnehen: War Stalin ein Diktator?

Dass Stalin ein Diktator und Alleinherrscher war, oder mehr noch, ein Tyrann, Verbrecher und Massenmörder, gehört heute weltweit zum so genannten Anti-Stalin-Paradigma (Grover Furr), auch in dem Land, in dem er 30 Jahre lang an der Spitze der Sowjetunion tätig war. Wladimir Putin bezeichnete ihn unlängst als „Tyrann und Diktator“.

So gut wie alle deutschen Historiker, die sich mit Stalin beschäftigen, bezeichnen ihn als ‚Diktator‘ oder als ‚Alleinherrscher‘, als jemand, der nach ‚der absoluten Macht griff‘ und eine ‚persönliche Diktatur etablierte‘ (Stefan Kreuzberger): „Stalin ist aktueller denn je ... Aber auch die bemerkenswerte Renaissance, die der ehemalige sowjetische DIKTATOR im heutigen Staat Medwedjews und Putins erfährt, veranschaulicht, wie allgegenwärtig Stalin immer noch ist.“ (Stefan Kreuzberger, ‚Stalin. Machtpolitiker und Ideologe‘, Stuttgart 2009, S. 11, Einleitung, Hervorhebung von mir).

„Mein Anliegen ist es vielmehr, Politik, Person und Verbrechen des georgischen DIKTATORS auf der Basis der seit der Zeitenwende von 1990/91 publizierten, analysierten und interpretierten jüngeren und jüngsten Quellenzeugnisse aus Moskauer

Archiven ... griffig und lesbar darzustellen.“ (Klaus Kellmann, ‚Stalin – eine Biografie‘, Darmstadt 2005, S. 7, Vorwort, Hervorhebung von mir).

„Das bolschewistische Projekt der Eindeutigkeit führte nicht zuletzt deshalb in den Massenterror, weil es dem DIKTATOR gefiel.“ (Jörg Baberowski, ‚Der rote Terror‘, Koblenz 2015, S. 16, Hervorhebung von mir). Der gleiche Autor an einer anderen Stelle in seinem Stalin-Buch: „Ohne die destruktive und kriminelle Energie des DIKTATORS wäre, was hier geschah, kaum möglich gewesen.“ (Ebd., S. 252, meine Hervorh.). „Am Ende konnte der DIKTATOR selbst die Mitglieder des Politbüros verhaften und töten lassen, ohne dass ihn daran jemand hindern konnte.“ (Ebd., S. 83, meine Hervorh.).

„Die geschichtliche Figur Stalins ist nur vom Stalinismus her zu begreifen, von einer geschichtlich bedingten Herrschaftsstruktur, die der Person des DIKTATORS vorgegeben war und seine Wirkungszeit zwangsläufig überdauerte.“ (Maximilien Rubel, ‚Stalin‘, eine Monografie, Reinbek/Hamburg 1994, S. 7, Vorbemerkung, Hervorhebung von mir).

Der bekannte Publizist Wolfgang Leonhard (‚Sowjetideologie heute‘) wollte da nicht nachstehen: „Dass es Stalin endgültig gelungen war, seine ALLEINHERRSCHAFT zu zementieren, lässt sich an einem Datum ablesen: dem 21. Dezember 1929. Es war Stalins fünfzigster Geburtstag. ... Unter Stalin galt jeder Widerspruch als zwecklos.“ (Wolfgang Leonhard, ‚Anmerkungen zu Stalin‘, Reinbek/Hamburg 2009, S. 61f, Hervorhebung von mir).

„Seine einzige Leidenschaft war tatsächlich die Ausübung der Macht, allerdings nicht nur als abstrakte Staatsmacht, sondern auch als persönliche Macht über Menschen und besonders über ihm bekannte, untergebene, sogar nahestehende Menschen.“ (Gerd Koenen, ‚Utopie der Säuberung‘, Berlin 1998, S. 266).

Auch das Buch des geballten Wissens, die Quelle allen Wissens, der Brockhaus, sieht es so, wie es hierzulande und anderswo gesehen werden soll: „Er war seit Ende der 1920er Jahre unumschränkter DIKTATOR und höchste Autorität des Bolschewismus; durch Säuberungen (...) vernichtete er tatsächliche und vermeintliche Gegner.“ (‚Der Brockhaus in einem Band‘, Gütersloh 2012, S. 833, Hervorhebung von mir).

Aus den Zitaten schimmert durch, dass sich einige Autoren, die allesamt das herrschende Anti-Stalin-Paradigma vertreten, sich in letzter Zeit Sorgen darüber machen, dass das Bild Stalins, des Diktators und Alleinherrschers, des Tyrannen, Verbrecher, des Kriminellen, Massenmörder usw. usf., das man besonders seit Ende des 2. Weltkrieges so sorgsam aufgebaut hat - auch übrigens mit Hilfe des 1947 gegründeten CIA - heute Risse bekommen könnte, besonders aber in Russland, wo man ‚bedenkliche Entwicklungen‘ ausgemacht hat, denen man jetzt entschieden die eigene antikommun-

nistische ‚Wahrheit‘ entgegenschleudern muss: „In Putins Russland bahnt sich Unheilvolles an: Stalin kehrt zurück. Er kehrt zurück in die Köpfe der Menschen und in den Alltag.“ (Wolfgang Leonhard, ‚Anmerkungen zu Stalin‘, Reinbek/Hamburg 2009, S. 9).

Einer Umfrage zufolge sehen heute etwa 50% der russischen Bevölkerung Stalin wieder positiv. Stalin ist damit inzwischen neben Breschnew und Peter dem Großen der am meisten geachtete Politiker des Landes, von dem viele meinen, dass er viel für Russland getan hat.

Ich will hier auf die Frage klären, ob Stalin ein Diktator war oder ob er es nicht war.

Für bürgerliche Historiker von der Art, wie ich sie soeben zitiert habe, steht völlig außer Frage, dass Stalin ein solcher Diktator war. Da sind sie sich alle einig, da schert so gut wie keiner aus der Linie aus. Es ist für sie ein Axiom, eine Art kirchliches Dogma, das sie nicht auf seine Stichhaltigkeit oder Lebensberechtigung überprüfen, sondern das ‚unmittelbar‘ und ‚intuitiv‘ für sie einleuchtend ist und in sie wie das helle Licht einer Taschenlampe hineinleuchtet, welches für diese gläubigen Antikommunisten unzweifelhaft feststeht. Jeder Zweifel ist hier strikt untersagt, will man sich nicht als Stalin-Versteher unmöglich machen, womit man sich auch außerhalb des ‚wissenschaftlichen Diskurses‘ stellen würde, der bei uns gilt. Aber warum sollte man, wenn man ein gläubiger Mensch ist und kein Wissenschaftler im strengen Sinne (das sind Menschen, die ihre Vorurteile bei ihren Untersuchungen unterdrücken, die versuchen, objektiv und vorurteilsfrei an Sachverhalte heranzugehen und nicht das ungeprüft hinnehmen, was es erst zu beweisen gilt, die sich um Primärquellen und Beweise kümmern usw.), an den Glaubenssätzen zweifeln, die man schon mit der Muttermilch aufgesogen hat? Und da es hierzulande nicht Aufgabe von deutschen Historikern, schon gar nicht von Journalisten ist, die Glaubenssätze des Mainstream und damit die ideologischen Herrschaftsinstrumente der herrschenden Klasse, der deutschen und internationalen Bourgeoisie, in Frage zu stellen, sondern sie ungeprüft zu übernehmen, sie unzählige Male zu wiederholen, als ‚rational‘ hinzustellen und in die Massen zu tragen, damit diese Lügen nicht aus dem kollektiven Gedächtnis verschwinden, gehört es einfach zu einer ‚wissenschaftlichen Methode‘, auch in Sachen Stalin von diesem kirchlichen Axiom auszugehen, und von da aus alles andere deduktiv abzuleiten. Stalin muss also heute und gerade heute wieder ‚ins richtige Licht‘ gestellt werden, damit niemand auf die fatale Idee kommt, in Stalin einen echten Revolutionär oder einen Befreier vom Kapitalismus und Faschismus zu sehen.

Was ist laut bürgerlicher Ideologie nun ein Diktator?

„Diktator – unbeschränkter Herrscher, Gewaltherrscher.“ (Wahrig, ‚Die deutsche Rechtschreibung‘, München 2007, S. 411). Eine ‚Diktatur‘ ist dann die ‚unbeschränk-

te Machtfülle eines Einzelnen oder einer Gruppe.“ (,Der Brockhaus in einem Band‘, ebd., S. 191).

Danach ist dann ein Diktator nach der offiziellen Ideologie jemand, der über eine unbeschränkte Machtfülle verfügt, oder dessen Gruppe darüber verfügt, und der diese Machtfülle nutzt, um mit Gewalt seine Ziele durchzusetzen. Er tut dies in ausschließlich eigenem Interesse oder im Interesse seiner Klientel. Die Entscheidungen, die er trifft, sind seine eigenen Entscheidungen, denn er ‚diktiert‘ allein, er diskutiert nicht.

Daraus ergibt sich, dass Kommunisten keine Diktatoren sein können, denn ihnen geht es nicht um ihre eigene Person oder um ihre Machtfülle, sondern um die Interessen der Arbeiterklasse. Stalin kann also kein Kommunist gewesen sein, wenn er ein Diktator im bürgerlichen Sinne war.

Gehen wir mal einen Moment davon aus, dass dies eine brauchbare Definition eines Diktators ist, dann wäre also Stalin jemand gewesen, der über eine unbeschränkte Machtfülle verfügte, der ein ‚unbeschränkter Herrscher‘ war, der diese Macht im ausschließlich eigenen Interesse nutzte, der nicht diskutierte, sondern dekretierte, um seine persönlichen, seine egoistischen Ziele durchzusetzen. Stalin war also auch kein Kommunist, sondern irgendetwas anderes, ein Machtmensch, ein Egoist, ein Sadist oder dergleichen. Da sind der Fantasie keine Grenzen gesetzt.

Der deutsche Hauptexperte in Sachen Sowjetunion und Stalin, Wolfgang Leonhard, ein bekennender Trotzkiist übrigens, begründete dies zu Lebzeiten so: Stalin habe sich bis 1929 all seiner Gegner durch Säuberungen entledigt und sich dann rechtzeitig zu seinem runden fünfzigsten Geburtstag, am 21. Dezember 1929, zum Alleinherrscher aufgeschwungen. Leonhard: „Dass es Stalin endgültig gelungen war, seine Alleinherrschaft zu zementieren, lässt sich an einem Datum ablesen: dem 21. Dezember 1929. Es war Stalins fünfzigster Geburtstag.“ (Ebd., S. 61).

So, jetzt wissen wir es ganz genau, weil wir unseren Starexperten befragen konnten, und wir wissen auch, ab wann Stalin Diktator wurde.

Einige Autoren meinen, dass jeder Widerspruch unter Stalin strafbar war und dass man sofort im Gulag landete, wenn man auch nur ein Wort des Widerspruchs gegen Stalin vorbrachte, dass man dann Gefahr lief, von der allgegenwärtigen Geheimpolizei, der GPU, morgens um halb vier abgeholt zu werden, wie es bei den Nazis der Fall war, womit wir bei der Gleichsetzung von Faschismus und Sozialismus (beides so genannte „totalitäre Systeme“) angelangt wären.

Was meinte Stalin selbst dazu?

Der Schriftsteller Eugene Lyons hat Stalin damals direkt diese Frage gestellt: „Sind Sie ein Diktator, Herr Stalin?“

Lyons beschrieb Stalins Reaktion so: „Stalin lächelte und gab zu verstehen, dass diese Frage absurd sei. ‚Nein‘, sagte er langsam, ich bin kein Diktator. Die Leute, die das Wort gebrauchen, verstehen das sowjetische Regierungssystem und die Methoden der Kommunistischen Partei nicht. Nicht ein einzelner kann diktieren, Beschlüsse werden durch die Partei gefasst.“ (Zitiert nach William B. Bland, ‚Stalinismus‘, Vortrag vor der Sarat-Akademie in London, 30. April 1999, deutsche Übersetzung, S. 2, <http://espressostalinist.com/category/bill-bland>).

Es soll Leute geben oder gegeben haben, darunter auch angesehene bürgerliche Wissenschaftler, die es anders sahen als unsere jetzt wieder vermehrt Stalin-Biografien schreibende Historikergilde aus dem deutschen Lande, - darunter Sidney und Beatrice Webb von der britischen Fabier-Gesellschaft damals in ihrem Buch ‚Sowjetkommunismus – eine neue Zivilisation?‘ (1937 erschienen). Sie hatten sich in den dreißiger Jahren eingehend mit dem sowjetischen Regierungssystem und auch mit dieser Frage beschäftigt. Sie kamen nach ihren langjährigen Studien über die damalige UdSSR zu folgendem Ergebnis: „Stalin ... hat nicht einmal die Macht, die die amerikanische Verfassung jedem Präsidenten auf vier Jahre verleiht. ... Die kommunistische Partei in der UdSSR hat ihre eigenen Organisationsformen. Darin ist kein Platz für die Diktatur eines Einzelnen. Einzelentscheidungen werden misstrauisch beäugt und tunlichst vermieden.“ (William B. Bland, ebd., S. 2).

Bland weist auf den Unterschied zwischen einer persönlichen Diktatur und der ‚Diktatur des Proletariats‘ hin: „Gewiss wurde die sowjetische Regierung in der Zeit von Lenin und Stalin offiziell als ‚Diktatur des Proletariats‘ bezeichnet. Aber dies ist keine persönliche Diktatur. Es bedeutet nur, dass die politische Macht sich in den Händen der arbeitenden Menschen befindet und dass politische Aktivitäten, den arbeitenden Menschen diese politische Macht wieder zu entreißen, ungesetzlich sind.“ (Ebd.).

Stalin war zweifellos für diese Diktatur, also für eine Diktatur, die die Herrschaft der Arbeiterklasse im Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft über die alten Klassen, die der Aristokraten, Gutsbesitzer und der Kapitalisten sichern sollte. Zu diesen Kapitalisten zählten in der damaligen UdSSR auch die Großbauern und Spekulanten, die das gemeine Volk auf den russischen Dörfern als ‚Kulaken‘ bezeichnete, als ‚Fäuste‘, die das russische Dorf wegen ihrer Geldmacht und ihres Reichtums über Jahrhunderte fest im Griff hielten.

Nach der sozialistischen Revolution vom Oktober 1917 und bis zur Verabschiedung der neuen sowjetischen Verfassung im Jahre 1936 besaßen diese alten herrschenden Klassen, die unter dem Zaren die politische und wirtschaftliche Macht innehatten, kein Wahlrecht. Unmittelbar nach der Revolution waren diese Klassen enteignet und dann im anschließenden Bürgerkrieg (1918 bis 1921) auch militärisch besiegt worden, obwohl sie von 14 Staaten des kapitalistischen Auslands jahrelang in jeder Weise

unterstützt worden waren. Zu diesen Ländern zählte auch Deutschland, das damals nach der Russischen Revolution die Ukraine besetzte.

Wie undemokratisch, einfach denen das Wahlrecht zu entziehen! Stalin war also zweifellos für diese furchtbar ‚undemokratischen‘ Verhältnisse und stand an der Spitze einer Partei, der bolschewistischen Partei, die diese Arbeitermacht ‚diktatorisch‘ nicht wieder hergeben wollte, die das Instrument dieser neuen Macht war, um auf der Grundlage dieser neuen Machtverhältnisse den Kommunismus aufzubauen, in dem es keine Klassen und keine Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft mehr gibt. Voraussetzung dafür war, dass der Frieden gesichert wurde, dass die Industrialisierung und später, ab 1929, auch die Kollektivierung auf dem Lande und der Übergang zu Großwirtschaft durchgeführt wurden, was nur in einem harten Klassenkampf gegen die Überreste der alten herrschenden Ausbeuterklassen, darunter die schon erwähnten Kulaken geschehen konnte, die sich natürlich mit Gewalt gegen diese Veränderungen zur Wehr setzten.

Erst 1936, als das Kulakentum endgültig entmachtet und als die Sowjetmacht ausreichend gefestigt war, führte man das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht ein, was bedeutete, dass auch ehemalige Angehörige der Ausbeuterklassen, Aristokraten, Geistliche, ehemalige Kapitalisten, Kaufleute und Großbauern nun wieder wählen durften. Stalin hat diese Verfassung mit auf den Weg gebracht. Er befand sich in der Kommission, die diese Verfassung ausgearbeitet hatte. Jetzt wurden die Vertreter für die Sowjets nicht mehr nur durch Handaufheben gewählt, sondern geheim mit dem Stimmzettel. Auch Gegenkandidaten standen zur Wahl. Mitglieder der Partei und Parteilose stritten darum, in den Sowjets Sitz und Stimme zu haben, um die Bevölkerung, sei es in den Städten oder in den Dörfern, Provinzen und Regionen dort direkt zu vertreten. Ausgerechnet der Alleinherrscher und Diktator Stalin hat nun diese demokratischen Reformen mit eingeführt, sogar gegen den energischen Widerstand bestimmter Kreise in den eigenen Reihen, darunter die damaligen Parteisekretäre in den einzelnen Regionen, die um ihre Machtfülle fürchteten. Zu ihnen gehörte übrigens auch ein Herr Chruschtschow.

Den beiden britischen Autoren Sidney und Beatrice Webb waren diese Entwicklungen damals in der Sowjetunion nicht entgangen. Sie studierten sehr gründlich das neue Regierungssystem in der Sowjetunion, und zwar an Ort und Stelle und machten ein umfangreiches Werk über das Regierungssystem der Sowjetunion daraus, in dem man Folgendes über Stalins ‚Diktatur‘ lesen konnte und noch kann:

„Wir sind nicht der Meinung, dass die Partei von dem Willen einer einzigen Person regiert wird oder dass Stalin jemand ist, der eine solche Stellung beanspruchen oder anstreben würde. Er hat selbst nachdrücklich jede Art einer solchen Diktatur auf eine Weise zurückgewiesen, die auch unserer Einschätzung der Fakten entspricht.“

Die Kommunistische Partei in der UdSSR hat für ihre eigene Organisation ein Modell entwickelt, das wir hier beschrieben haben. ... Darin hat die Diktatur eines Einzelnen keinen Platz. ...

Die einfache Wahrheit besteht darin, dass, wenn man die Verwaltung der UdSSR unter der angeblichen Diktatur Stalins betrachtet, wichtige Entscheidungen weder die Eilfertigkeit noch die Schnelligkeit, aber auch nicht den kühnen Eigensinn aufweisen, der oft als Vorteil einer Diktatur ins Feld geführt wird. Im Gegenteil: Die Maßnahmen der Partei werden häufig nach so langwierigem Hin- und Herüberlegen und mit so viel Verzögerung getroffen, nach mitunter hitzigen und erbitterten Debatten, dass das Ergebnis oft den Makel der Zögerlichkeit und der mangelnden Zuversicht trägt.“ (Sidney and Beatrice Webb, „Soviet Communism: A New Civilisation?, New York 1937, S. 435, meine Übers. aus dem Englischen).

Wären damals in der UdSSR solche Entscheidungen im Interesse der alten Klassen, also der der Gutsbesitzer und Kapitalisten gefallen, so hätte sich womöglich kein bürgerlicher Historiker daran gestoßen, kein Koenen, kein Kellmann, kein Creuzberger und kein Baberowski, sie hätten sie als absolut demokratisch bezeichnet und Stalin, wenn er die Interessen dieser Klassen wahrgenommen hätte wie ein guter menschenfreundlicher russischer Zar oder wie ein freundlich lächelnder führender imperialistischer Politiker vom Schlage Churchills, wäre nie und nimmer als Diktator und schon gar nicht als Gewaltherrscher, Alleinherrscher oder Massenmörder bezeichnet worden. Er wäre hierzulande so freundlich und wohlwollend aufgenommen worden wie der ‚Kommunist‘ Michail Gorbatschow. Aber weil er nicht die Interessen dieser alten Ausbeuterklassen vertrat, die jahrhundertlang den russischen Arbeiter, den Landarbeiter und Kleinbauern ausgebeutet, ausgesogen, geknebelt, erniedrigt und entrechtet haben, in Unwissenheit und Rechtlosigkeit beließen, ohne Aussicht auf Verbesserung ihrer materiellen und kulturellen Lage, ohne Aussicht auf ein besseres, freieres Leben, DESHALB muss er für sie, die akademischen Schreiberlinge der Bourgeoisie, ein Diktator, Gewaltherrscher, ja ein ‚Monster‘ gewesen sein, denn nur solche Monster und Terroristen kämpfen bekanntlich für die vollständige Entmachtung und Enteignung der Bourgeoisie.

Die Kardinalfrage ist nämlich die, wessen Klasseninteresse ein führender Politiker vertritt, wessen Interessen er sich annimmt: Vertritt er, der einmal ‚demokratisch‘ gewählt ist, nach seiner Wahl die Interessen seiner Wähler, der Arbeiter und der anderen Werktätigen oder schlägt er sie in den Wind, gibt ihnen einen kräftigen Tritt und widmet sich im Folgenden den Interessen derjenigen, die ihm seinen Wahlkampf finanziert haben, wie dies in so gut wie allen westlichen und auch östlichen bürgerlichen Demokratien der Fall ist.

Also: In wessen Interesse hat damals die Sowjetregierung und damit Stalin gearbeitet, der vom Zentralkomitee der bolschewistischen Partei gewählt und immer wieder neu gewählt wurde? Dazu noch einmal die Webbs:

„Es gibt da noch einen anderen Aspekt zu der viel diskutierten Phrase von der Diktatur des Proletariats, den man nicht unterschlagen darf und der völlig auf die Regierung der UdSSR in den Jahren von 1917 bis 1927 zutraf, und in einem weiteren Sinne bis auf den heutigen Tag noch zutrifft: Man darf vermuten, dass wenn Sozialisten oder Kommunisten über die Diktatur des Proletariats sprechen, die mit einigem ‚dynamischen Enthusiasmus‘ die ehemaligen herrschenden Klassen ‚zu Fall gebracht‘ hat, dass das, was sie dann eigentlich damit meinen, eine Regierung ist, die egal welche Form sie besitzt, eine starke und resolute Exekutive besitzt, die ohne zu zögern die Interessen der arbeitenden und Lohn beziehenden Klasse wahrnimmt.“ (Ebd., S. 449).

Und weil die damalige sowjetische Regierung recht resolut war bei der Wahrnehmung der Interessen der arbeitenden Menschen in ihrem Kampf um den Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung, im harten Klassenkampf gegen die alten Mächte, im Kampf gegen die offenen und verdeckten Feinde und Agenten der alten Klassen (auch in der eigenen Partei), die natürlich vom kapitalistischen Ausland, das die Sowjetunion damals fest umschloss, unterstützt wurden, muss sie in den schwärzesten Farben gemalt werden. Diese Stalinsche Diktatur sei eine einzige Gewaltorgie gewesen, und 1937 habe man sich im ‚Bluttausch‘ befunden. So sieht es Jörg Baberowski, auf den sich heute viele ‚Historiker‘ in ihren ‚Werken‘ beziehen.

Aber, man staune, es gibt noch Ausnahmen, es gibt auch heute noch Leute, die Stalin-Biografien schreiben, und dies nicht so sehen, die es ähnlich sehen wie damals die beiden links-bürgerlichen Autoren Sidney und Beatrice Webb aus England, und einer davon heißt Ludo Martens.

Martens, ein Belgier, schrieb ‚Stalin anders betrachtet‘, eine Stalin-Biografie aus der Sicht eines Marxisten-Leninisten. Auch er beschäftigt sich mit der Frage, ob Stalin ein Diktator war, und wir erfahren in seiner ganz anderen Stalinbiografie etwas über Stalins ‚Diktatur‘ während des Großen Vaterländischen Krieges:

„Beginnen wir bei dieser ersten angeblich unbestreitbaren ‚Wahrheit‘: Stalin, der einsame Mensch, der Diktator, der allen anderen seinen persönlichen Willen aufzwingt, der eine totale Unterordnung unter seine Person fordert. Das hat uns Chruschtschow hinterlassen: ‚Die Einzelherrschaft Stalins führte zu schweren Folgen während des Großen Vaterländischen Krieges.‘“ (Ludo Martens, ‚Stalin anders betrachtet‘, 3. Auflage, Zambon-Verlag, Dezember 2014, S. 364).

Der Reformkommunist Nikita Chruschtschow teilte die Meinung unserer bürgerlichen Historiker. Sie haben von ihm übrigens wertvolle ‚Fakten‘ bekommen, die aus dem Munde eines ‚Kommunisten‘, der Stalin selbst gekannt und mit ihm zusammen im Politbüro gearbeitet hat, natürlich tausendmal glaubwürdiger klingen als, sagen wir, aus dem Munde eines deutschen Historikers, der außer Stalinverrisse nichts Anderes in seinem Leben gelesen hat. Chruschtschow legte in seiner berüchtigten Geheimrede auf dem 20. Parteitag der KPdSU vom Februar 1956 noch einen drauf, wenn er den erstaunten Delegierten zurief: „Stalin handelte nicht mit dem Mittel der Überzeugung, der Erklärung, der geduldigen Arbeit mit den Menschen, sondern durch das Aufzwingen seiner Konzeptionen, indem er die absolute Unterordnung unter seine Meinung forderte. Wer sich dem entgegenstellte oder versuchte, seinen eigenen Gesichtspunkt und die Richtigkeit seines Standpunktes zu begründen, war zum Ausschluss aus dem Leitungskollektiv und in der Folge zur moralischen und physischen Vernichtung verurteilt.“ (Zitiert nach Ludo Martens, S. 364).

Jean Elleinstein haut in die gleiche Kerbe: Der Diktator Stalin sei launisch gewesen, er sei jemand gewesen, der „... alle seine Untergebenen missachtete.“ (Ebd., S. 364f).

Dadurch habe es während des Krieges ‚Irrtümer in der Kommandoführung‘ von Stalin mit ‚tragischen Konsequenzen‘ gegeben, die ‚durch die Sowjetdiktatur möglich wurden‘ (vgl. ebd., S. 365, Jean Elleinstein, ‚Le socialisme dans un seul pays‘ - Der Sozialismus in einem einzigen Lande - Bd. II, Ed. Sociales, Paris 1973, S. 282 und 284, zitiert nach Ludo Martens).

Chruschtschow wird Elleinstein die Vorlage für seine Behauptungen gegeben haben, der gleiche, der der Meinung war, dass Stalin während des Krieges strategische Entscheidungen an dem Globus in seinem Arbeitszimmer vornahm, auf dem er die Frontlinien eingezeichnet haben soll.

Wie sahen es diejenigen, die damals zur Zeit des Großen Vaterländischen Krieges mit Stalin zusammen im Staatlichen Verteidigungskomitee die militärischen Planungen vornahmen und mit ihm oft fast jeden Tag direkt zu tun hatten? Trifft zu, was Chruschtschow behauptet hat oder sind es Lügen?

General Alexander M. Wassilewski war Chef des sowjetischen Generalstabs während des Krieges. Er war ständig im Verteidigungskomitee präsent, als es um die Planung der großen militärischen Schlachten gegen die deutsche Wehrmacht ging. Er beschreibt den Prozess der Entscheidungsfindung in diesem Gremium so:

„Zur Entscheidung operativ strategischer Fragen oder anderer wichtiger Probleme des bewaffneten Kampfes befahl der Oberste Befehlshaber verantwortliche Genossen zu sich. Die notwendigen Beschlüsse wurden an Ort und Stelle gefasst und als Weisun-

gen, Befehle und Anordnungen des Hauptquartiers erlassen. ... Meist wurden strategische Entschlüsse und ihre Durchführungsbestimmungen beim Obersten Befehlshaber von einem engen Personenkreis, von Mitgliedern des Politbüros und des Staatlichen Verteidigungskomitees sowie von dem Stellvertreter des Obersten Befehlshabers, dem Generalstabschef und seinem Ersten Stellvertreter im Entwurf ausgearbeitet. Oft dauerte diese Arbeit mehrere Tage. In ihrem Verlauf holte der Oberste Befehlshaber von Oberbefehlshabern und Mitgliedern der Kriegsräte, von verantwortlichen Mitarbeitern des Volkskommissariats für Verteidigung sowie von den Volkskommissaren die notwendigen Auskünfte und Ratschläge ein. ...

Aber in dem einen wie dem anderen Fall stützten sich das Politbüro und die Führung der Streitkräfte, ob strategische Pläne ausgearbeitet oder über wichtige ökonomische Probleme entschieden wurde, stets auf die Weisheit des Kollektivs. Daher entsprachen die strategischen Entscheidungen meist der konkreten Lage an den Fronten und waren die Forderungen an die Ausführenden realistisch. ...“ (Alexander M. Wasilewski, ‚Sache des ganzen Lebens‘, Berlin 1973, S. 695, zitiert nach: Ludo Martens, ebd., S. 366).

Auch General Schtemenko, der zum sowjetischen Generalstab gehörte, schrieb Ähnliches in seinen Memoiren: „Stalin entschied im Allgemeinen nicht gern allein über wichtige Fragen des Krieges, sondern ging in dieser schwierigen Lage davon aus, dass die kollektive Arbeit dringend notwendig sei. Er erkannte die Meinung von Autoritäten zu militärischen Problemen an und ließ jeden zu Wort kommen.“ (Sergej M. Schtemenko, ‚Im Generalstab‘, Bd. 2, Berlin 1975, S. 322, in ebd.).

Schließlich wollen wir auch Marschall Georgi Schukow nicht vergessen zu zitieren, der als Gegner Stalins und als zeitweiliger Weggefährte von Nikita Chruschtschow kein Interesse daran hatte, Stalin über Gebühr zu loben. Stalin hatte Schukow nach dem Krieg nach Odessa strafversetzt, weil er seine Datscha mit Kriegsbeute, die er sich nach der Eroberung aus Berliner Villen zugelegt hatte, vollstopfte. Schukow schreibt in seinen Erinnerungen dies über Stalins ‚diktatorischen‘ Arbeitsstil: „Sehr häufig prallten auf den Sitzungen des Staatlichen Verteidigungskomitees die Meinungen hart aufeinander. Wenn es zu keiner einheitlichen Auffassung kam, wurde eine Kommission aus Vertretern der unterschiedlichen Standpunkte gebildet, die auf der nächsten Sitzung abgestimmte Vorschläge zu unterbreiten hatte. ... Insgesamt traf das Staatliche Verteidigungskomitee während des Krieges etwa zehntausend Entscheidungen militärischer und wirtschaftlicher Art.“ (Georgi K. Schukow, ‚Erinnerungen und Gedanken‘, Bd. 1, Berlin 1987, S. 328ff).

Dagegen Chruschtschow in seinem ‚Geheimbericht‘, der zum Stichwortgeber für viele Antikommunisten, ja für die bürgerliche Geschichtsschreibung insgesamt wurde: „Stalin stellte seine Pläne auf, indem er einen Erdglobus benutzte (Bewegung im

Saal). So ist es, Genossen: Er nahm einen Globus und zeichnete darauf die Frontlinien an.“ (Nikita Chruschtschow, „Geheimrede auf dem XX. Parteitag, Berlin, S. 41f).

Dabei war Chruschtschow nie im Staatlichen Verteidigungskomitee tätig gewesen, sondern an der ukrainischen Front als Politkommissar eingesetzt worden. Wie glaubwürdig ist dieser Mann? Chruschtschow hatte damals, 1942, die halbe Ukraine aufgegeben, sich aus Kiew zurückgezogen und sich rechtzeitig mit seinem Koch und seinen Bodyguards in Richtung Wolga abgesetzt, wie der Kriegsberichterstatter Konstantin Simonow in seinen Kriegstagebüchern schrieb. An der Stalingrader Front spielte er später keine Rolle mehr.

Ludo Martens dagegen, General Wassilewski zitierend: „Gegenüber Chruschtschow, der vorgibt, die Arbeit eines verantwortungslosen und korpufischerischen Stalins beobachtet zu haben, analysiert Wassilewski, der 34 Monate an der Seite von Stalin als Generalstabschef gearbeitet hatte, den Arbeitsstil Stalins in folgender Weise: ‚Stalin übte einen großen Einfluss auf den Arbeitsstil des Hauptquartiers aus. Seine charakteristischen Züge waren, dass er sich auf die kollektive Erfahrung zur Aufstellung von Organisationsplänen und strategischen Plänen stützte, hohe Anforderungen stellte, Sorgfalt und Beweglichkeit an den Tag legte, ständig Verbindungen zu den Truppen hielt und über eine exakte Kenntnis der Frontlage verfügte. Seine hohen Anforderungen waren wesentlicher Bestandteil seines Arbeitsstils als Oberster Befehlshaber. Er war nicht nur streng, was speziell in Kriegszeiten gerechtfertigt ist, er verzieh niemals Mängel an Exaktheit in der Arbeit und die Unfähigkeit, die Dinge zum Ziel zu führen.“ (Ludo Martens, ebd., S. 372, Wassilewski zitierend).

Stalin hat diesen Arbeitsstil damals so begründet: 90 Prozent aller Entscheidungen, die ein Einzelner trifft, sind falsch, wenn sie nicht im Kollektiv beraten und korrigiert werden. Stalin im Gespräch mit dem deutschen Schriftsteller Emil Ludwig:

„Nein, eine einzelne Person darf nicht entscheiden. Entscheidungen einer einzelnen Person sind immer oder fast immer einseitige Entscheidungen. In jedem Kollegium, in jedem Kollektiv gibt es Menschen, mit deren Meinung man rechnen muss. In jedem Kollegium, Kollektiv gibt es Menschen, die auch falsche Meinungen zum Ausdruck bringen können. Auf Grund der Erfahrung von drei Revolutionen wissen wir, dass unter hundert Entscheidungen, die von einer Einzelperson getroffen und nicht kollektiv überprüft und berichtigt wurden, annähernd neunzig Entscheidungen einseitig sind. ... Jeder hat die Möglichkeit, seine Erfahrungen beizusteuern (Stalin bezog sich auf das höchste Organ der Partei, das Zentralkomitee, das damals, als er dies sagte - im April 1932 - aus sieben Personen bestand – Verf.).

Wäre dem nicht so, würden die Entscheidungen von einzelnen Personen getroffen, dann gäbe es in unserer Arbeit die ernstesten Fehler. Da jedoch jeder die Möglichkeit

hat, die Fehler einzelner Personen zu berichtigen, und da wir solche Berichtigungen berücksichtigen, gelangen wir zu mehr oder weniger richtigen Beschlüssen.“ (Stalin im Gespräch mit dem deutschen Schriftsteller Emil Ludwig, in: Stalin-Werke, Berlin 1955, Bd. 13, S. 95f).

Hieraus ergibt sich, dass Stalin kein Mann einsamer Entscheidungen war und viel Wert auf die Stimme des Kollektivs legte, sei es während des Krieges im Staatlichen Verteidigungskomitee bei der Planung der Schlachten gegen die faschistische Wehrmacht, im Zentralkomitee der kommunistischen Partei oder ganz allgemein in jedem anderen sozialistischen Kollektiv.

Stalin war auch folgender Meinung: „Niemals, unter keinen Umständen, würden die Arbeiter heutzutage noch die Macht eines Einzelnen dulden. Selbst die größten Autoritäten verlieren jegliche Bedeutung, verwandeln sich in ein Nichts, sobald die Arbeitermassen aufhören, ihnen zu vertrauen, sobald sie den Kontakt zu den Arbeitermassen verlieren.“ (Ebd., S. 98f).

Stalin ging es also ganz besonders darum, das Vertrauen der Arbeiter zu rechtfertigen, was nur möglich war, wenn er auch etwas für sie tat, wenn er ihre Interessen vertrat. Das widerspricht aber dem Wesen eines Diktators, dem es in erster Linie nur um die Bewahrung seiner eigenen persönlichen Macht geht oder um die einer kleinen Gruppe aus seiner Umgebung.

Stalin sprach sich bei verschiedenen Gelegenheiten gegen das Regieren per Dekret, durch das ‚nackte Administrieren‘ aus, das typisch für einen Diktator ist. Auf dem 15. Parteitag im Dezember 1927 sagte er Folgendes zu den versammelten Delegierten, als er seinen politischen Bericht vortrug: „Ein zweiter Mangel. Er besteht in der Übertragung der Methoden des Administrierens in die Partei, in der Ersetzung der Methode des Überzeugens, die in der Partei von entscheidender Bedeutung ist, durch die Methode des Administrierens.“ (Stalin-Werke, Bd. 10, ebd., S. 288).

Er sah deutlich die Gefahr, dass eine solche Methode in der Partei dazu führen würde, dass sich die Organisationen der Partei in, wie er sich ausdrückte, ‚öde Kanzleiinstitutionen‘ verwandeln würden, dass sich der Bürokratismus, der aus einer solchen Methode resultiert, noch stärker in der kommunistischen Partei ausbreiten konnte.

Wenn Stalin ein Diktator gewesen wäre, hätte er auf einen solchen Bürokratismus Wert gelegt, um seine egoistischen Ziele gegen den Willen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung durchzudrücken. Aber er tat es nicht, weil er auf die breite Entfaltung der Initiative der arbeitenden Massen den allergrößten Wert legte.

Schon ein Jahr vorher hatte Stalin vor Vertretern der Kommunistischen Internationale Folgendes gesagt, was in die gleiche Richtung zielte: „Diktatur im strengen Sinne des

Wortes ist eine Macht, die sich auf Gewalt stützt, denn ohne Elemente der Gewalt gibt es keine Diktatur, wenn man Diktatur im strengen Sinne des Wortes meint. Kann die Partei eine Macht sein, die sich auf die Gewalt gegenüber der eigenen Klasse, gegenüber der Mehrheit der Arbeiterklasse stützt? Es ist klar, dass sie das nicht sein kann. Andernfalls wäre das keine Diktatur über die Bourgeoisie, sondern eine Diktatur über die Arbeiterklasse. Die Partei ist der Lehrer, der Leiter, der Führer ihrer Klasse, nicht aber eine Macht, die sich auf die Gewalt gegenüber der Mehrheit der Arbeiterklasse stützt. Sonst wäre es sinnlos, von der Methode der Überzeugung als von der Hauptmethode der Arbeit der proletarischen Partei in den Reihen der Arbeiterklasse zu reden.“ (Stalin-Werke, Bd. 9, S. 71, Stalin vor dem 7. Erweiterten Plenum des Exekutiv Ausschusses der Kommunistischen Internationale, 7. Dezember 1926).

Die Partei müsse die Massen von der Richtigkeit ihrer Politik überzeugen, und nur in dem Maße, wie ihr dies gelingt, könne sie zu einer wirklichen Massenpartei werden. Würde sie diese Methode durch Befehle und Drohungen gegenüber den Arbeitern ersetzen, wäre dies nicht nur kontraproduktiv, sondern auch mit den Prinzipien des Marxismus von der Diktatur des Proletariats völlig unvereinbar.

Stalin kritisierte Sinowjew, den ehemaligen Präsidenten der Kommunistischen Internationale und Parteichef von Leningrad, der solche Auffassungen vertreten hatte. Er gehörte später zu jenen, die die Partei verraten sollten, der mit Trotzki und anderen zusammen sich gegen den Sozialismus in der UdSSR stellen sollte.

Allerdings, und das sollte auch nicht verschwiegen werden, hielt Stalin die Anwendung von Gewalt gegen die alten reaktionären Klassen, darunter auch die russischen Großbauern, die Kulaken, für legitim und angebracht, wenn sie sich zum Beispiel weigerten, in Zeiten der Not Getreide an den Staat abzuliefern und es vorzogen, es in ihren Scheunen zurückzuhalten, um damit auf höhere Preise zu spekulieren oder wenn sie die Arbeit in den Kolchosen sabotierten, Gebäude in Brand steckten oder Vertreter der Partei ermordeten. Viele dieser Kulaken wurden zur Zeit der Kollektivierung ausgesiedelt, um zu verhindern, dass sie den Aufbau der Kolchosen und Sowchosen behindern konnten. Aber diese Gewalt ist nicht gleichzusetzen mit der Gewalt eines herrschsüchtigen Diktators, der nur im eigenen Interesse seine Macht ausübt, und der auch nicht bereit ist, seinen Sessel zu räumen.

Klebte Stalin an seinem Posten als Generalsekretär der bolschewistischen Partei? Er war auf Vorschlag Lenins 1922 vom Zentralkomitee der Partei als Generalsekretär der Kommunistischen Partei gewählt worden. Ein solches Kleben an seinem Posten ist typisch für Diktatoren. Sie wollen um keinen Preis ihre Macht aufgeben.

Dreimal in den zwanziger Jahren und zuletzt noch im Herbst 1952 bot Stalin seinen Rücktritt als Generalsekretär an. Das erste Mal war 1924, als er wegen Lenins sog.

Testament seinen Posten als Generalsekretär zur Verfügung stellte. Das Angebot wurde abgelehnt. Sogar Stalins damalige Gegner, Sinowjew, Kamenjew und Trotzki, sprachen sich für seinen Verbleib als Generalsekretär aus!

Im Herbst 1952, nach dem 19. Parteitag der KPdSU, B, auf dem ersten Plenum des ZK, reichte er erneut seinen Rücktritt als Generalsekretär ein. Der Vorschlag wurde von den Mitgliedern des Zentralkomitees abgelehnt. Stalin machte dann einen Ersatzvorschlag: Der Posten des Generalsekretärs sollte ganz abgeschafft werden. Es sollte nur noch einfache Sekretäre des ZK geben, und er wollte einer von ihnen sein. Der Vorschlag wurde angenommen. Stalin war fortan nur noch ein Sekretär des ZK unter anderen.

Schon kurz nach dem Krieg hatte er Molotow gebeten, seine Posten zu übernehmen, der es jedoch abgelehnt hatte. Ist ein solches Verhalten typisch für einen Diktator in dem Sinne, wie wir ihn eingangs definiert haben?

Nein, es ist völlig untypisch. Stalin war kein Diktator, aber ein Anhänger der Diktatur des Proletariats, also der Herrschaft der durch die Oktoberrevolution an die Macht gekommenen Arbeiterklasse über die kleine Schicht der alten Ausbeuterklassen. Lenin hatte diese Diktatur als Herrschaft einer Klasse definiert, der Klasse der Proletarier, der Arbeiter. Er war auch für eine ‚Alleinherrschaft‘, aber nicht im Sinne einer Herrschaft einer eigensüchtigen, nur auf ihren eigenen Vorteil ausgerichteten kleinen Gruppe von Menschen, sondern im Sinne der Alleinherrschaft der Arbeiterklasse, die sich in einem Bündnis mit der Bauernschaft befindet und deren Partei in diesem Bündnis die führende und leitende Kraft ist und die die Führung des staatlichen Lebens nicht mit einer anderen Partei teilen kann, ohne diese führende Rolle aufzugeben und damit die Interessen der Arbeiterklasse aufzugeben.

Für bürgerliche Historiker, die die Mär verbreiten, dass Stalin ein Diktator war, sind dies Bücher mit sieben Siegeln. Sie verstehen nicht, dass man die Frage der Diktatur nicht abgelöst und getrennt von der Frage der Klassenherrschaft sehen kann. Auch ein normaler Diktator im bürgerlichen Sinne, also jemand, dem es nur um den Erhalt seiner eigenen Macht geht, wird von bestimmten Klassenkräften nach oben gespült und in diese Position hineingehievt. Meist sind dies Leute, die im Auftrage der Bourgeoisie, der Klasse aus der sie meist stammen oder deren Interessen sie zumindest vertreten, nach oben gespült werden, sich aber einbilden, dass sie ‚Alleinherrscher‘ sind, ihre herrschende Position nur ihrer eigenen ‚Tüchtigkeit‘ verdanken oder glücklichen Umständen, und die dann meinen, nach Belieben verfahren zu können, wie heute etwa bestimmte Oligarchen der internationalen Finanzmafia, die meinen über dem Gesetz zu stehen und aufgrund ihrer Finanzmacht sich alles erlauben zu können. Aber auch diese Menschen sind nicht völlig frei in ihren Entscheidungen. Es gibt für niemanden eine solche völlige Freiheit. In dem Moment, wo sie auf den energischen

Widerstand größerer Volksmassen oder auch auf den Widerstand ihrer eigenen Klasse bzw. der führenden politischen oder wirtschaftlichen Schicht dieser Klasse stoßen, die sich hervorgebracht hat, bekommt ihre ‚unbegrenzte Macht‘ Risse, und zumindest politisch gesehen, werden sie wieder zur Seite geschoben, wie dies in Russland der Fall war, als Putin die Oligarchen verhaften ließ oder sie ins Ausland verjagte. Da nützten ihnen auch ihre vielen Milliarden und ihre eigenen Sender nichts mehr. Ihre Zeit war einfach abgelaufen.

Die Vorstellung von der unbegrenzten Machtfülle, wie sie in den oben angeführten bürgerlichen Definitionen vom Diktator zum Ausdruck kamen, basieren auf den Illusionen und Einbildungen der Ideologen der herrschenden Klassen. Sie sehen nicht die Klassenkräfte hinter und im Rücken der Diktatoren, sie verstehen nicht, dass es die Klassen sind, die Menschen zu Diktatoren erst machen, die das Sprungbrett darstellen für ihre angeblich unbegrenzte Macht. In dem Moment, wo sie das Vertrauen ihrer eigenen Klasse verlieren, oder in dem Augenblick, wo breitere Volksmassen anfangen zu rebellieren, bröckelt ihre Macht, und es bleibt allein das Geld auf ihren Auslandskonten als Basis ihrer verblichener Herrschaft, die oft wie ein Kartenhaus zusammenfällt, wenn die Diktatoren der Bourgeoisie das Vertrauen ihrer Klasse verspielt haben.

Nur Marxisten verstehen dies, bürgerliche Ideologen und Historiker verstehen dies nicht und können dies auch nicht verstehen. Sie sind gefangene der bürgerlichen Ideologie, die sie daran hindert, die Dinge so zu sehen, wie sie wirklich sind. Deshalb können sie auch Stalin und die Sowjetmacht nicht verstehen, deshalb werden sie, von Ausnahmen abgesehen, die wir hier erwähnt haben, dem Anti-Stalin-Paradigma auch immer treu bleiben und sich einbilden, wenn sie eine Stalin-Biografie schreiben, dass das, was sie da aufs Papier bringen, der Weisheit letzter Schluss ist.

Bochum, 3. Februar 2017

Verwendete Literatur

- Baberowski, Jörg, Der Rote Terror. Die Geschichte des Stalinismus, Koblenz 2015
Bland, William B., Stalinismus, Vortrag vor der Sarat-Akademie London, 30. April 1999, zu finden bei: <http://espressostalinist.com/category/Bill-Bland>, meine Übersetzung
Creuzberger, Stefan, Stalin – Machtpolitiker und Ideologe, Stuttgart 2009
Der große Brockhaus in einem Band, Gütersloh und München 2012
Kellmann, Klaus, Stalin – eine Biografie, Darmstadt 2005
Koenen, Gerd, Utopie der Säuberung. Was war der Kommunismus? Berlin 1998
Leonhard, Wolfgang, Anmerkungen zu Stalin, Reinbek/Hamburg 2009
Martens, Ludo, Stalin anders betrachtet, Zambon-Verlag 2014
Rubel, Maximilien, Stalin, Reinbek/Hamburg 1994

Stalin-Werke, Band 9, 10 und 13, Berlin 1955

Wahrig, Die deutsche Rechtschreibung, Gütersloh und München 2007

Webb, Sydney and Beatrice, Soviet Communism: A New Civilisation? New York 1937

Heinz Keßler¹⁶: Die letzten Tage der SED und der Deutschen Demokratischen Republik

Abschrift eines Interviews mit Heinz Keßler¹⁷

Letzte Beratung des Politisch Beratenden Ausschusses der Staaten des Warschauer Vertrages im September 1989

Ich gehe aus von der letzten Beratung des Politisch Beratenden Ausschusses der Staaten des Warschauer Vertrages im September 1989 in Bukarest, weil mir auf dieser Beratung zum erste Mal - jedenfalls in aller Deutlichkeit - klar wurde, dass es in den

¹⁶ Heinz Keßler, geb. am 26. 1. 1920, war als Kind schon bei den roten Pionieren und beim Spartakus, denn seine Eltern waren beide Kommunisten. Sie waren während der faschistischen Diktatur in Deutschland im Gefängnis, im Zuchthaus und schließlich im KZ interniert, die Mutter z.B. in Ravensbrück. Heinz Keßler begann seine Lehre zum Maschinenschlosser 1934. Im Oktober 1940 Einberufung zur faschistischen deutschen Wehrmacht, am 15. Juni 1941 läuft Heinz Keßler zur Roten Armee über. Dort für die Sowjetunion aktive Antifa-Arbeit, Mitbegründer des „Nationalkomitees Freies Deutschland“, Frontbeauftragter des Komitees an verschiedenen Fronten. Ende 1945 zurück in Berlin. Dort Leitung des Hauptjugendausschusses von Berlin, Mitbegründer der FDJ in der „Sowjetisch Besetzten Zone“, Vorsitzender der FDJ Berlin, Sekretär des Zentralrats der FDJ. Ende 1955 Berufung zum Aufbau der Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR, Chef der Luftstreitkräfte und der Luftverteidigung der NVA, dann Chef des Hauptstabes der NVA, schließlich Chef der politischen Verwaltung der NVA. 1984 Minister für Nationale Verteidigung.

Nach Wiederezulassung der KPD 1945 Mitglied des Zentralkomitees, seit Gründung der SED Mitglied des Parteivorstandes, dann des Politbüros.

Am 24. 1. 1990 erste Inhaftierung (durch die Modrow-Regierung), Ende April 1990 Entlassung aus der Haft, am Zweiten Pfingstfeiertag 1990 zweite Inhaftierung durch die Bundesjustizorgane, zweijährige Untersuchungshaft in Moabit, Prozess gegen Honecker, Strelitz, Albrecht und Keßler, Urteil für Heinz Keßler: 7 ½ Jahre Haft, davon hat er 5 ½ Jahre abgesessen, bevor er mit Bewährungsauflagen entlassen wurde.

Heute (2009) lebt Heinz Keßler als Straftentner in Berlin und ist Mitglied in verschiedenen fortschrittlichen Organisationen, z.B. der GRH und der VVN.

¹⁷ Interview geführt von Anna C. Heinrich, Frank Flegel und Michael Opperskalski am 12. 09. 2008, abgeschrieben und redigiert von uns und von Heinz Keßler korrigiert und autorisiert.

Parteien im Rahmen des Warschauer Vertrages grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten gibt.

Auf dieser Beratung machte der offizielle Vertreter der Ungarischen Kommunistischen Partei namens Horn ganz offiziell den Vorschlag – und ließ erkennen, dass er davon nicht abzubringen sein würden – dass sie die Grenze öffnen werden. Es gab dazu keine große Diskussion, und Gorbatschow reagierte auf die Gedanken dieses „Genossen“ Horn mit der Feststellung: „Wir haben ja schon vor längerer Zeit beschlossen, dass jede Partei selbständig entscheidet über ihre Innen- und Außenpolitik.“

Dann war eine Pause, und in dieser Pause gab es unterschiedliche Gruppen. Und eine Gruppe setzte sich zusammen aus Shivkow, dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei Bulgariens, aus Erich Honecker, dem Vorsitzenden der SED und Ceausecu, dem Führer der rumänischen Kommunisten. Die drei waren außer sich, empört.

Dann war die Pause zu Ende und das Ganze ging aus wie das Hornberger Schießen. Der Vorschlag von diesem Horn wurde vor allem durch die Autorität der sowjetischen Delegation, die sich zusammensetzte aus Gorbatschow, Schewardnadse und den anderen Leuten, ohne weitere Diskussion sanktioniert – und die Sache war zu Ende. Alle waren irgendwie schockiert, einige, wie gesagt, empört.

Nun kommt ein nächster Punkt: Es war eine – finde ich gute – Tradition, dass nach der offiziellen Beratung der Repräsentanten des Warschauer Vertrages (die Delegationen setzten sich unterschiedlich zusammen), eine Beratung stattfand der ersten Sekretäre bzw. Generalsekretäre der Parteien. Und ich wusste, dass Genosse Erich Honecker auf dieser Beratung prinzipiell die Forderung aufstellen wollte, dass die Parteien des Warschauer Vertrages geschlossen und entschieden gegen alle ideologischen und sonstigen Angriffe der NATO-Staaten, vor allem der USA, Stellung nehmen und dementsprechend ihre Politik gestalten müssten. Wäre es dazu gekommen, wäre es zu einer harten Auseinandersetzung gekommen gerade mit den damaligen nochverantwortlichen sowjetischen Leuten, also Gorbatschow, Schewardnadse und so weiter. In der Nacht - nach dem Ende der Sitzung des Politisch Beratenden Ausschusses - zum nächsten Tag, an dem diese Beratung der Parteiführer stattfinden sollte, wurden wir, die Mitglieder der Delegation der Deutschen Demokratischen Republik, geweckt. Ich wurde gebeten, so schnell wie möglich in das Zimmer des Genossen Stoph zu kommen, der der stellvertretende Leiter der Delegation war. Ich wusste nicht, warum. Ich habe mich angezogen, und als wir uns im Zimmer das Genossen Stoph versammelt hatten, eröffnete er uns, dass der Genosse Honecker schwer krank geworden sei, nicht einmal mehr in der Lage sei, auf eigenen Füßen zu stehen und in Folge dessen nicht mehr hier bleiben könne. Die rumänischen Genossen haben ihn in das entsprechende rumänische Krankenhaus in Bukarest gebracht, die Ärzte dort

hatten erklärt, dass er, wenn die entsprechende Vorsorge getroffen würde, transportfähig sei. Stoph schlug vor, basierend auf dieser Mitteilung der Ärzte, den Genossen Erich Honecker mit einem Flugzeug der DDR sofort nach Berlin zu bringen und als Begleiter aus der Delegation sollte der Genosse Krenz mitfliegen. Wir waren alle sehr erschüttert - ich besonders, weil ich zuvor die Probleme des Gesundheitszustandes des Genossen Erich Honecker so nicht gesehen habe – und wir haben diesem Vorschlag zugestimmt. Es wurden alle Maßnahmen eingeleitet für den Rücktransport.

Auf meine Frage an den Genossen Stoph, wie er sich denn verhalten wird bei der Beratung der ersten Sekretäre bzw. Generalsekretäre, kam die Antwort: da er das nicht sei, werde er dazu nicht Stellung nehmen. Die Tagung ist dann genauso ausgegangen wie die Tagung des Politisch Beratenden Ausschusses.

Wir fuhren zurück. Zu der Zeit gab es schon eine Reihe von schwierigen, negativen Erscheinungen in der DDR, Unzufriedenheit auch zum Teil in den Grundorganisationen der Partei, in den Betrieben und so weiter und so fort, und jetzt trat etwas ein, was ich bei Erich Honecker nicht verstanden habe. Es ist nebenbei gesagt das einzige, was ich bei ihm nicht verstanden habe. Es wurde mit der Führung des Politbüros und des Sekretariats der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands der Genosse Günter Mittag beauftragt, und nicht, wie alle glaubten, Egon Krenz. Egon Krenz war zu dieser Zeit, als welchen Gründen auch immer, in Urlaub. Und die ganze Zeit führte Günter Mittag.

Die Lähmung des Politbüros des ZK der SED

Bis zu einem gewissen Zeitpunkt war es ausnahmslos nicht nur erwartet, sondern vorbereitet worden, dass Egon Krenz der Nachfolger von Erich Honecker wird. Aber von diesem gewissen Zeitpunkt an - so sehe ich das - merkte Erich Honecker, dass Gorbatschow und die Seinen hier bei uns in der DDR eng zusammenwirkten. Und Erich Honecker gehört zu denen, die mit als erste in der deutschen Partei, also der SED, erkannt haben, dass die Politik der Perestroika und Glasnost in die Irre führt, ja zur Niederlage führen kann. Er hat mit mir darüber ein paar Mal diskutiert.

Das Politbüro bestand weiter in der alten Besetzung, Krenz war nicht anwesend, Mittag führte, und nun will ich nicht bestreiten oder in Abrede stellen, dass Mittag von Ökonomie sehr viel verstand, aber von Politik – glaube ich – hat er nicht sehr viel verstanden und menschlich war er nicht der Angenehmste. Erich Honecker kam inzwischen aus dem Krankenhaus – mit strenger Weisung der Ärzte, sich nicht an der aktiven Parteiarbeit oder Staatsführung zu beteiligen, und er ging in die Residenz des Staatsratsvorsitzenden am Döllnsee, wurde dort informiert, gab er auch hier und da Hinweise. Und jetzt rede ich von mir: Ich merkte, dass die Parteiführung, die Führung des Sekretariats, eben initiiert von Mittag, im Grunde genommen so tat, als sei

nichts passiert. Es geht nicht um mich, aber ich muss sagen: ich war verzweifelt. Ich habe dann auf allen möglichen Wegen versucht, ein Gespräch mit Erich Honecker zu bekommen. Die Ärzte haben mich im guten Sinne des Wortes alle rausgeschmissen, haben gesagt: „Das geht nicht“. Ich habe dann keinen anderen Weg gefunden, als meine Freundin, Margot Honecker anzurufen und sie zu fragen, ob sie mir helfen kann, dass ich 15 Minuten mit ihm reden kann. Sie versprach mir, es zu versuchen, Honecker hat zugestimmt.

Ich bin dann rausgefahren zum Döllnsee. Erich Honecker hat mich dort empfangen, wir waren ja Freunde neben der Tatsache, dass wir Genossen waren, er machte physisch einen verhältnismäßig vernünftigen Eindruck, und ich hatte mir damals (leider habe ich das vernichtet) 13 Punkte aufgeschrieben. Der Schwerpunkt dieser 13 Punkte war, die Partei zu mobilisieren, die Führung muss raus, in die Betriebe, in die Grundorganisationen der Partei, wir müssen offen über unsere Probleme reden und müssen uns dazu bekennen, dass Glasnost, dass Perestroika in die Irre führen. Als er sich das angehört hatte, ging er zu seinem provisorischen Schreibtisch, und sagte: „Ich habe auch 12 Punkte. Das sind die 12 Punkte, die ich in Bukarest vor den ersten Sekretären der Parteien darlegen wollte.“ Und, sieh da, die 12 Punkte deckten sich fast mit meinen 13 Punkten. Ich sagte: „Erich, das ist alles schön und gut, aber Du bist jetzt noch nicht da.“ – „Aber ich komme bald wieder!“ Er war sehr optimistisch. Ich sage: „Aber es weiß niemand, wie lange die Ärzte das noch untersagen.“ Da antwortet er: „Ich werde dem Mittag die Weisung geben, diese 13 Punkte zu behandeln!“

Er hat das auch gemacht. Und in der folgenden Politbürositzung waren alle möglichen Tagesordnungspunkte, und dann sagte Mittag: „Wir haben hier noch zur Behandlung einen Vorschlag des Genossen Heinz Keßler, das schaffen wir aber heute zeitlich nicht, wir haben alle noch zu tun. Aber wir werden das morgen in der Sekretariatsitzung behandeln.“ Es war immer so: Dienstag war Politbüro-, Mittwoch war Sekretariatsitzung. Beim Sekretariat war ich nicht dabei, weil ich nicht dazugehörte. Im Sekretariat wurde Krenz vertreten von Herger, dem Leiter der Sicherheitsabteilung. Und der rief mich am Mittwoch nachmittag an und sagte: „Heinz, Deine Vorschläge kannst Du vergessen.“ Ich frage: „Warum?“ Da sagt er: „Weil er sie nicht behandelt hat. Nicht hat behandeln wollen.“

Das ist ein Kapitel.

Nun kommt ein zweites Kapitel. Das sieht so aus, als habe es mit der ganzen Sache nichts zu tun. Aber bei näherer Betrachtung hat es damit etwas zu tun. 1989 im Frühjahr gab es einen formellen Beschluss, dass der Genosse Keßler als Verteidigungsminister offiziell die Sozialistische Republik Kuba besucht.

Verteidigungsminister Keßler wird „weggeschickt“ nach Nicaragua und Cuba

Zu den Feierlichkeiten des 40. Jahrestages der Gründung der DDR wurden die Politbüromitglieder und andere führende Genossen immer eingeteilt, wer welche ausländische Delegation betreut. Das war ganz normal. Ich wurde eingeteilt zur Betreuung der Delegation um Daniel Ortega aus Nicaragua, denn ich kannte sie schon aus anderen Begegnungen. Mit denen aß ich also Abendbrot, da sagt Ortega zu mir: „Heinz, ich habe gehört, Du fährst nach Kuba.“ „Ja, hast Du was dagegen?“, frage ich ihn. „Nein, aber eins kann ich Dir sagen: wenn Du das nicht verbindest mit einem Besuch in Nicaragua, werde ich dafür sorgen, dass Du auch nicht nach Kuba darfst.“ Das war natürlich im Scherz gesprochen, aber das Anliegen war ernst. Ich sage: „Ich kann mich doch nicht selber vorschlagen, nach Nicaragua zu fahren. Das bestimme doch nicht ich, das bestimmt die Parteiführung und der Generalsekretär.“ Ortega: „Gut, ich rede mit denen.“ Also hat er mit ihnen geredet, und Erich Honecker hat die Reise nach Kuba ergänzt: auch Nicaragua.

Ich sollte donnerstags fahren. Am Dienstag davor war eine Politbürositzung, die Lage der DDR war schon ziemlich kritisch. Deswegen wandte ich mich an Egon Krenz, der wieder da war, der parteimäßig verantwortlich war für Sicherheits- und Verteidigungsfragen. Ich frage ihn: „Ist das richtig, dass ich dahin fahre angesichts der Lage? Ich bin der Ansicht: nein.“ „Ach“, sagt Krenz, „Du kannst ruhig fahren.“ Dann habe ich meinen formalen Vorgesetzten gefragt, den Stoph, der hat mir dasselbe geantwortet. Dann dachte ich, fragst Du mal den Mielke. Der sagte: „Du kannst ruhig fahren.“ Ich war dann unschlüssig, ob ich den Erich damit belasten sollte, ich habe ihn dann aber trotzdem gefragt. Erich sagte: „Ich sehe darin kein Problem. Wir haben es den Kubanern versprochen.“ Es ging ja nicht nur um einen Besuch, sondern um organisierte Hilfe und was alles so war. Er sagte: „Fahre ruhig. Das stärkt die Autorität der DDR, wir können helfen, Du hast ein großes Ansehen“ und so weiter.

Also bin ich gefahren. Am Dienstag danach hat Stoph in der Politbürositzung (ich war nicht dabei, weil ich ja auf Reisen war) den Antrag eingebracht, unterstützt von Krenz und noch ein paar anderen, Honecker abzulösen. Später habe ich von einem sowjetischen Genossen erfahren, dass zwischendurch Harry Tisch unter irgendwelchem Vorwand in Moskau war bei Gorbatschow und Schewardnadse und dort gefragt wurde: „Läuft alles?“ Er hat geantwortet: „Ja.“ „Und Keßler?“ Da sagt Harry Tisch: „Den haben wir weggeschickt.“ Denn ich hätte nie zugestimmt.

Am Mittwoch nach dieser Politbürositzung, ich war erst nach Nicaragua gefahren (mit Einverständnis der kubanischen Genossen) kommt der Botschafter der DDR in Nicaragua zu mir und bringt mir ein Fernschreiben: „Sofort zurückkommen! Es findet in den nächsten Tagen eine ZK-Sitzung statt.“

Also habe ich mich auf die Socken gemacht und bin über Havanna zurückgefliegen. In Havanna Zwischenlandung – und unter an der Gangway, das war völlig unprotokollarisch, stand zu meiner großen Überraschung Fidel Castro. Ich hatte ihn vorher schon zwei, dreimal gesehen. Er begrüßte mich sehr herzlich und sagte: „Heinz, so viel Zeit musst Du noch haben, dass wir ein bisschen miteinander reden können. Die anderen Genossen und der Raul kommen noch.“ Da sind wir in den vorbereiteten Raum gegangen. Und da sagt er zu mir folgendes: „Ich weiß nicht genau, was bei Euch vor sich geht. Aber ich glaube, es geht Schlimmes vor sich.“ Und er warnte mich und hat gesagt – auf deutsch gesagt: „Da musst Du Dich warm anziehen. Ich wünsche Dir viel Kraft und Standhaftigkeit“.

Honeckers Absetzung, mein Parteiausschluss und die erste Inhaftierung

Schließlich bin ich zurückgefliegen. Und dann fand diese ZK-Sitzung statt, wo offiziell beschlossen wurde, Honecker aus gesundheitlichen Gründen abzulösen, einige Genossen wurden aus der Partei ausgeschlossen, und nach langer Diskussion – dem habe ich auch zugestimmt – Krenz als Generalsekretär gewählt.

Die Schlussfolgerung, die ich daraus ziehe, und das ist heute belegt: Einige haben das alles bewusst gemacht, andere waren sich der Tragweite, dazu zähle ich Krenz, nicht voll bewusst. Aber sie haben in der Parteiführung eine Fraktion gebildet. Es gibt eine ganze Reihe Genossen, die davon nie etwas gewusst haben. Ich zum Beispiel. Obwohl ich mit Krenz an sich befreundet war.

Nun wurde ein neues Politbüro gewählt mit allen möglichen Figuren, darunter auch Hans Modrow. Hans Modrow hat von der ersten Sitzung an ins Zentrum gestellt: „Die Zeit ist vorbei, wo die Partei bestimmt, was die staatliche Führung, also der Ministerpräsident und die Regierung macht.“ Und er war innerlich erregt und böse, dass er nicht zum Generalsekretär gewählt wurde. Das hat er mir auch einmal zu verstehen gegeben.

Nun muss ich noch etwas dazwischenschalten. Am 4. Oktober 1989 – das war alljährlich so – war immer die Generalprobe der Militärparade. So etwa 10 Minuten oder eine Viertelstunde vor Beginn der Generalprobe kommt ein Genosse zu mir und sagt, ich solle ans Telefon kommen. Da ich glaubte, dass irgendetwas Ernstes war, da die Lage in der Republik ja so war, habe ich alle Kollegiumsmitglieder meines Ministeriums gebeten, mitzukommen. Ich gehen also ans Telefon, dran war Mielke, und der sagte: „Der Modrow möchte mit Dir sprechen.“ Modrow sagte: „Ich habe hier in Dresden eine sehr schwierige Situation mit Zusammenballungen von Menschen. Ich werde mit den mir zur Verfügung stehenden Kräften mit der Lage nicht fertig. Kannst Du mir helfen?“ Da habe ich – im Beisein des Kollegiums – entschieden: „Ja, ich helfe Dir“, denn wir hatten dort genügend Einrichtungen und Menschen, „aber ohne

Waffen, Schlagstöcken oder sonst was, nur Personen.“ Ich habe dem Leiter der Militärakademie „Friedrich Engels“ die Weisung gegeben, sich bei Modrow zu melden und ihm mit Menschen zur Absperrung und so weiter zu helfen. In dieser Nacht, früh um vier ungefähr, als ich wieder zu Hause war, rief mich Modrow an und hat sich für die Hilfe bedankt.

Als ich das erste Mal eingesperrt wurde – noch in der DDR! – gibt Modrow der „Berliner Zeitung“ ein Interview. Er wird gefragt, wie das damals in Dresden am 4. Oktober war. Da erklärt er, er habe damit nichts zu tun. Das sei allein Sache von Friedrich Dickel, dem Innenminister, von Keßler und Mielke gewesen. Nun kommt hinzu: Ich wurde am 24. Januar 1990, zwei Tage vor meinem 70. Geburtstag, eingesperrt, zu der Zeit, als Hans Modrow Ministerpräsident der DDR war, unter sehr widrigen Bedingungen. Ich will die hier nicht schildern. Es war mindestens so schlimm wie in Moabit, wenn nicht schlimmer.

Früh um acht Uhr, die Enkel waren gerade bei mir hier zu Hause, kamen vier Staatsanwälte, haben Hausdurchsuchung gemacht, einer hat mich dann noch so blöde gefragt, warum ich eine Bibel im Haus hätte (die Antwort brauche ich Euch nicht geben), und zeigte mir dann einen Haftbefehl. Ich wurde verhaftet aus zwei Gründen: Erstens, weil ich Volksvermögen mit der Jagd vergeudet hätte und zweitens, weil ich mir hier zu Hause eine Sauna hätte einbauen lassen. Nun weiß die ganze Welt, dass ich kein Jäger bin. Das ist nicht meine Welt. Und eine Sauna habe ich auch nicht.

So, und dann haben die mich verhört, alles unsere Leute, DDR-Staatsanwälte – und zwar im Gefängnis des Polizeipräsidiums in Berlin. Dann haben sie folgendes gemacht: Sie haben mir erklärt, dass das Ministerium für Verteidigung wie die anderen Ministerien auch ein Jagdgebiet hatte. Ich habe mich nie darum gekümmert, weil mich das nicht interessiert hat. Ich war zwar verantwortlich, habe mich aber nicht dafür interessiert. Und im Winter muss das Wild gefüttert werden, da gibt es Normen und so weiter. Und dann wird über den Winter soundsoviel solches Zeug und solches Zeug verbraucht, summa summarum runde 80.000 Mark. Für diese Verschwendung von Volksvermögen trüge ich die Verantwortung. Dann haben sie mich aus dem Polizeipräsidium rausgenommen und mich nach Hohenschönhausen in das Staatssicherheitsgefängnis gebracht.

Etwa Ende April kam der Staatsanwalt zu mir, der selbst ein passionierter Jäger war, und sagte: „Kollege Keßler“, - er sagte nicht mehr „Genosse“ -, „Sie werden morgen entlassen.“ Da sage ich: „Ich werde aber nicht gehen.“ Er: „Wieso das? Jeder ist doch froh, wenn er aus dem Gefängnis rauskommt.“ Ich wieder: „Ich gehe erst, wenn der Generalstaatsanwalt dieser Modrow-Regierung eine Erklärung abgibt, dass die Anschuldigungen alle falsch waren.“ Denn vorher wurde eine Riesen-Kampagne gemacht wegen Korruption und so weiter. Nach langem Hin und Her haben Sie so eine

Erklärung gemacht, sie haben sie mir sogar gezeigt, ich habe sie korrigiert – aber die Erklärung wurde nicht veröffentlicht. Da habe ich gesagt: „Gebt mir eine Kopie“, und dann haben Genossen mit Hilfe meines Sohnes diese Kopie den Nachrichtenbüros zugespielt, die haben sie dann veröffentlicht.

Vorher hatten einige Genossen, vor allem Krenz, stark darauf gedrängt, dass ich in die Regierung Modrow gehe, sozusagen als Feigenblatt. Da habe ich erklärt, dass ich in diese Regierung nicht gehe, weil ich merkte, wo die Reise hingehet – was sich später ja auch zeigte. Im November bin ich zurückgetreten als Minister und von allen meinen politischen Funktionen. Es wurde dann eine offizielle Kollegiumssitzung meines Ministeriums durchgeführt, auf der ich mich verabschiedete. Sie haben mich gebeten, einen Vorschlag für die Nachfolge zu machen. Ich dachte, ich mache einen guten, ich habe aber keinen sehr guten gemacht: Hoffmann. Und ich sollte noch vier oder fünf Wochen im Ministerium bleiben, ich sollte ein bisschen helfen einarbeiten.

Bevor sie mich eingesperrt haben, bin ich „natürlich“ aus der Partei ausgeschlossen worden. Ich bekomme einen Brief von dem Vorsitzenden der Schiedskommission, und es waren schon die neuen Leute da, Schumann, Gysi und so weiter, da stand drin: „Gegen Dich läuft ein Parteiverfahren. Grund: Antisowjetische Haltung.“ Ausgerechnet ich! Ich gehe also dahin, wo sie mich hinbestellt haben, es waren auch andere Genossen da, die ebenfalls ausgeschlossen werden sollten. Ich komme also da hin: die Schiedskommission ein wilder Haufen. Der Vorsitzende fängt an: antisowjetische Haltung. Ich sage: „Pass mal auf, wir müssen mal unterscheiden. Meinst Du die Sowjetunion oder meinst Du Gorbatschow? Wenn Du Gorbatschow und die Seinen meinst, dann stimmt es.“ Und den haben sie gemeint, und so haben sie mich rausgeschmissen. Einer der wenigen, der gegen meinen Parteiausschluss gestimmt hat, war Täve Schur, das hat mich gefreut.

Meine zweite Inhaftierung, der Prozess und die Verweigerung der Solidarität durch Gorbatschow

Am zweiten Pfingstfeiertag 1990, wir hatten hier in der DDR inzwischen die DeMaizière-Regierung, waren meine Frau und ich in Strausberg zu Besuch bei unserem Sohn. Als wir wieder nach Hause kamen, stellten wir fest, dass die Türen alle aufgebrochen waren, alles durchwühlt und durchsucht war. Vorn an der Tür waren neue Schlösser eingebaut worden und eine Nachricht hinterlassen: Der Schlüssel ist abzuholen auf dem Polizeirevier dort und dort. Dann sind meine Frau, mein Sohn und ich dorthin gefahren auf dieses Polizeirevier, die haben mir dort freundliche Guten Tag gesagt und mir einen Haftbefehl gezeigt. Begründung des Haftbefehls: Fluchtgefahr. Dann haben sie mich in die „grüne Minna“ gebracht und mich in ein Polizeigefängnis in Berlin gefahren, wo die Besoffenen und so weiter alle hingebracht werden für eine Nacht. Und am übernächsten Tage haben sie mich nach Moabit gebracht. Dort habe

ich dann auch Stoph gesehen und alle Möglichen, die sind aber alle dann rausgelassen worden. Die einzigen, die drin geblieben sind waren Strelitz, ich und ein gewisser Genosse Albrecht, der Erste Sekretär der Partei in Suhla.

In dieser Zeit hat Modrow noch einmal eine Erklärung zu diesem 4. Oktober abgegeben: dass er im Recht sei. Da habe ich ihm sagen lassen, dass er, wenn er das so weitermacht, etwas erleben könne.

Als ich das erste Mal eingesperrt worden war, als er Ministerpräsident war, haben meine Frau, die Ruth, die eine alte Genossin ist, und unser Sohn ihm einen Brief geschrieben. Er hat noch nicht einmal geantwortet.

Hier kurz eine aktuelle Ergänzung: Ich habe kürzlich etwas gelesen, eine „Erklärung“ nennt sich das glaube ich, vom Ältestenrat der Partei der Linken. Nun muss man wissen: der Vorsitzende des Ältestenrates ist jetzt Modrow. Diese Erklärung sagt „ja, die DDR und so weiter und so weiter; und dann: aber, aber, aber...“, diese Erklärung ist so geschickt gemacht, so raffiniert, dass allen Opportunisten, allen Revisionisten damit Raum und Platz gegeben wird. Das heißt, Modrow setzt noch heute das fort, was er damals begonnen hat. Er hat zum Beispiel vor einigen Wochen in Ziegenhals vor der Thälmann-Gedenkstätte gesprochen. Es waren ca. 200 Genossinnen und Genossen dort – und die wollten den verprügeln, denn der hat gegen Thälmann geredet. Er hat Thälmann bezichtigt, ein Anhänger Stalins gewesen zu sein, und dass es auch unter Thälmann große Fehler gab. Da wollten sie ihn verprügeln. Ich habe selber eine Genossin festgehalten und gesagt: „Das macht Ihr nicht. Ihr könnt schreien, brüllen, aber verprügeln – das macht Ihr nicht.“

Aber zurück zur Situation 1990: Einige Beamte in Moabit sagten im Gefängnis zu mir: „Dein Honecker kommt auch noch hierher.“ Und wenn ich an alles geglaubt hätte – daran habe ich nicht geglaubt. Aber sie haben Recht behalten. Er kam dann, wir haben uns aber nie gesehen. Strelitz, Honecker und ich waren so unterschiedlich untergebracht, dass wir uns nie gesehen haben. Wir haben uns das erste Mal gesehen am ersten Verhandlungstag, da waren im Gerichtsgebäude so Sammelzellen und da haben sie uns alle drei hineingebracht. Dort hat uns der Genosse Honecker die Konzeption seiner ersten Rede gegen die Anklageschrift dargelegt und nach unserer Meinung gefragt. Wir waren einverstanden, es war eine gute Rede.

Zur Verteidigung haben der Genosse Strelitz und ich, als der Prozess gegen uns lief und wir wussten, dass sich Gorbatschow gerade in der Bundesrepublik aufhielt, durch Mittelsmänner erreichen können, dass wir ihm einen kurzen Brief übergeben haben, in dem wir um weiter nichts gebeten haben, als dass er im Prozess gegen Honecker, Strelitz, Albrecht und mich als Zeuge auftritt – als Oberkommandierender der Vereinten Streitkräfte der Länder des Warschauer Vertrages. Er hat uns durch Mittelsmänner

antworten lassen, dass das nicht mehr Sache der Sowjetunion, sondern eine Sache der Deutschen sei. Dann haben wir uns an Kulikow gewandt, einen ehemaligen Oberkommandierender der Vereinten Streitkräfte, zu dem wir ein gutes Verhältnis hatten: Ob er als Zeuge im Prozess auftreten würde. Er war nach 1990 eine Zeit lang verantwortlich für die Gräberfürsorge und in dieser Sache zu Besuch in der Bundesrepublik. Die Antwort war: „Das ist allein Sache der Deutschen.“

Wir hatten Illusionen gehabt

Nun will ich zu einem anderen Thema kommen: zu unserer Selbstüberschätzung. Wir hatten natürlich einen ganz anderen Anfang des Aufbaus der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, des Übergangs zum Aufbau des Sozialismus als zum Beispiel Kuba. Ich kann mich noch gut erinnern, wie ich Ende Juli 1945 hier nach Berlin kam, es war furchtbar. Alles war faschistisch verseucht, bei manchen war es unbewusst, aber das Denken war faschistisch. Dazu kam, dass viele junge Menschen ihre Eltern verloren hatten, es gab wenig zu essen, ein großer Teil der Stadt lag in Trümmern. So habe ich hier in Berlin angefangen. Ich könnte jetzt stundenlang berichten, wie oft ich zum Beispiel ausgepiffen worden bin; es war ein schwieriger Anfang. Und dass wir so vorwärts gekommen sind, auch mit Hilfe der damaligen Sowjetunion und der Solidarität vieler Antifaschisten in der ganzen Welt, hat uns ein bisschen - oder mehr als ein bisschen - selbstzufrieden gemacht.

In der SED-Führung hat sich eine gewisse – sagen wir etwas überhebliche – Haltung dem Imperialismus gegenüber herausgebildet: Die können uns mal – eine gewisse Selbstzufriedenheit. Wir haben natürlich die Gefährlichkeit des Imperialismus mit all seinen Möglichkeiten gesehen, aber wie geschickt er sie gebrauchen kann, welche neuen Taktiken er anwendet und dass er sehr viel gelernt hat, das haben wir unterschätzt. Es hat sich ein gewisser Automatismus, eine gewisse Bequemlichkeit entwickelt. So haben wir die Dinge nicht richtig ernst genommen und über bestimmte Dinge dann auch nicht ernsthaft gestritten.

Ein Beispiel: Der Vertreter des vereinten Oberkommandos der Staaten des Warschauer Vertrages war ein hervorragender sowjetischer General. Der sagte zu mir, als die Frage stand, Jelzin zu wählen als Präsidenten: „Der kommt nie durch. Den wählen die Bürger der Sowjetunion nicht.“ Aber er wurde gewählt! Das heißt, hier kommt die Illusion zum Tragen, dass die Gesamtpartei einschließlich des Jugendverbandes, die sowjetische Arbeiterklasse, auch die Bauern und die Intelligenz in ihrer Mehrheit das nicht zulassen würde. Und das war eine fatale Illusion, denn schließlich wurden die KPdSU und der Sowjetstaat faktisch in 24 Stunden liquidiert. Damit hat niemand in unserer Partei gerechnet. Ich muss leider sagen, dass auch ich der festen Überzeugung war – schließlich kannte ich viele sowjetische Genossen – dass die Gorbatschowisten und Jelzin und diese Leute damit nicht durchkommen.

Aber angefangen hat das alles mit dem XX. Parteitag, nach dem der Revisionismus Schritt für Schritt Platz gefunden hat. Und dann haben die Gorbatschow-Leute etwas gemacht, was wir, auch ich, nicht immer richtig eingeschätzt haben. Sie haben ja die Verhandlungen geführt mit den USA, mit der NATO über die Reduzierung, schließlich Beseitigung aller Massenvernichtungswaffen, also Atomwaffen und so weiter. Und es schien ja so - und so wurde das auch bei uns publiziert -: hier hat das sozialistische Lager Erfolg. Und auch diese Phase der Entwicklung hat bei manchen die Vorstellung entstehen lassen: Vielleicht kann man aus dem Gorbatschowismus doch etwas Gutes machen. Als es zu spät war, sahen immer mehr Genossinnen und Genossen, dass Gorbatschow ein Verräter und seine Politik die Kapitulation war. Ein Beispiel: Ich war mit dem Genossen Strelitz vor drei oder vier Jahren in Moskau, wir waren eingeladen. Dort gibt es auch einen Bund der Veteranen, und dort gab es mit zehn führende ehemalige Armeemitglieder einschließlich des letzten Ministers eine Aussprache. Darum hatte ich gebeten. Sie haben sich alle zehn bei uns dafür entschuldigt, dass sie uns 1989/1990 - eben im Ergebnis der Politik Gorbatschows - im Stich gelassen haben.

Es ist bedauerlich: Eine solche Chance, wie wir sie mit der DDR hatten, kriegen wir nie wieder. Kapitalismus bleibt nicht, kann nicht bleiben. Aber eine solche Chance kriegen wir nicht wieder.

Drei Schlussfolgerungen:

Aus unseren bitteren Erfahrungen ziehe ich drei wichtige Schlussfolgerungen:

Das Schlimmste, was einer kommunistischen Partei – oder in unserem Fall der Sozialistischen Einheitspartei – passieren kann und passieren konnte, ist, dass es in der Parteiführung eine Fraktion gibt. Und die gab es. Sie hat sich zusammengesetzt aus Leichtgläubigen, dazu zähle ich Krenz, weil der offensichtlich wirklich glaubte, dass Perestroika und Glasnost ein Weg sei, und anderen, die nie Kommunisten waren, die nie richtig verbunden waren mit unserer Sache, dazu zähle ich Schabowski, Schürer, Tisch und noch zwei, drei andere. Diese Genossen, ob subjektiv ehrlich oder objektiv feindlich, haben nie eine prinzipielle Diskussion begonnen zu der Frage Glasnost und Perestroika, ja sie haben noch nicht einmal eine Frage gestellt dazu. Also: Niemals zulassen, dass in der Partei und besonders in der Führung eine Fraktion entsteht.

Obwohl Erich Honecker als Erster zu mir persönlich gesagt hat: „Entweder der Gorbatschow ist verrückt, oder er ist ein Lump“, haben wir die Gefahr unterschätzt.¹⁸

¹⁸ Dazu ein Beispiel: 1989 erschien in der DDR das Buch „Die Troika“ von Wolf. Und alle Zeitungen der DDR haben dieses Buch rezensiert, und zwar positiv. Die einzige Zeitung, die das Buch nicht rezensiert hat, war „Die Volksarmee“. Und Mielke hat mich dann angerufen

Erich Honecker – und das war natürlich ein Fehler – war der festen Überzeugung, dass eine Partei, die eine solche Verbindung zum Proletariat und eine solche Vergangenheit und eine solche Entwicklung hat wie die KPdSU, die Partei Lenins und Stalins, nicht von solche Schweinehunden wie Gorbatschow, Schewardnadse und den anderen zugrunde gerichtet werden könnte. Ich will mich nicht freisprechen davon, dass ich - vielleicht nicht so sehr wie er - aber doch auch glaubte, dass wir das schaffen, noch dazu, weil ich viele gute sowjetische Genossen kannte. Also: Man darf die Gefahr der Konterrevolution niemals unterschätze. Man darf niemals übersehen, dass die Bourgeoisie auch gelernt hat und weiter lernt.

Die dritte - und vielleicht wichtigste - Schlussfolgerung, die man ziehen muss, ist die, dass die Parteiführung, das Politbüro und das ZK, entschieden früher offen über die Probleme im Land und im sozialistischen Lager hätte reden müssen, offen, eindeutig – so, wie das die kubanischen Genossen machen. Die sagen: „Es gibt keinen Strom, und wir erklären, warum. Und wir sagen, was wir machen müssen.“ Also: Das Ohr an den Massen haben¹⁹. Damit verbunden: die Partei muss immer wirklich wissen, was die Arbeiter, die Werktätigen denken und vor allem, sie muss sich mit ihnen auseinandersetzen.

Heinz Keßler, Berlin, 12. September 2009

und gefragt: „Warum rezensiert denn „Die Volksarmee“ nicht das Buch? Das „Neue Deutschland“ hat und die „junge Welt“ und die „Tribüne“.“ Ich sage: „Ich bin Dir keine Rechenschaft schuldig, aber so lange ich hier Minister bin und was zu sagen habe, wird das Buch bei uns nicht rezensiert. Und wenn Du es genau wissen willst: Ich glaube, es ist feindlich.“ Großes Gejammer bei Mielke. Das war mir egal. Zum Schluss sagt er noch: Dann muss ich mit dem Generalsekretär reden.“ Er war auch dort. Bei einer anderen Angelegenheit, wegen der ich bei Erich Honecker war, fragt er mich am Schluss: „Sag mal, Mielke hat sich bei mir beschwert darüber, dass Du das Buch „Die Troika“ nicht rezensierst.“ Sage ich: „Da hat er Recht.“ „Ja, willst Du es nun rezensieren?“ „Nein!“ „Warum nicht?“ Ich sage: „Weil das konterrevolutionär ist.“ Da sagt Honecker zu mir: „Naja, das hat mit Dir ja keinen Zweck, Du bist so stur, Dich kenne ich. Mach, was Du willst.“

¹⁹ Ich möchte zu diesem Thema eine sehr negative Erscheinung am Beispiel der FDJ zeigen. Als ich noch in der FDJ war, gab es von mir einen Spruch, gerichtet an die FDJ-Funktionäre: „Wenn Ihr früh mal drei Stunden später kommt, ist das nicht so tragisch, obwohl Pünktlichkeit schon sein muss. Aber wer nachmittags um fünf nach Hause geht, der ist kein FDJ-Funktionär, denn nachmittags um fünf geht die Arbeit mit der Jugend los“.

Nordkorea

Brigitte Queck: Nordkorea und dessen Atomwaffenprogramm, Ursachen und Wirkungen

Im Jahre 2005 ist Nordkorea aus den 6-seitigen Verhandlungen über die Nuklearfrage Nordkoreas, an denen neben der KVDR, China, Russland, die USA, Japan und Südkorea teilgenommen hatten, ausgeschieden. Die USA ist voll und ganz dafür verantwortlich zu machen, dass die Gespräche unterbrochen wurden und dass eine Lösung der Nuklearfrage zwischen der KDVR und den USA nicht zustande gekommen ist.

Der Schlüssel zur Lösung der Nuklearfrage zwischen der KDVR und den USA besteht darin, dass die USA endlich ihre feindliche Politik gegenüber der KDVR beenden und zu einer Politik der friedlichen Koexistenz mit der KDVR bereit sind.

Alle US-Regierungen haben eine Politik betrieben, die keine Koexistenz mit der KDVR vorsieht und darauf gerichtet ist, das politische System, das das koreanische Volk selbst gewählt hat, zu beseitigen. Ob in eigenen Reden, bzw. in internationalen Deklarationen, denen die US-Regierungen ihren Stempel aufgedrückt haben, als da sind: die Haager Deklaration, die Charta von Paris; die Deklaration Responsibility to Protect (Verantwortung zum Schutz) um nur einige zu nennen, wird überall unterstrichen, dass die USA sich berechtigt fühlen, die „Tyrannei in der ganzen Welt zu beseitigen“ und dass die „USA der Welt Freiheit und Demokratie amerikanischen Stils bringen“ würden, bei dem auch „nicht die Anwendung von Gewalt auszuschließen sei“.

Nach diesem Grundsatz ist seitdem auch die neue NATO-Strategie vom Frühjahr 1999 ausgerichtet, die anders als im Nichtweiterverbreitungsvertrag von Kernwaffen vom 1.7. 1968 nicht mehr den Schutz von Nicht Kernwaffen besitzenden Staaten vorsieht, sondern im Falle von „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ (was die USA darunter verstehen, wissen wir spätestens seit dem brutalen Krieg der US/NATO gegen den Irak im Jahre 2003!) auch nicht Kernwaffen besitzenden Staaten im Bedarfsfall mit dem Einsatz von Atomwaffen drohen.

Alles dies ist eine brutale Aushebelung der UNO-Charta und beinhaltet einen Präventivkrieg mit Atomwaffen. Mit anderen Worten sowohl die Äußerungen von US/NATO Spitzenpolitikern, als auch einige ihrer durch die UNO-Vollversammlung angenommenen Dokumente (R2P am 24.11.2015) sind seither eine Umschreibung und Rechtfertigung von Aggressionskriegen in aller Welt.

Schon US-Präsident Bush und die ehemalige US-Außenministerin Rice hoben 2004 hervor, welche Staaten als „Außenposten der Tyrannei“ gesehen werden, die es „zu beseitigen gilt“: die KDVR, so wie auch Kuba und Zimbabwe!

Seit 2001, dem angeblichen Überfall Afghanistan auf das Welthandelszentrum in New York, wurde von den USA der Begriff „Achse des Bösen“ eingeführt, der nach den Aussagen des damaligen Staatssekretärs Paul Wolfowitz der Irak, Libanon, Libya Somalia, der Sudan und der Iran zugerechnet wurden und später kamen noch Russland und China dazu. Die USA aber bezeichnen sich selbst als Beherrscher dieses Planeten, der das Recht hat, die Geschehnisse der Welt zu bestimmen.

Aus diesem Grunde ist es nur natürlich, dass die KDVR Atomwaffen zur Selbstverteidigung herstellten und mit deren Produktion fortfährt, um der Politik der US-Administration, die einen präemptiven Atomkrieg gegen die KDVR plant, begegnen zu können, um für den Fall eines Aggressionskrieges der USA mit Atomwaffen auf ihr Land gewappnet zu sein. Aus diesem Grunde ist die KVDR am 10. Januar 2003 aus dem Nichtweiterverbreitungsvertrag von Atomwaffen ausgetreten. Wann immer die KDVR einen Schritt in Richtung Selbstverteidigung unternommen hat, um auf die Politik der USA zu reagieren, hat die KDVR der Welt in einer transparenten Form die Gründe für ihr Vorgehen dargelegt.

Im September 1999, der Zeit des Dialoges zwischen der KDVR und den USA, verkündete die KVDR ein Moratorium über einen Raketenstart. Aber dieses wurde gestoppt, als im Jahre 2001 die Bush-Administration zur Macht kam. Aus diesem Grunde ist die KVDR auch nicht mehr an dieses Moratorium gebunden. Alle Vorwürfe der heutigen US-Regierung unter Donald Trump, die KVDR würde internationale Verträge brechen, vor allem wegen des Besitzes und der Erprobung von Langstreckenraketen, die im Verteidigungsfall auch das Territorium der USA treffen können, gehen somit ins Leere.

Wie jedermann weiß, ist die feindliche Politik der USA gegenüber der KDVR der Grund für das atomare Selbstverteidigungspotential der KDVR.

Senator Kerry, der für die Demokraten im Jahre 2004 als Präsidentschaftskandidat angetreten war, kritisierte am 12. September während der Präsidentschaftswahlen in einem Interview gegenüber der New York Times die Bush-Administration offen dafür, dass sie Direktverhandlungen mit der KDVR nach Bushs Machtantritt abgelehnt hatte und so für den nuklearen Alptraum verantwortlich wäre. Der Foreign Policy Focus, das Organ des US-Institutes für internationale politische Studien, hat in einem Artikel vom 22. Februar 2005 Bush dafür kritisiert, dass er seit seiner Amtseinführung in seiner Politik gegenüber Nordkorea sowohl in militärischer als auch in

diplomatischer Hinsicht versagt habe, was zu deren Besitz von Atomwaffen geführt habe.

Bereits in ihrem Leitartikel vom 11. Februar 2005 hat die New York Times erklärt, dass die Fehler der Bush-Administration, die Nordkorea in die Isolation getrieben haben, zum Besitz von Atomwaffen von Nordkorea geführt hätten. In dem Artikel wurde die Bush-Administration zurecht dafür kritisiert, dass ihre Reaktion gegenüber Nordkorea unberechenbar sei und aus diesem Grunde in der Zukunft gegenüber der KDVR ein radikaler politischer Wandel angebracht wäre. Die USA beteuerten stets, dass sie gegenüber Nordkorea keine feindliche Politik verfolgen würden. Doch das sind nur leere Worte.

Es ist bereits ein feindlicher Akt, ein System, das von den koreanischen Menschen gewählt wurde, als „Tyrannei“ zu brandmarken und die Absicht zu erklären, es zu Fall zu bringen, sowie zur Bekräftigung des Ganzen ständige NATO-Militärübungen an der Küste zu Nordkorea durchzuführen. In Wirklichkeit sind alle Bemerkungen, dass die USA keine Aggressionsabsichten hätten, schamlos, zumal die USA niemals gezögert haben, die Regierungen anderer Länder zu stürzen und sie zu überfallen. Bezüglich Nordkorea lassen die USA keinen Änderung ihrer Politik erkennen und zeigen folglich auch keine Bereitschaft, mit der KDVR zu koexistieren.

Die KDVR war das 1. Land, das bereits 1960 vorschlug, die Koreanische Halbinsel atomwaffenfrei zu machen. Im Gegensatz dazu waren alle bisherigen US-Regierungen nie an einer wirklichen Entspannungspolitik mit der KVDR interessiert. Bereits in der 3. Runde der sogenannten internationalen 6-er Gespräche mit der KVDR, also 1 Monat nach Beginn dieser Gespräche, verabschiedete der US-Kongress am 21. Juli 2004 den so genannten „Nordkoreanischen Menschenrechtsakt“, der in finanzieller und materieller Hinsicht Aktivitäten gutheißt, das System in der KDVR zu stürzen. Für diesen Menschenrechtsakt hat der US-Kongress 24 Millionen US \$ jährlich bewilligt, die Individuen und Organisationen zur Verfügung gestellt werden sollen, die Aktivitäten für „Freiheit“ und „Verbesserung der Menschenrechte“ zum Ziel haben.

Am 21. Oktober 2004 erklärte ein Sprecher des Weißen Hauses, dass dieser Menschenrechtsakt, der von Bush erlassen wurde, den Überläufern aus Nordkorea zugute komme.

Radio Voice of America hat zum Charakter dieses Menschenrechtsaktes kommentiert, dass die Entscheidung der USA, jedes Jahr 24 Millionen ihres offiziellen Regierungsbudgets zur Verfügung zu stellen, die erste Entscheidung dieser Art sei. Sie wäre von großer Bedeutung, da sie die Basis dafür legen könnte, in zweierlei Hinsicht auf das System in Nordkorea Druck auszuüben: auf dem Gebiet der Nuklearfrage und auf

dem Gebiet der Menschenrechte. Dieser Menschenrechtsakt sei eine Strategie, die darauf ziele, das System in Nordkorea unter dem Vorwand des „Schutzes der Überläufer“ zu Fall zu bringen, fügte der Kommentator hinzu.

George Hage, ein Vertreter der Nationalversammlung in Frankreich und zugleich Mitglied der Kommission für Auswärtige Beziehungen, sagte am 15. Februar 2005 in einer offenen Fragestunde, gerichtet an den Außenminister Frankreichs: „Die Studie des Koreaproblems zeigt, dass die Souveränität der KDVR ständig verletzt worden ist. Der US-Kongress hat ein Gesetz verabschiedet, das 24 Millionen Dollar vorsieht, die Regierung der KDVR zu destabilisieren.“

Während eines Arbeitstreffens von Mitgliedsländern der PSI in Norwegen im August 2004, als die Vorbereitungen für die 4. Runde der 6-seitigen Gespräche im Gange waren, hat der US-Senat entschieden, vom 26.-27. Oktober Seeblockadeübungen in den japanischen Gewässern durchzuführen. Und bei diesen Übungen verbargen die USA nicht die Tatsache, dass sich diese Übungen gegen die KDVR richteten. Am 23. Oktober, also 3 Tage vor Beginn der Übungen, flog der US-Staatssekretär nach Tokyo und erklärte dort, dass die PSI Übungen ein Ausdruck der Besorgnis der internationale Gemeinschaft über Nordkorea wären und ein Druck auf dessen schlechtes Benehmen. Tags darauf wurden die Übungen aufgenommen und der Unterstaatssekretär Bolton erklärte von Bord eines Übungsschiffes aus, dass von Nordkorea eine Bedrohung ausgehe. Die Übungen seien so effizient, dass sie den Handel mit Nordkorea und den anderen Staaten, die in die Weiterverbreitung von Waffen involviert wären, aushebeln könnten. Die Übungen wären von großer Bedeutung, da sie die ersten dieser Art im nördlichen Pazifik wären. Er verheimlichte also nicht die Tatsache, dass die PSI-Übungen gegen die KDVR gerichtet waren.

Die militärische Drohung der USA war damit nicht beendet. Am 29. Juni 2004, gleich nach der 3. Runde der 6-seitigen Gespräche, verkündete das US-Verteidigungsministerium den Plan, innerhalb dreier Monate 3 Staffeln von F-117-Stealth-Kampf-Bombern der US-Luftwaffe in Südkorea zu stationieren. Die USA verkündeten, dass sie ständig zwei Aegis-Zerstörer der neuesten Raketen-Systeme in der Ostsee Koreas stationiert hätten und zum Einsatz bereit hielten.

Nachdem sie bereits die KDVR als „eine ihrer Ziele für atomare Präemptiv-schläge“ benannt haben, hat die Bush-Administration Anfang 2004 den „Neuen Operationsplan 5026“ und den Plan „OPLAN 5027-04“ ausgearbeitet und verkündet, der auch heute noch gültig ist. Auf deren Grundlage wurden ihre Militärkräfte in Südkorea immens verstärkt. Die USA verkündeten Mitte 2004 ein „Kampfstärkenaufbauprogramm“, das die Investition von 11 Billionen US \$ unter dem Deckmantel der „Verlagerung von Kampftruppen“ vorsah und das Mitte 2004 zu einer massiven Einschiffung von Kriegsmaterial der neuesten Kategorie geführt hat.

Was gibt es Ernsteres, wenn die USA erklären, sie würden dem US-Militär in Südkorea einen neuen Typ von Raketen liefern, der fähig sei, Untergrundeinrichtungen der KDVR zu treffen und wenn sie dies noch dazu zu einer Angelegenheit von höchster Priorität machen?

Alle bisherigen US-Regierungen haben gegen die KDVR einen ständigen psychologischen Krieg geführt und eine Schmierkampagne mit einer Flut von Schmähungen in Gang gesetzt, die die KDVR verleumdet. In einem ihrer jährlichen öffentlichen Berichte finden sich solche Fiktionen wie „Drogenschmuggel“, „Organhandel“ oder „Religiöse Unterdrückung“, als Teil ihrer Schmierkampagne gegen die KDVR, wiederholt. Allesamt angetan, das Ansehen der KDVR zu schmälern und eine Atmosphäre zu schaffen, internationalen Druck auf die KDVR auszuüben.

Gallucci, der Spezialgesandte für Verhandlungen mit der KDVR der vormaligen Bush-Administration, hat am 18. Juni 2004 in einem Interview gegenüber Kyodo die Bush-Administration dafür kritisiert, einen „Regimewechsel“ in Nordkorea anzustreben, statt ehrliche Verhandlungen mit Nordkorea zu führen. Die finstere Absicht der USA wird zusätzlich durch die Tatsache deutlich, dass sie die geheimen Nuklearaktivitäten Südkoreas verschweigen, bzw. diese bis in die heutige Zeit für ihre eigenen Zwecke nutzen.

Der prinzipielle Standpunkt der KDVR besteht darin, eine kernwaffenfreie Zone auf der koreanischen Halbinsel zu schaffen und nach einer friedlich vereinbarten Lösung der Nuklearfrage in Augenhöhe mit den USA zu suchen, um auch einer seit Jahren angestrebten Wiedervereinigung von Nord- und Südkorea ohne Einmischung von außen ein Stück näher zu kommen.

Cafe Palestine

Gabi Weber: Liebe Leserinnen und Leser,

im Mai 2010 fand die erste Veranstaltung von Cafe Palestine Freiburg statt. Meine Mitgründerin Annie Sauerland und ich selbst referierten über "Kinder in Gaza" - ein Jahr nach der ersten schrecklichen israelischen Militäroffensive gegen den (inzwischen seit 10 Jahren) abgeriegelten Gazastreifen 2008/2009.

In den vergangenen sieben Jahren haben wir über 150 Veranstaltungen erfolgreich durchgeführt. Unzählige Referentinnen und Referenten, KünstlerInnen, FriedensaktivistInnen, Kooperationspartner aus Deutschland, Palästina, Israel und der ganzen

Welt haben uns und Ihnen Erkenntnisse und Beiträge zu "unserem" Thema vermittelt. Wir haben zwei Verfahren vor dem Freiburger Verwaltungsgericht gewonnen und somit Ihr und unser Recht auf Meinungsfreiheit und -vielfalt verteidigt. (<http://cafepalestinefreiburg.blogspot.de/2014/12/gedanken-zum-jahresende-dr-gabi-weber.html>)

Entgegen den Unkenrufen von "bösen Mächten im Hintergrund" sind wir "nur" eine handvoll Frauen - Mütter, Akademikerinnen, mit ganz unterschiedlichen Lebensgeschichten, die etwas Maßgebliches verbindet: die tiefe Überzeugung, dass uns die Wahrheit frei machen wird, so wie es über dem Seiteneingang der Universität Freiburg in goldenen Buchstaben geschrieben steht.

Wir sind mutig, politically incorrect, tolerant, nett, lustig, haben große Herzen, stehen ein für Menschenrechte und unsere/Ihre demokratischen Rechte, gegen Doppelmoral und Doppelstandards, für Frieden und somit den Erhalt unserer Erde.

Wir haben uns mit dem Thema "Palästina" das schwierigste Thema in Deutschland überhaupt "ausgesucht" - ein Thema, mit dem wir keine Preise für Zivilcourage, bürgerschaftliches Engagement, Whistle blowing oder andere gesellschaftlich offiziell hochgehaltene Tugenden erhalten.

Ein Thema, mit dem wir keine finanzielle Unterstützung von staatlicher oder kommunaler Seite bekommen, nicht einmal dann, wenn wir mit Flüchtlingen zusammen arbeiten (was heutzutage eigentlich ein Garant dafür ist, finanziell gefördert zu werden). Somit wurde auch unser Frühlingsfest, das wir vergangenen Samstag gemeinsam mit Flüchtlingen durchführten, nicht kommunal gesponsert.

Denn unsere Veranstaltungen finden "in politischem Kontext" statt - so sagt man uns, wenn unsere Anträge oder Kooperationsanfragen abgelehnt werden. Kaum Einer ist bereit, sich die Finger wegen uns und Palästina zu verbrennen.

Die Angst geht um in Deutschland.

Das Thema Palästina/Israel ist heikel in Deutschland. Es hebelt schnell moralische und ethische Ansprüche, die man an Andere, eventuell auch an sich selbst und vor allem an Politik und Institutionen bei anderen Themen stellt, aus. Es führt dazu, dass Viele intensiv Augen, Ohren und vor allem Herzen verschließen, um sich nur ja nicht in die Nesseln zu setzen, um nicht Existenz, Job und/oder Bequemlichkeiten zu riskieren.

Warum also gehen wir Frauen von Cafe Palestine Freiburg so viele Risiken ein?

Warum geben wir unser Herz, unsere Kraft, unsere Begabungen, unser Wissen und Können sowie Materielles in diese Arbeit? Warum kochen und backen wir, kaufen

Waren ein, verkaufen diese, handarbeiten, um Geld in die Kasse zu bekommen? Warum organisieren wir Hilfsaktionen, Vorträge, Konzerte, Ausstellungen, Konferenzen, übersetzen, beherbergen Gäste, bringen sie zum Bahnhof/Flughafen, machen Pressearbeit, entwerfen und verteilen Flyer, kooperieren, diskutieren, informieren, protestieren, demonstrieren, schreiben, sind im Internet präsent?

Warum lassen wir uns diffamieren, schikanieren, bedrohen und beleidigen? Dies alles trotz unserer Vollzeit-Jobs und unserer Aufgaben als Mütter? Haben wir das nötig? Haben wir um Himmels willen nichts Besseres zu tun?

Die Antwort ist ganz einfach: Wir sind absolut überzeugt davon, dass das, was wir machen, richtig und wichtig ist. Wir kennen die Situation vor Ort und fühlen uns unseren Familien und den Menschen in Palästina verpflichtet, auf ihre untragbare Situation unentwegt aufmerksam zu machen, sie nicht in Vergessenheit geraten zu lassen und weiter daran zu glauben, dass Wahrheit, Gerechtigkeit und Frieden möglich sind.

Natürlich gäbe es unzählige weitere Betätigungsfelder, um sich zu engagieren. Aber sorry - es gibt auch noch Andere außer uns da draußen, die sich auf die Hinterfüße stellen und etwas TUN könnten. Wir können nicht alleine die Welt retten! Das schaffen wir nur GEMEINSAM!

Damit Cafe Palestine Freiburg weiter arbeiten kann, damit unsere guten und anspruchsvollen Veranstaltungen weiter stattfinden können, bitten wir Sie nun, nach sieben Jahren, um Ihre finanzielle Hilfe. Wenn Sie finden, dass unsere Arbeit unterstützenswert ist, spenden Sie bitte! Jeder Betrag ist willkommen. (Kontoverbindung folgt am Ende)

Ihnen Allen, die Sie uns in den vergangenen sieben Jahren durch Kooperation, durch Beiträge, durch ermutigende Worte, durch Teilnahme an unseren Veranstaltungen, durch Spenden, durch das Verbreiten von Wissen, durch Unterschriftenaktionen und und und unterstützt haben, möchten wir von ganzem Herzen danken!

Wir wissen, dass wir nicht alleine sind. Wir wissen, dass sich immer mehr Menschen deutschland- und weltweit nicht mehr mit Lügen und Propaganda zufrieden geben. Das macht uns Mut und gibt uns die Kraft, weiter zu machen.

Lassen Sie uns gemeinsam den Weg in Richtung Wahrheit, Gerechtigkeit und Frieden gehen! Denn - DIE WAHRHEIT WIRD UNS FREI MACHEN!

Herzliche Grüße sendet Gabi Weber für das Team von Cafe Palestine Freiburg

Kontoverbindung: Cafe Palestine Freiburg (wenn Sie eine Spendenbescheinigung brauchen, bitte Adresse bei der Überweisung mit angeben), Sparkasse Freiburg, IBAN: DE72 6805 0101 0013 0888 99, BIC: FRSPDE66XXX

Buchbesprechung

Frank Flegel: Gerhard Feldbauer: Geschichte Italiens. Vom Risorgimento zur Gegenwart

In der Reihe „Basiswissen“ des PayRossa-Verlages ist ein sehr aufschlussreiches Buch erschienen, das einen hervorragenden Überblick über die italienische Geschichte seit der Zeit der Französischen Revolution bis heute gibt – interessant, manchmal sogar richtig spannend, dabei klar, unkompliziert geschrieben und voller Hintergrundinformationen.

Es handelt sich eben nicht um bürgerliche Geschichtsschreibung, sondern um eine marxistische, d.h. die Eigentumsverhältnisse, die Klassenkampfsituationen, die Kräfteverhältnisse, die politischen Fraktionen innerhalb der Klassen und deren Orientierungen und natürlich die Klassenkämpfe selbst stehen immer als das die Geschichte Entscheidende im Mittelpunkt.

Um einen Eindruck zu vermitteln, wie das Buch geschrieben ist, möchte ich hier einige Zeilen zitieren: „Eine revolutionäre Situation. Bis zum Spätsommer 1945 bestand eine klassische revolutionäre Situation: Der italienische Imperialismus war militärisch geschlagen, seine ökonomischen und politischen Positionen ernsthaft erschüttert. Er verfügte über keine ihm hörige Regierung mehr. Die großbourgeois Vertreter in der antifaschistischen Einheitsregierung befanden sich in der Minderheit und mussten lavieren.

Zwischen IKP und ISP bestand ein Aktionseinheitsabkommen. ... In den meisten Städten und Gemeinden Norditaliens übten die mehrheitlich aus Kommunisten und Sozialisten bestehenden Komitees der CLNAI die Macht aus und leiteten antiimperialistische revolutionär-demokratische Umgestaltungen ein. Im Süden hatten Landarbeiter, Tagelöhner und Halbpächter das Land der durchweg zu den Faschisten gehörenden Latifondistas besetzt. Die IKP hatte in der Einheitsregierung ein Dekret durchgesetzt, das die Inbesitznahme legalisierte. Die weit über eine halbe Million Mitglieder zählenden Partisanenformationen, die zu 85 bis 90 Prozent aus Arbeitern und Bauern bestanden, bildeten den Kern einer kampftschlossenen Basis. ...

Unterschiedliche Meinungen in der IKP-Führung. Eine von Togliatti angeführte Gruppe wollte das antifaschistische Bündnis mit den großbürgerlichen Kräften auf Regierungsebene weiterführen und setzte für antifaschistisch-demokratische Veränderungen auf den parlamentarischen Weg. Eine zweite Gruppe mit Longo, der von den Partisanen der IKP, aber auch der ISP und der PdA unterstützt wurde, trat zwar ebenfalls für zunächst antifaschistisch-demokratische Veränderungen ein, forderte jedoch eine darüber hinausweisende klare sozialistische Orientierung, die durch revolutionäre Massenaktionen unterstützt werden sollte. ... Der 5. Parteitag im Januar 1946 folgte Togliatti und bekräftigte dessen Forderungen. ... Die IKP machte in der Folge problematische Zugeständnisse. Sie stimmte der Entwaffnung und Auflösung aller Partisanenverbände zu; ebenso der Amtsenthebung der örtlichen Befreiungskomitees als Regierungsorgane. Im Juni 1945 fügte sich Togliatti als Justizminister der Auflösung des „Hohen Kommissariats zur Verfolgung der Regimeverbrecher“ und einer folgenden so genannten „Amnestie der nationalen Versöhnung“. Damit fanden die begrenzten Säuberungen im öffentlichen Dienst ein Ende.“

Soweit die Leseprobe. Ich denke, dass ersichtlich wurde, um welch profundes Werk es hier geht.

Ich habe das Buch mit großem Gewinn gelesen und wünsche dem Buch eine weite Verbreitung und aufmerksame Leserinnen und Leser.

Gerhard Feldbauer: Geschichte Italiens, 138 Seiten, PapyRossa-Verlag 2017, ISBN 978-3-89438-626-9

Frank Flegel

Aus der Leser/innen-Post

Fritz Dittmar: Kritik der „kurzen Anmerkungen zur Strategiedebatte um die antimonopolistische Demokratie“

Meine Kritik betrifft zwei Aspekte:

- 1.- Stimmt es, dass „antimonopolistische Demokratie“ und „antimonopolistische Strategie“ das Gleiche meinen? Und
- 2.-Ist mit beiden der parlamentarische Weg zum Sozialismus gemeint?

Vorbemerkung: Auch ich sehe den Wechsel in der DKP-Politik seit ihrem 20. Parteitag nicht als den Abschluss des Bruchs mit dem Revisionismus der alten Parteifüh-

rung an. Ich stimme Gerhard Feldbauer aber zu, dass bei dem Wechsel „besonnen und überlegt vorgegangen werden muss, damit Entscheidungen, die sicher zu Parteausschlüssen führen müssten, von einer Mehrheit in der Partei getragen werden.“ Eine solche Entwicklung nehme ich in meinem DKP-Umfeld wahr. Die offene Weigerung der Revisionisten, Parteibeschlüsse zu befolgen, wurde allgemein verurteilt, mit Aussagen, dass „nun eigentlich Ausschlüsse fällig wären“.

Zu 2)-- Mir sind keine Äußerungen von Patrick bekannt, die man als Befürwortung eines „parlamentarischen Wegs zum Sozialismus“ interpretieren könnte. Wer so etwas behauptet oder vermutet, müsste argumentieren und Belege anführen. Ohne das bleibt man auf der Ebene von Verleumdungen.

Zu 1)-- Lenin bezeichnet den Imperialismus als das höchste Stadium des Kapitalismus, das durch die Vorherrschaft des Monopols gekennzeichnet ist, und spricht von deren Zusammenwachsen mit dem Staat. Das Wort „antimonopolistisch“ kann also für Marxisten-Leninisten nicht von vornherein ein Signal für Revisionismus sein. Es muss seinen Niederschlag in den strategischen Überlegungen der Kommunisten finden: Welche Modifikationen erfordert die Verflechtung des Staats mit den Monopolen? Ganz sicher eröffnet sie aber als wesentliche Einschränkung demokratischer Spielräume keine Perspektive auf friedliche Übergänge zum Sozialismus, schon gar nicht auf rein parlamentarische.

„Antimonopolistische Demokratie“ beschreibt eine erdachte Form der Staatsmacht, die gegen die Monopole gerichtet ist und sie von der Beteiligung an der Macht ausschließt, nicht aber die nicht-monopolistische Bourgeoisie. So etwas wäre vielleicht in Italien nach dem Weltkrieg möglich gewesen, wo die Partisanen bewaffnet waren und der faschistische Staat zerschlagen war, aber eine solche Entwicklung haben die USA verhindert. Heute dagegen wäre das nichts als Illusion, und zu Recht hat Patrick den revisionistischen Gehalt dieser Losung betont. Ob es möglich wäre, wie es der Begriff „Antimonopolistische Strategie“ nahelegt, Bündnisse zu schließen, die die Monopole tatsächlich , auch gegenüber den nicht-monopolistischen Teilen der Bourgeoisie, isolieren würden, scheint mir auch nicht einsichtig, auch wenn es so im Programm steht.

Fritz Dittmar

Emko: Danke und Glückwunsch

Danke und Glückwunsch für die offen-siv März-April : Euer Eingangs-Artikel zu Krenz ist klasse! Es war nötig, diesem standpunktlosen Geschwurbel mal was entgegen zu setzen, und der Spott in 3) ist m.E. sehr treffend und würzt das Ganze prima. Sozialismus statt Barbarei! Emko

Gerhard Feldbauer: Das war schon lange mal nötig

Lieber Frank, ausgezeichnet der Beitrag zu RotFuchs und Krenz. Das war schon lange mal nötig.

Beste Grüße, Gerhard

Zbigniew Wiktor: Es geht um das Wesen der Widersprüche im Sozialismus

Viele kommunistische Grüße zum 1. Mai, dem Tag der Arbeiterklasse und der internationalen Solidarität.

Ich möchte ein paar Zeilen schreiben zum Vortrag des Gen. Krenz in Beijing und zu den Diskussionen und Kommentaren von Dieter Itzerott und Frank Flegel in der März-April-Ausgabe 2017 von „offen-siv“. Es geht insbesondere um das Wesen der Widersprüche des Sozialismus in der Zeit von 1917 bis 1953 (Stalins Tod) und danach in der Zeit von Chruschtschow bis Gorbatschow (1991), also letztendlich bis zum Sieg der Konterrevolution nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in den Volksdemokratien.

Darüber haben wir in Polen mit Prof. M. Rakowski ein ausführliches Manuskript (in englischer Sprache) geschrieben: „History of struggle for classless society and its perspective (since Marx to near future)“. Ich sende Euch eine CD mit dem Manuskript zu. Vielleicht könnt Ihr es übersetzen.

Herzliche Umarmung, Zbigniew Wiktor

Wilfried Böhm: Eine Schande

Werte Redaktion, werte Genossen Itzerott und Flegel, wie Ihr mit einer bewährten Führungskraft der DDR umgeht, das ist eine Schande, und die fällt auf Euch zurück. Der Genosse Egon Krenz hat in seinem Vortrag in China doch ganz viel aufgedeckt, hat ganz viele Hintergründe angesprochen und hat wenig bekannte und neue Tatsachen bekannt gegeben, wie Gorbatschow ihn belogen hat, wie es keinen Platz mehr für die DDR gab in Europa. Und das hat er, ganz anders als Ihr, in ausgewogener Form und Sprache gemacht. Daran solltet Ihr Euch ein Beispiel nehmen und nicht mit Häme über den Genossen Krenz herfallen. Das hat er nicht verdient. Ich rate Euch, bessert Euch!

Wilfried Böhm

Karl-Peter Füßlein: Gorbatschow zugejubelt

Liebe Genossin Anna, lieber Genosse Frank! Herzlichen Dank für das neue Heft der „offen-siv“. Besonders aufmerksam habe ich den Bericht über Egon Krenz gelesen. Wisst Ihr, wie wir diesen Lavierer 1989/90 genannt haben? Falschen Fuffziger! Er hat mit Schabowski, Modrow und Gysi dem jetzigen Multimillionär Gorbatschow zugejubelt. Lafontaine hat er mit offenen Armen empfangen. Mit solchen Menschen an der Spitze konnte nichts mehr gelingen...

Mit sozialistischem Gruß, Karl-Peter

Joachim von Kauffmanns: Nicht mehr mit den theoretischen Erkenntnissen des 19. Jahrhunderts

Hallo!

Man sagt, eine Raupe kriecht solange auf dem Rand eines Marmeladenglases, bis sie tot herunterfällt. Da fragt man sich doch, warum. Ich frag mich auch, warum ist der Sozialismus gescheitert?

Warum macht die Raupe sowas? Weil ihr die Theorie einer mehrdimensionalen Welt fehlt, deshalb bleibt sie bei der Überzeugung, es geht voran, wenn sie weiter im Kreis kriecht.

Und woran ist die DDR gescheitert, und warum ist die Linke so zerrissen, wie sind die Ausgebeuteten zu ihrer Befreiung zu überzeugen? Jedenfalls nicht mehr mit den theoretischen Erkenntnissen des 19. Jahrhunderts.

Da habe ich euch Antworten auf diese Fragen angeboten und das scheint so wenig zu interessieren, dass mir nicht einmal mitgeteilt wird, wo ich mich irre?

Natürlich ist es eine neue Dimension, das Eigentum nicht mehr ausschließlich als Grundlage der Klassenherrschaft und des Klassenkampfes, sondern zugleich als das Mittel der ständig im Kampf befindlichen Besitzer zu ihrer Befriedung zu sehen und dann noch die frühkapitalistische Ausbeutung nach dem Wertgesetz zur Grundlage der Beendigung des Klassenkampfes machen zu wollen. Diese Möglichkeit über die Erkenntnis der Einkommensentstehung die herrschenden Kapitalvermögensbesitzer zu entmachten, ist die neue Dimension mit der m.E. die Beendigung des Klassenkampfes erfolgen könnte.

Spring doch mal ganz locker vom Rand.

F.O. v. K.

Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14,
37194 Bodenfelde-Wahmbeck
Postvertriebsstück,
DPAG, H 14360
Entgelt bezahlt